INTERNATIONALE POLITIK SPECIAL

IP SPECIAL • Nr. 7 /2021 • Sylke-Tempel-Fellowship – 2728

Fragen von Sicherheit und Identität

Texte der Sylke-Tempel-Fellows 2021

Eine Bereicherung

Von Martin Bialecki, Chefredakteur

Zum zweiten Mal versammelt die *IP* Texte der Sylke-Tempel-Fellows in einer Sonderausgabe. Neben dem Essaypreis, der ebenfalls Sylke Tempels Namen trägt und dessen prämierten Gewinnerintext Sie in der November/Dezember-Ausgabe der *IP* finden, soll das Fellowship-Programm an die Arbeit der herausragenden Journalistin, Publizistin und Chefredakteurin dieser Zeitschrift erinnern.

Nach Sylke Tempels jähem Tod im Jahr 2017 hat das Kuratorium der Stiftung Deutsch-Israelisches Zukunftsforum 2018 dieses Programm eingerichtet. Partnerorganisationen sind neben der *IP* das American Jewish Committee (AJC), das European Leadership Network (ELNET) sowie Women in International Security Deutschland (WIIS.de). Das Programm steht unter der Co-Schirmherrschaft von Sigmar Gabriel, Bundesminister des Auswärtigen a.D. und Vorsitzender der Atlantik-Brücke, und Israels früherer Außenministerin Tzipi Livni.

„Israel, USA und Deutschland: Sicherheits- und Identitätsfragen für eine zukunftsfähige Politik“: Auch 2021 bewegte sich die Ausschreibung der Fellowships zwischen den Polen Transatlantik und Nahost. Sie richtete sich an junge Schreibende und andere medial Kreative sowie an Studierende und Auszubildende aus Israel und Deutschland, die sich mit den Beziehungen zwischen Deutschland, Israel und den USA beschäftigen.

Die Ergebnisse dieses Jahrgangs sind hoch einzuschätzen, weil die Corona-Pandemie den Schreibenden fast alle Recherchereisen unmöglich gemacht hat. Dennoch sind beeindruckende Analysen und fruchtbare Auseinandersetzungen entstanden. Wie schön, und wie wichtig: Erst recht in einer Zeit, in der der Ton unserer Gesellschaften rauer wird, in welcher der Antisemitismus wieder wächst und Demokratie als Staatsform nicht mehr als die selbstverständlich beste gilt.

Mit der geistigen Leistung anderer arbeiten zu dürfen und sich von neuen Gedanken überraschen zu lassen, ist das Privileg einer Redaktion. Diese Arbeit im Geiste Sylke Tempels mit jungen Denkerinnen und Denkern kooperativ zu einem Magazin zu runden, war ein Gewinn. An dieser Stelle ein Hinweis: Bei den exklusiven Zeichnungen von Jaime Brehme, der Sylke Tempel lange und gut kannte, handelt es sich um einen eigenständigen künstlerischen Gesamtbeitrag.

Wir haben das Vermögen der Fellows, ein so komplexes und spannungsreiches Themenfeld wie Identitäts- und Sicherheitsfragen zu vermessen, als Bereicherung empfunden. Wir hoffen, liebe Leserin und lieber Leser, es geht Ihnen ähnlich.

Einfach zauberhaft? Die Rückkehr des Mythos

Zum Sylke-Tempel-Fellowship-Programm

Von Tamara Or

Ich weiß nicht, ob es Zufall ist, dass Harry Potter am Ende eine Nachrichtenkorrespondentin heiratet. Das weiß ich auch deshalb nicht, weil ich die Bücher noch nicht gelesen habe. Aber hier geht es eben nicht um erdrückende Fakten, sondern um zauberhafte Gefühle – die der berühmte Zauberer erstaunlicherweise für eine Journalistin entwickelt. Sylke Tempel hätte mir das erklären können; sie griff manchmal auf die Geschichten von Harry Potter zurück, um uns die irdische politische Welt zu erklären. Jetzt bleibe ich ratlos, denn diejenigen, die ihn gelesen haben, wissen, dass die Presse in der Rowling'schen Zauberwelt so gar keinen guten Ruf hat.

Pünktlich zur Jahrtausendwende war das Werk nicht nur ins Deutsche, sondern auch ins Hebräische übersetzt und die Faszination der Zauberei kehrte zurück in die entzauberte westliche Welt, die für einige schon viel zu lange dem logos diente, der Vernunft und der Überprüfbarkeit huldigte und jedem kleinen Mythos den Weg verstellte.

Auch in die Politik sind die Zauberer zurückgekehrt – in den USA, in Israel und in Deutschland. Sie haben eine menschenfeindliche und gesundheitsgefährdende Mythenbildung in der Bevölkerung kräftig befördert. Und in der Tat lagen sie in allen drei Ländern mächtig im Zwiespalt mit den Journalist*innen, die nichts Besseres zu tun hatten, als die Zauberer zu entzaubern.

In Israel wurde der von vielen als Zauberer bezeichnete Ministerpräsident Benjamin Netanjahu just abgewählt. Auch der ehemalige US-Präsident Donald Trump kann Kanzlerin Angela Merkel nicht mehr verzaubern, wie es Ex-US-Botschafter Richard Grenell fälschlicherweise behauptet hatte. Und auch wenn es dem rechtsextremen Politiker Björn Höcke mit seiner Forderung nach einer Wiederverzauberung der Welt nicht gefällt, konnte bei der Bundestagswahl nicht Harry Potter gewinnen (natürlich nur, weil er nicht angetreten war!).

Es macht keinen Sinn, nach dem Wahrheitsgehalt von Mythen zu fragen. Wir müssen ihre gesellschaftliche und identitätsstiftende Funktion beleuchten, um ihre wachsende Bedeutung zu verstehen und um die Menschen zu erreichen, die das Gefühl der Angst über die Faktizität gestellt haben.

Auch wenn das pluralistische Miteinander als Prinzip zurück ist, bleiben eine große Verunsicherung und wachsende Fragmentierung in unseren Gesellschaften. In Israel, Deutschland und den USA blicken die Menschen sorgenvoll in eine ungewisse Zukunft. Nicht zuletzt durch die Corona-Pandemie ist das Bedürfnis nach Sicherheit groß. Die Sehnsucht nach Orientierung wächst.

Unsere Sylke-Tempel-Fellows haben in diesem Jahr einen kritischen Blick auf Fragen der Identitäts- und Sicherheitspolitik in Israel, Deutschland und den USA geworfen. Gemeinsam mit unseren Kooperationspartnern und Mentor*innen haben sie unter der Schirmherrschaft von Sigmar Gabriel, Bundesminister des Auswärtigen a.D. und Vorsitzender der Atlantik-Brücke, und der ehemaligen israelischen Außenministerin Tzipi Livni unter den erschwerten Bedingungen der Pandemie recherchiert und gearbeitet.

Sie haben uns allen gezeigt, dass wissenschaftliche Expertise, gute Recherche und professioneller, faktenbasierter Journalismus durchaus bezaubern können. Vielleicht macht es ja doch Sinn, dass Harry Potter eine Journalistin geheiratet hat.

Inhaltsverzeichnis

Die Rückkehr des Mythos 2
Vorwort von Tamara Or

Der Glaube an eine freie Welt 4
Grußwort von Tzipi Livni

Beiträge zur Aufklärung 5
Grußwort von Sigmar Gabriel

Wirksame Erinnerung 6
Mit einer Gedenksirene könnte in Deutschland das Gedächtnis an den Holocaust wachgehalten werden
Von Dor Glick

Weißsein und jüdische Identität 14
Der „weiße Jude" als Teil der rassistischen Mehrheit? Ein Diskurs mit Konsequenzen
Von Lisa Hänel

Schwarz, weiß oder dazwischen? 22
Zur globalen Bedeutung jüdischer Identitätspolitik
Von Rebecca Rose Mitzner

Zweierlei „Nie wieder" 29
Die Sicherheitskonzepte Israels und Deutschlands unterscheiden sich sehr
Von Jonathan Kovac

Reden wir über Sicherheit 36
Wie Initiativen in Israel und Deutschland neue Dialogräume schaffen
Von Bastian Kaiser

Uniform nur nach außen 44
Bundeswehr und Israel Defense Forces: Identitäten der Streitkräfte im Vergleich
Von Georg A. Reichel

Hipster Bennett 50
Der neue Premier steht für den politischen Aufstieg der Nationalreligiösen
Von Isabel Weiss

Chiffrierte Ablehnung, offener Hass 58
Antisemitische Ressentiments in neurechten Gruppen in Deutschland und den USA
Von Lena Voelk

Sehnsucht nach Wiederverzauberung 66
Gegen Liberalismus: Politische Theologie in den USA, Israel und Deutschland
Von Jakob Flemming

Die Fellows 2021 74
Die Kooperationspartner 79
Impressum 80

Der Glaube an eine freie Welt

Ein Grußwort von Tzipi Livni

Tzipi Livni war von 2006 bis 2009 Außenministerin Israels sowie 2013/14 Justizministerin. Sie ist Schirmherrin des Sylke-Tempel-Fellowship-Programms.

Unsere Welt verändert sich in rasantem Tempo. Die Werte und die internationale Ordnung, auf die sich die Weltgemeinschaft nach dem Zweiten Weltkrieg verständigt hat, werden zusehends ausgehöhlt. Gleichzeitig werden demokratische Institutionen von populistischen Bewegungen herausgefordert und verlieren in einer kritischen Zeit an Unterstützung, in der die Menschheit selbst durch Pandemien und Klimawandel bedroht ist.

Während technologischer Fortschritt und die Globalisierung vielen Entwicklung und Wohlstand gebracht haben, ist auch die Ungleichheit gewachsen. Ein zu großer Teil der Weltbevölkerung ist frustriert und wütend auf der Strecke geblieben. Derweil münden Angst, Frustration und Unsicherheit in einen Nationalismus, bei dem die Grenzen zwischen Patriotismus (Loyalität und Hingabe für das Vaterland) und Nationalismus (Überhöhung einer Nation über andere) verschwimmen.

Soziale Netzwerke verbinden Menschen weltweit, zugleich setzen sie Milliarden Desinformation und Hetzkampagnen aus. Aber ohne anerkannte Fakten gibt es keine Basis für eine Diskussion, sondern nur mehr Platz für Gehirnwäsche.

All diese Trends greifen das Fundament unserer Gesellschaften an: das demokratische System selbst und die Werte, die es repräsentiert. Die Welle der Wut stärkt populistische Politiker und ermutigt sie, althergebrachte Regeln der freiheitlichen Weltgemeinschaft zu brechen. So werden jene Minderheiten, zu deren Schutz diese Regeln erfunden wurden, verwundbar. Die Welt aus der Corona-Krise herauszusteuern, den Planeten gemeinsam vor dem Klimawandel und seiner zerstörerischen Kraft zu retten und die Demokratie zu schützen – all diese Herausforderungen suchen ihresgleichen und können weder allein von einem Land noch von einer einzelnen Führungspersönlichkeit bewältigt werden. Was wir deshalb brauchen, ist ein multilateraler Ansatz und Führungsstärke, ein internationales Bündnis, angeführt von den Vereinigten Staaten, als Kompass für die freie Welt. Die Politik der Biden-Regierung macht neue Hoffnung, dass die USA diese Rolle einmal mehr ausfüllen könnten.

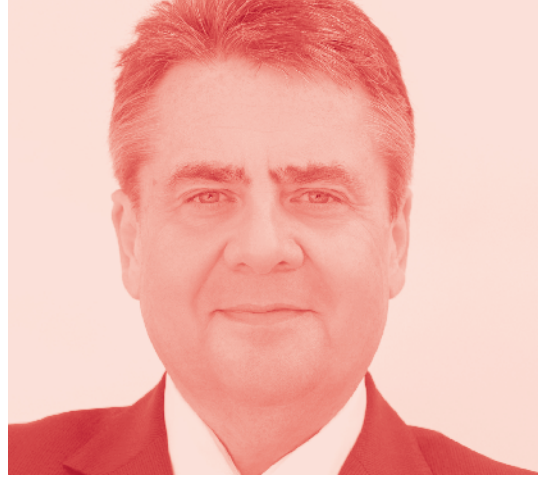
Israel und Deutschland gehören derweil zu jenen gleichgesinnten Staaten, die neue Partnerschaften und Allianzen schmieden müssen, eine Koalition aus Nationen und Politikern, aus politischen Parteien, aus Unternehmern, Wissenschaftlern, Künstlern und anderen öffentlichen Meinungsmachern. Denn den großen Herausforderungen unserer Zeit mutig zu begegnen, wird für unsere Zukunft und insbesondere für die jüngere Generation, die ebenfalls mit ins Boot geholt werden muss, wegweisend sein. Dabei wird es von entscheidender Bedeutung sein, junge Menschen davon zu überzeugen, dass der Glaube an die freie Welt und eine kooperative globale Gemeinschaft identitätsstiftend sein kann.

Das Sylke-Tempel-Stipendienprogramm trägt zu dieser Diskussion bei und hilft dabei, eine bessere Zukunft für Deutschland, Israel und die gesamte internationale Gemeinschaft zu gestalten.

Aus dem Englischen von Kai Schnier

Beiträge zur Aufklärung

Ein Grußwort von Sigmar Gabriel



Sigmar Gabriel war Außenminister, Vizekanzler, Wirtschafts- und Umweltminister sowie Vorsitzender der SPD; derzeit ist er u.a. Vorsitzender der Atlantik-Brücke.

„We are the people!" – das reklamierten die Mitglieder des gewalttätigen Mobs für sich, der am 6. Januar das US-Kapitol stürmte, um die formelle Bestätigung der Wahl Joe Bidens zum Präsidenten zu verhindern. Die aufgebrachte Menge gab sich sicher, dass die Wahl gefälscht sei und der Übernahme der Präsidentschaft durch den Demokraten Biden der Untergang Amerikas folgen würde. Der Überfall auf das Herz der amerikanischen Demokratie, das Parlament, war der vorläufige Höhepunkt einer Auseinandersetzung, bei der in den Augen vieler nicht mehr politische Wettbewerber aufeinandertrafen, sondern Feinde.

Die Pro-Trump-Protestbewegung ist ein prägnantes Beispiel dessen, was geschehen kann, wenn politische Parteien und ihre Anhängerschaft fest davon überzeugt sind, dass die Wahl der „anderen" einer nationalen Katastrophe gleichkäme. Wo der demokratische Kampf um die Mehrheit zum Überlebenskampf der eigenen Nation überhöht wird, ist es nur noch ein kleiner Schritt zur Rechtfertigung des Einsatzes gewalttätiger Mittel. Überzeugungen müssen nicht mehr kritisch hinterfragt, Argumente nicht mehr überprüft werden. Stattdessen wird die eigene Gruppe zum alleinigen Bezugspunkt. Politische Auseinandersetzung findet nur noch als „wir gegen die" statt. Doch wer sich nur noch bei Gleichgesinnten aufgehoben fühlen will, verliert Schritt für Schritt den Bezug zur Realität. Sicherheit ist in diesem Denken die Abschottung gegen alles Andersartige. In einer globalisierten Welt ist eine solche Abschottung jedoch weder zu haben, noch ist sie wünschenswert.

Die politische Zersplitterung der Gesellschaft, die solche Bewegungen hervorbringt, findet sich nicht nur in den USA. Europa ist reich an Beispielen. Auch in Israel gibt es – wie die letzte Wahl noch einmal unterstrichen hat – wenig politischen Konsens. Die feindselige Rhetorik gegen politische Gegner gehört längst zum Alltag. Diese Entwicklung betrifft nicht allein antidemokratische Kräfte. Auch von Seiten überzeugter Demokratinnen und Demokraten wird der Dialog mit politischen Gegnern – zuhause oder außenpolitisch – oft von vornherein für unmöglich erklärt, Bedrohungsszenarien werden in finstersten Farben ausgemalt, es wird auf Emotionen statt auf Argumente gesetzt.

Man muss es nicht beschönigen: Es gibt politische Gegensätze, die sich nicht auflösen, Glaubenssätze, an denen sich nicht rütteln lässt. Doch deswegen auf Streitgespräche und Verhandlungen zu verzichten, ist keine Lösung. Es gehört zur Aufgabe von Politik, Aufklärung zu betreiben, statt Ängste zu schüren; die Auseinandersetzung zu suchen, statt nur mit Gleichen und Gleichgesinnten zu sprechen. Nur so kann es eine Chance geben, Konflikte zu lösen, Kompromisse auszuhandeln.

Die Sylke-Tempel-Fellows 2021 befassen sich mit Sicherheits- und Identitätspolitik in Israel, den USA und Deutschland. Mit klugen und kritischen Fragen untersuchen sie die Gesellschaften dieser Länder, die so eng verwoben sind und einen offenen Dialog miteinander dringend brauchen. Ganz im Sinne von Sylke Tempel, die mit wachem Blick und klaren Worten keine schwierige Auseinandersetzung gescheut hat, sind diese Arbeiten ein Beitrag zu einer aufklärerischen politischen Debatte.

Wirksame Erinnerung

Warum die Einführung einer Gedenksirene in Deutschland helfen könnte, das Gedächtnis an den Holocaust wachzuhalten – und die Demokratie zu schützen: ein paar Vorschläge.

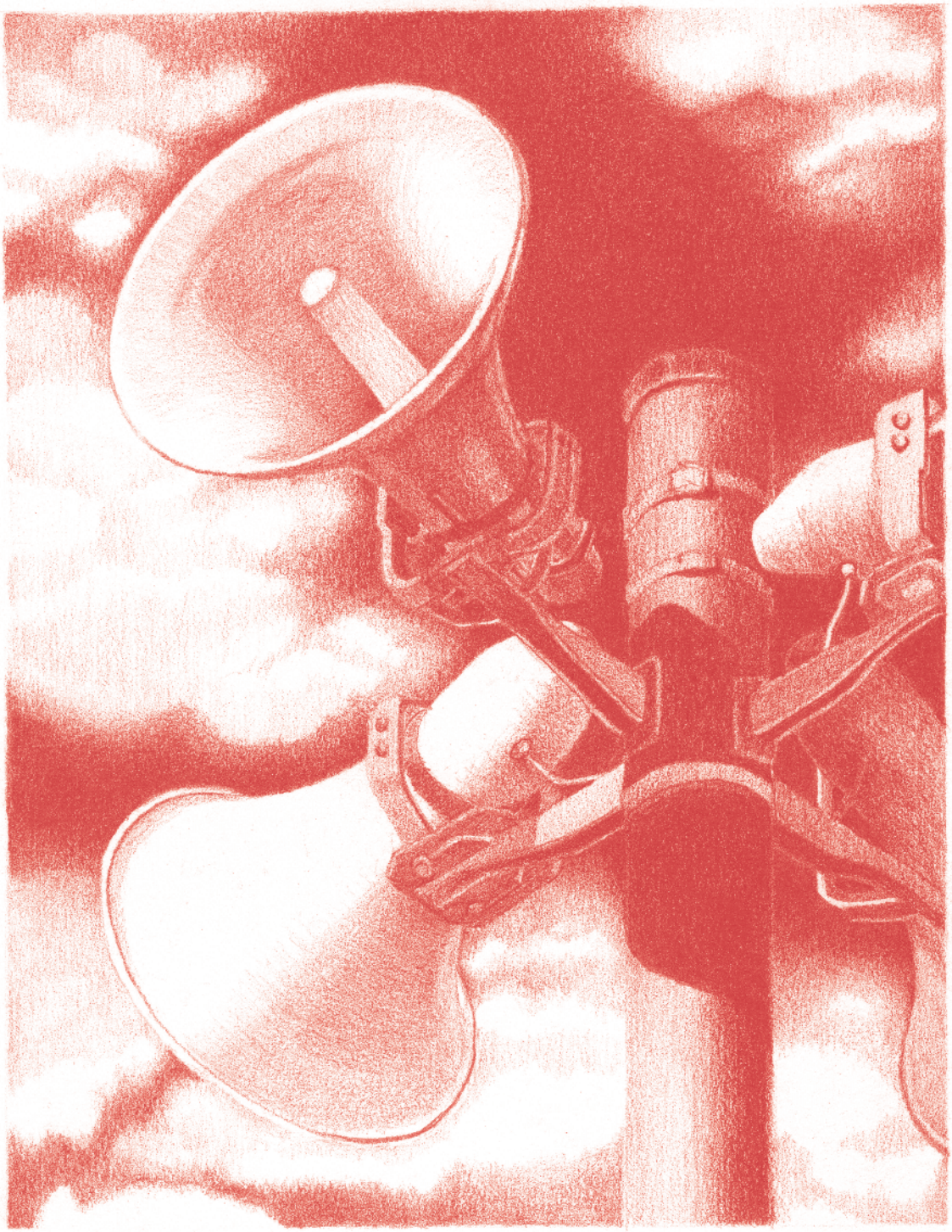
Ein Text von Dor Glick

Für die Erinnerung an den Holocaust lässt sich die Bedeutung der Zeit, in der wir leben, kaum überschätzen. Immerhin sterben die letzten Überlebenden gerade vor unseren Augen: Meine Großmutter, Yehudit Meisels (geborene Berger), 94 Jahre alt, eine Auschwitz-Überlebende, verstarb dieses Jahr als letzte ihres Jahrgangs in ihrer Heimatregion in den Karpaten.

Gleichzeitig erreicht der Antisemitismus in Europa und anderswo derzeit einen neuen Höchststand. Und die Desinformation in den sozialen Medien, eine weltweite Pandemie und das immer neue Schüren von Hass, sobald der israelisch-palästinensische Konflikt wieder aufflammt, bilden eine Art heilige Dreifaltigkeit dieser herausfordernden Zeit.

Die Idee zu diesem Essay entstand nach einem antisemitischen Vorfall, den ich am 2. Oktober 2020 in Berlin erlebte. Da ich jahrelang für einen israelischen Sender in der deutschen Hauptstadt gearbeitet hatte, berichtete ich oft über antisemitische Vorfälle, die andere betrafen. An diesem Morgen wurde mir jedoch aus erster Hand, am helllichten Tag und aus heiterem Himmel klar, wie ernst die Situation geworden war.

Ich hielt mich damals in dem Gartenhaus eines israelischen Freundes in Heinersdorf auf, das nahe der Straßenbahnlinie M2 zum Alexanderplatz liegt. Als ich mit meinem Morgenkaffee vor die Tür trat, „überfiel“ mich ein Nachbar, der sich offenbar genau wie ich in der Anlage aufhielt, um die letzten Tage des schönen Wetters zu genießen. Warum



ich mich so lange in der Küche aufgehalten habe, fragte er. Das allein war schon seltsam genug und ging ihn offensichtlich nichts an – immerhin hatte ich den Mann noch nie getroffen. Doch dann schlug er kurzerhand vor, ich solle doch nochmal nach dem Gas sehen – und da fiel der Groschen. Als ich sagte, ich könne nicht ganz folgen, meinte er: „Ihr hattet doch früher auch Probleme mit dem Gas“ und kicherte.

Die Bemerkung ließ mich kalt. Doch mein Gefühl der Sicherheit an dem Ort, an dem ich die nächsten paar Nächte verbringen sollte, war plötzlich erschüttert. Hätte ich die Wahl gehabt, wäre ich gegangen. Der Fall wurde nicht gemeldet und tauchte auch nicht in der Liste der 1004 antisemitischen Vorfälle auf, die 2020 in Berlin registriert wurden, was übrigens einen beunruhigenden Anstieg um 118 Fälle gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Der „Gas-Gag“, den abgesehen von einigen Freunden und Nachbarn kaum jemand mitbekommen hat, ist mittlerweile so gut wie verpufft. Und doch steht er sinnbildlich für die dunklen Wolken, die sich über den Juden in Deutschland zusammenbrauen: antisemitische Kommentare bestenfalls, körperliche Angriffe schlimmstenfalls.

Moral und Praxis

Seit ihren Anfängen nach dem Zweiten Weltkrieg bewegt sich die Erinnerungskultur in Deutschland zwischen zwei verschiedenen und durchaus gegensätzlichen Welten: der Moral und der Praxis. In einer Pendelbewegung schwankt sie zwischen einem Diskurs über Verantwortung und Schuld einerseits und einer Debatte über ihre pragmatischen Auswirkungen auf Sicherheit, Wirtschaft und Diplomatie andererseits.

Überall wird in diesen Kontexten die deutsche Pflicht zitiert, einen Beitrag zur nationalen Sicherheit eines fremden Staates zu leisten: Israel. Doch was ist eigentlich mit Deutschland selbst? Dort bleibt die Erinnerung auf den Bereich der Ethik und der Geschichte beschränkt und wird gern mit einem Versprechen verbunden, das sich längst in ein feierliches Ritual verwandelt hat: „Nie wieder“. Der konkrete Beitrag, den die deutsche Erinnerungskultur heute für die nationale Sicherheit Deutschlands leistet, wird weitgehend ausgeblendet. Dabei hat sie in der Nachkriegszeit (West)Deutschlands Rückkehr in die internationale Staatengemeinschaft überhaupt erst ermöglicht.

In diesem Aufsatz stelle ich deshalb die folgende These auf: Die deutsche Erinnerungskultur, die aus einem moralischen Pflichtgefühl heraus entstanden ist, befindet sich – in diesem Augenblick und vor unser aller Augen – in einem tiefgreifenden Wandel. In einer Zeit, in der die Demokratie unter populistischen Angriffen immer brüchiger wird und die letzten Überlebenden sterben, die die Schrecken des Holocaust hautnah miterlebt haben, ist es von entscheidender Bedeutung, dass wir über die Zukunft der Erinnerungskultur und ihre veränderte Bedeutung für die deutsche Öffentlichkeit selbst diskutieren und sie neu denken.

Die deutsche Erinnerungskultur, die aus einem moralischen Pflichtgefühl heraus entstanden ist, befindet sich in einem tiefgreifenden Wandel

Dass junge Deutsche auf die richtige Art und Weise über Deutschlands Vergangenheit lernen, wird für Deutschland mehr und mehr zu einer sicherheitspolitischen Notwendigkeit – und derzeit

lernt man hierzulande weder das Entscheidende, noch lernt man es in ausreichendem Maße.

In einer von den sozialen Netzwerken geprägten Zeit, in der Halbwahrheiten und regelrechte Lügen im Namen einer Subkultur von Bewertungen und Clickbait immer stärker verbreitet werden, ist es leichter denn je, fremdenfeindliche, antidemokratische und antisemitische Inhalte in Umlauf zu bringen. Während die Erinnerungskultur in den internationalen Beziehungen bisher (wie der Zusatz „Kultur" selbst schon andeutet) mit Soft Power – also mit Begriffen wie Ethik, Geschichte und Identität – in Verbindung gebracht wurde, erleben wir gegenwärtig, wie diese Kultur mitunter in den Bereich der „harten Macht" übergeht, der durch rohe Gewalt und ein Interesse an nationaler Sicherheit gekennzeichnet ist.

Angesichts der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts ist die Aufklärung über den Holocaust, seine Wurzeln und seine Folgen eine nationale Priorität ersten Ranges und für den Schutz aller lebens- und freiheitsliebenden Menschen in Deutschland unerlässlich. Wird diese Notwendigkeit nicht anerkannt, gerät die Zukunft Deutschlands als liberale, demokratische Republik in Gefahr.

Pandemie und Antisemitismus

Im August 2020 sahen wir bei einer sogenannten Corona-Demonstration Hunderte von rechtsextremen Demonstranten vor dem Reichstagsgebäude, von denen einige die Reichskriegsflagge schwenkten und versuchten, in das Parlament einzudringen. Es war entscheidend, diesen Vorfall in seinem historischen Kontext zu betrachten. Für jeden, der die deutsche Vergangenheit kennt, bedeutete diese Aktion eine weitaus größere Sicherheitsbedrohung als andere Proteste gegen den Lockdown.

Für Kinder im Schulalter und insbesondere für Lehrer, also für Menschen, die die jüngste Einwanderungswelle nach Deutschland miterlebt haben, ist es zwingend erforderlich, dass sie beim Unterrichten der deutschen Vergangenheit die ausgetretenen Pfade verlassen. Nicht nur, damit die Vergangenheit nicht in Vergessenheit gerät, sondern auch, um potenziell den Sicherheitsbehörden die Arbeit zu erleichtern und den demokratischen Charakter der Bundesrepublik für die Zukunft zu sichern.

Die Tatsache, dass der Begriff Erinnerungskultur eher mit einer alten moralisch-historischen Pflicht verbunden wird als mit der Moderne, führt dazu, dass viele Deutsche und insbesondere viele junge Menschen sich zwei Jahrzehnte nach Beginn des 21. Jahrhunderts nicht mit ihm identifizieren können – und dieses Konzept, das unzertrennlich mit dem Holocaust verwoben ist, schlimmstenfalls sogar als befremdlich, einschüchternd oder furchteinflößend empfinden.

Infolgedessen hegen viele junge Deutsche auch oft ein Gefühl der Entfremdung und Angst, wenn es um jene Juden geht, denen viele von ihnen nie begegnet sind. Während meiner Zeit als parlamentarischer Assistent im Bundestag 2015 habe ich die große Kluft zwischen den hochtrabenden offiziellen Plattitüden über den kompromisslosen Kampf gegen den Antisemitismus, dem erinnerungskulturellen Pflichtbewusstsein und der tatsächlichen Stimmung auf den deutschen Straßen tagtäglich beobachtet. Dort heißt es nämlich: „Warum sollen wir uns über die Verbrechen der Nazis vor drei bis vier Generationen aufregen?" und „In jedem Krieg werden doch Verbrechen begangen" und „Das war doch auch für uns kein Zuckerschlecken".

Deshalb will ich drei mögliche Wege aufzeigen, um die Erinnerung an den Holocaust in Deutschland sowohl lebendig als auch relevant zu halten. Dabei konzentriere ich mich insbesondere auf Kinder im Schulalter, da ich der Überzeugung bin, dass gesellschaftlicher und politischer Wandel gerade mit Investitionen in die Jugend erleichtert werden kann. Lassen Sie uns die Gelegenheit also nutzen, um uns Bundeskanzler Konrad Adenauers Worte aus einer Rede von 1951 in Erinnerung zu rufen – und sie entsprechend anzuwenden: „Die Bundesregierung hält es für dringend erforderlich, dass die Kirchen und die Erziehungsverwaltungen der Länder in ihrem Bereich alles daran setzen, damit der Geist menschlicher und religiöser Toleranz im ganzen deutschen Volk, besonders aber

unter der deutschen Jugend, nicht nur formale Anerkennung findet, sondern in der seelischen Haltung und praktischen Tat Wirklichkeit wird. Hier liegt eine wesenhafte Aufgabe der zur Erziehung berufenen Instanzen vor, die aber freilich der Ergänzung durch das Beispiel der Erwachsenen bedarf."

Eine Holocaust-Gedenksirene

Mein erster Vorschlag: die Einführung der Gedenksirene in Deutschland. Die Bedeutung der sogenannten Gedenksirene, die in Israel zum Holocaust-Gedenktag ertönt, kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Die zwei Minuten, in denen die Sirenen vernommen werden können, sind wohl die wichtigsten und prägendsten Minuten des gesamten Gedenktags. Tatsächlich erzielt die einfache Übung, die an jedem Holocaust-Gedenktag um 10 Uhr beginnt, nämlich eine Wirkung, die andere – mitunter aufwändigere und kostspieligere – Maßnahmen und Rituale nur selten erzielen, und auch die besten Lehrpläne nicht.

Israel ist 2021 ein zerrissener Staat, der in verschiedene Stämme gespalten ist, um den ehemaligen Präsidenten Reuven Rivlin zu zitieren. Und die zwei Minuten, in denen die Sirene ertönt, sind die letzte heilige Kuh des israelischen Einheitsgefüges. Alles kommt zum Stillstand: Autos auf der Autobahn, Fernsehsendungen, die Industrie, militärische Übungen und auch Zeremonien und der Unterricht in der Schule. Von den Kindergärten bis zu den Altersheimen: Für zwei Minuten im Jahr halten alle Menschen inne, um der sechs Millionen zu gedenken.

2009 reiste ich, so wie viele junge Israelis, die gerade ihren Militärdienst beendet hatten, in den Fernen Osten. In jenem April kam ich in Pokhara, Nepal, an, einer Stadt mit einem legendären Ausblick und dem Ausgangspunkt schlechthin für Trekkingtouren in das Annapurna-Gebirge. Ich war also so weit weg vom Holocaust und entsprechenden Erinnerungen wie nur möglich. Dennoch ging ich am 21. April um 10 Uhr israelischer Zeit nach draußen und blieb zwei Minuten lang stehen: ein junger Mann, umringt von erstaunten nepalesischen Passanten. Ein Fingerzeig dafür, wie bedeutsam dieses Ritual im Leben der Israelis ist. Selbst Tausende Kilometer entfernt von dem Ort, an dem die Sirenen ertönten, stand ein 24-Jähriger zu Ehren der Opfer still.

Als ich die Idee, die Gedenksirene auch in Deutschland einzuführen, zum ersten Mal im Gespräch mit einem deutschen Journalistenkollegen – und einem echten Israel-Freund – erwähnte, reagierte dieser nervös: „Aber was ist, wenn die Sirene ertönt und die Menschen da draußen in Deutschland gleichgültig bleiben und weitermachen wie bisher? Das wäre eine katastrophale Botschaft, die furchtbar nach hinten losgehen könnte!" Der Mann war nicht übermäßig pessimistisch: Die Einführung einer Gedenksirene in Deutschland sollte natürlich sorgfältig überlegt sein, Detailfragen nicht außer Acht lassen und auf dem Verständnis fußen, dass die deutsche und die israelische Realität offensichtlich nicht dieselbe ist. Zudem sollte die Einführung schrittweise erfolgen.

Deutschland unterscheidet sich natürlich stark von Israel: Die Republik ist ungleich größer und besteht aus 16 Bundesländern, von denen jedes einzelne seine eigenen Regeln, sein eigenes Bildungssystem und wahrscheinlich auch sein eigenes Sirenen-Betriebssystem hat. Die Gedenksirene ist dabei jedoch kein Selbstzweck, sondern eine Art dramaturgisches Instrument – und ein äußerst ungewöhnliches noch dazu. Sie bringt einen verstörenden Klang in den öffentlichen Raum und damit in die private Sphäre eines jeden Bürgers. Nicht zuletzt deshalb muss sie auch gewissenhaft genutzt werden.

Am sinnvollsten wäre meiner Meinung nach ein „Schools First"-Ansatz. Gleichzeitig könnte die traditionelle Gedenkzeremonie, die bereits jedes Jahr am Morgen des 27. Januar im Bundestag abgehalten wird, mit dem zweiminütigen Ertönen der Gedenksirene verbunden werden. Dies könnte dazu beitragen, die Tradition auch in den Schulen der Republik zu verankern. Die Sirene könnte in Schulklassen Diskussionen auslösen und einen Anlass bieten, die Kenntnisse der tragischen

Eine Gedenksirene bringt einen verstörenden Klang in den öffentlichen Raum und damit auch in die private Sphäre

Ereignisse, die bereits viele Jahrzehnte zurückliegen, besser zu bewahren. Darüber hinaus verdeutlicht der monotone, eindringliche Klang der Sirene auf erschreckende Weise den extremen, noch nie dagewesenen Charakter der Ereignisse, die im Unterricht thematisiert werden sollen und die mit nichts vergleichbar sind, was wir kennen oder in Zukunft kennenlernen wollen.

Der Vorschlag findet durchaus Anklang. 2015, als ich selbst noch in Berlin lebte, schloss ich meine Kolumne für die *Jüdische Allgemeine* mit den Worten: „Um die Besonderheit der Shoah zu betonen, sollte Deutschland einen Gedenktag, an dem bundesweit Sirenen zu hören sind, einführen. In Israel geschieht das schon seit vielen Jahrzehnten.“ Während ich diesen Aufsatz schreibe, bereiten sich die politischen Parteien in Deutschland auf die Bundestagswahl 2021 vor, und der *Spiegel* hat einen Überblick über die verschiedenen Parteiprogramme veröffentlicht. Zwischen den Zeilen zur Klima- und Wirtschaftspolitik und zu Hartz-IV konnte man dabei die folgende erfreuliche Aussage entdecken: „Manchmal sind es aber auch kleine Ideen, die eine große Wirkung entfalten können. Seit Jahren diskutieren Pädagogen und Politiker, wie man die Erinnerung an den Holocaust weniger elitär gestalten kann. Das junge FDP-Mitglied Phil Hackemann hatte dazu eine schöne Idee, die es ins Wahlprogramm geschafft hat: ‚Der Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar soll aufgewertet werden, indem wir eine bundesweite Schweigeminute am Vorbild des israelischen Jom haScho'a einführen.‘ In Israel ruht am Jom haScho'a für eine Minute das gesellschaftliche Leben, dazu erklingen Sirenen. Egal, ob die FDP an der nächsten Regierung beteiligt ist oder nicht – diese Idee sollte man umsetzen.“

Die Einführung der Gedenksirene an Berliner Schulen, in denen die Kinder syrischer, israelischer und natürlich deutscher Eltern Schulter an Schulter in der Klasse stehen und so an die Taten erinnern können, die in derselben Stadt mit dem Ziel begangen wurden, sie von „Juden“ (und allen „nichtarischen Rassen“) zu säubern, wäre ein Schritt, der eine klare Botschaft vermittelt.

Natürlich müssen wir dabei aber auch der Realität ins Auge sehen: Einige dieser Schüler kommen aus Ländern, in denen Adolf Hitler immer noch als Held verehrt wird. Andere sind Kinder deutscher Eltern, die Björn Höcke von der AfD unterstützen, den Mann, der das Holocaust-Mahnmal im Herzen Berlins als „Denkmal der Schande“ bezeichnete. Gleichzeitig könnten zwei Minuten der Gedenksirene an Schulen jedoch genau deshalb eine gemeinsame Basis schaffen für Schüler mit ganz unterschiedlichen und mitunter sogar gegensätzlichen Hintergründen. Buchstäblich und in moralischem Sinne könnten sie gemeinsam gegen die Schrecken aufstehen, die von dem Land ausgingen, in dem sie aufwachsen. Zudem würde die Sirene die Lehrer dazu veranlassen, für die folgenden Unterrichtsstunden einen entsprechenden Lehrplan zu entwerfen.

Israelisch-deutsche Jugendbegegnungen

In diesen Lehrplan könnten dann, mein zweiter Vorschlag, deutsch-israelische Jugendbegegnungen als fester Bestandteil aufgenommen werden. Vor zehn Jahren verbrachte ich einen Sommer in Bremen, um moderne deutsche Literatur mit Schwerpunkt auf Günter Grass' Werk zu studieren. Im Rahmen eines DAAD-Stipendiums traf

sich meine internationale Studierendengruppe dort mit einheimischen Studierenden, die in der Hansestadt geboren und aufgewachsen waren. Eines Abends gingen wir zusammen ein Bier trinken, und ich spendierte einem der Studenten eine Flasche bremisches Pils. Als er darauf bestand, mir das Geld zurückzuzahlen, sagte ich ihm (weil ich es in dem Moment eben so empfand), dass das Bier auf mich gehe. Verblüffung. Er hatte noch nie einen Juden getroffen, aber er „wusste", dass Juden mit Geld sehr sparsam umgehen. Er brachte sein Erstaunen zum Ausdruck, da ihm der Gedanke nicht rassistisch schien, sondern offensichtlich. Die Juden, von denen er gehört hatte, waren geizig; auf keinen Fall würde ihm ein Jude also ein Bier spendieren. Für den Preis eines einzigen Euros hatte ich sein Vorurteil jedoch von jetzt auf gleich zerstört.

Die Moral von dieser Geschichte: Die Wirkung informeller Begegnungen unter jungen Menschen lässt sich nicht beziffern, und je früher sie stattfinden, desto größer ist ihr potenzieller Erfolg. Diese Erfahrung, die der Bremer Student damals im Universitätsalter machte, hätte er schon in der Sekundärstufe machen müssen, im Rahmen eines für das Abitur obligatorischen Austauschprogramms.

Die Voraussetzungen dafür, solche Begegnungen zu fördern, sind bereits gegeben: etwa durch die existierenden deutsch-israelischen Städtepartnerschaften, die tatsächlich auch der Grund dafür waren, dass ich im Alter von 16 Jahren zum ersten Mal nach Deutschland kam und schlussendlich mehr über die gemeinsamen Beziehungen zwischen Israelis und Deutschen erfahren wollte. Es war diese eine Woche in Mülheim an der Ruhr (der Partnerstadt meiner Heimatstadt Kfar Saba) im Jahr 2002, die mich dazu veranlasste, Deutsch zu lernen. Der intensive und faszinierende Aufenthalt bei einer Familie in einer Stadt, in die mich keine anderen Umstände hätten führen können, prägte meinen Blick auf das moderne Deutschland und beeinflusste den weiteren Verlauf meines Lebens.

Allerdings zählte meine Schüleraustauschdelegation gerade einmal 20 Mitglieder, von insgesamt über Hundert Jugendlichen, die in meinem Jahrgang am Gymnasium waren. Wenn die Initiative auf alle Schülerinnen und Schüler oder zumindest auf alle interessierten Schüler ausgeweitet und vom Staat bezuschusst würde, damit Familien mit geringerem Einkommen nicht außen vor blieben, dann könnte sich in Deutschland tatsächlich ein umfassender gesellschaftlicher Wandel in Bezug auf das Judentum (und die Wahrnehmung Deutschlands in Israel) vollziehen. Allein aus meiner persönlichen Erfahrung heraus bin ich mir dessen absolut sicher.

Jüdisches Leben in Deutschland feiern

Judentum ist mehr als Auschwitz, deshalb mein dritter Vorschlag: jüdisches Lebens in Deutschland durch die Feier jüdischer Feste in der Schule sichtbarer zu machen.

Vom 6. Januar in Washington hat sich ein Bild eingeprägt: das eines Randalierers, der ein T-Shirt mit der Aufschrift „Camp Auschwitz" trug

Stolpersteine auf Gehwegen zum Gedenken an jüdische Opfer, Sicherheitsvorkehrungen für Synagogen und jüdische Schulen rund um die Uhr; Gedenkreisen nach Auschwitz oder in andere ehemalige Vernichtungslager: Auf der einen Seite sind dies willkommene Initiativen, die die Erinnerung

an den Holocaust und das Sicherheitsgefühl der in Deutschland lebenden Juden fördern sollen. Andererseits ist es durchaus ein Problem, wenn dies die einzigen Berührungspunkte mit dem Judentum sind, die ein junger Deutscher haben kann. Denn all dies sind Maßnahmen, die Juden und das Judentum in den Zusammenhang von Verfolgung und Bedrohtheit stellen, was wiederum den Anschein erwecken kann, dass die Bevölkerung einem ständigen Sicherheitsrisiko ausgesetzt sei. Fröhliche Feste? Glorreiche Traditionen? Die Aussicht auf Veränderung? All das wird in Deutschland so gut wie nie mit dem Wort „Jude" in Verbindung gebracht.

Auch hier könnte und sollte die Lösung im Bildungssystem ansetzen. Stellen Sie sich vor, ein fröhliches Fest wie das Purimfest würde in den pädagogischen Kalender aufgenommen. Stellen Sie sich vor, deutsche Kinder würden sich für den Kindergarten und die Schule schick anziehen. Stellen Sie sich eine Menora vor, die während des Lichterfests Chanukka entzündet wird, das zur gleichen Zeit wie Weihnachten gefeiert wird. Solche symbolischen Bräuche könnten einen tatsächlichen sozialen Wandel bewirken. Und wenn Kinder mit Geschichten über die fröhliche und, Gott bewahre, lustige Seite jüdischer Traditionen nach Hause gehen, dann werden sie vielleicht auch die Wahrnehmung ihrer Eltern vom Judentum und von den Juden verändern.

Globale Bedeutungen

Der 6. Januar 2021 war für Washington D.C. ein traumatischer Tag. Die Bilder des Mobs, der das US-Repräsentantenhaus stürmte, schockierten die Verfechter von Demokratie, Liberalismus und Freiheit in der ganzen Welt. Bei mir selbst prägte sich damals ein ganz bestimmtes Bild ein, das mit diesem Text zu tun hat: Es ist das Bild eines Randalierers, der ein T-Shirt mit Totenkopfaufdruck und der Aufschrift „Camp Auschwitz" trägt. Darunter steht, etwas nachlässig übersetzt: „Work Brings Freedom". Ich möchte glauben, dass der später von den Behörden ausfindig gemachte und verhaftete Mann nicht genau wusste, was es mit dem Ort, den sein T-Shirt da feierte, auf sich hat. Einem Ort, an dem 1,5 Millionen Menschen oft kurz nach ihrer Ankunft ermordet wurden, darunter Kinder im Babyalter, die vergast wurden.

Weder der deutsche Nachbar, der sich nach meinen Gewohnheiten beim Kochen mit Gas erkundigte, noch der Auschwitz-T-Shirt-Krawallmacher Robert Keith Packer aus Washington D.C. haben meine in den Karpaten geborene Großmutter Yehudit kennengelernt. Oder Oma Mania aus Radom, Polen, die die Nummer A-24317 auf ihrer Hand trägt, oder ihren Mann Avraham, den Überlebenden des Ghettos von Lodz. Hätten sie jedoch aktiv etwas über die Vergangenheit gelernt, hätten sie als Kinder gerade stehen müssen und der Gedenksirene lauschen, hätten sie die schönen Seiten des Judentums kennengelernt, hätten sie als Teenager an einem Schüleraustausch mit Israelis teilgenommen oder die Geschichten der Überlebenden gehört, hätten sie die dritte und vierte Generation von Israelis kennengelernt, dann hätten sie – so will ich meinen – vielleicht tatsächlich anders gehandelt.

Kurz bevor er so tief sank, nach einer verfassungsgemäß verlaufenen demokratischen Präsidentschaftswahl in einem Nazi-Vernichtungslager-T-Shirt das Abgeordnetenhaus seines Landes zu stürmen, hätte Packer vielleicht innegehalten. Und auch sein deutsches Pendant, der Mann, der vor dem Reichstagsgebäude die Reichskriegsflagge schwenkte, hätte vielleicht anders gehandelt.

Klar ist für mich, dass die Erinnerungskultur neu gedacht werden muss. Das rituelle Rezitieren des Mantras „Nie wieder", das Politikerinnen und Politiker auf schlechtbesuchten Veranstaltungen und Zeremonien praktizieren, muss abgelöst werden – durch wirksame Bildungsangebote und direkte Begegnungen zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft und Kultur. Im Zeitalter der sozialen Medien ist dies der effizienteste und vielleicht sogar der einzige Weg, um Hass und Extremismus einzudämmen und so schließlich auch eine der größten Bedrohungen für Deutschlands Sicherheit abzuwenden. •

Aus dem Englischen von Kai Schnier

Weißsein und jüdische Identität

Der „weiße Jude“ als Teil der rassistischen Mehrheit? Setzt sich diese Idee im antirassistischen Diskurs durch, wird das Konsequenzen haben.

Ein Text von Lisa Hänel

Zwei Frauen sitzen entspannt mit angewinkelten Beinen auf dem Boden und halten Kaffeetassen in der Hand, während viele tausend Kilometer entfernt Menschen ihre Nächte in Bunkern und Treppenhäusern verbringen. Die eine erklärt der anderen, was dort in Gaza am Mittelmeer gerade passiert: „Es wird nicht gekämpft. Es gibt nur Kolonialisierung. Eine Gruppe von Menschen, eine Gruppe Siedler, die Palästina kolonialisiert.“

Die zwei Frauen sind auf einer Instagram-Infografik zu sehen, die während des jüngsten Israel-Gaza-Konflikts im Mai 2021 massenweise in sozialen Netzwerken geteilt wurde. Die Grafik transportiert ein Denken, das die US-amerikanische Journalistin Bari Weiss in der Tageszeitung *Die Welt* so beschreibt: „Das Narrativ besteht darauf, dass Israel nicht nur eine Unterdrückungsmacht ist, sondern die letzte Bastion des Kolonialismus im Nahen Osten, weiße Eindringlinge in einem fremden Land, die auf dem rechtmäßigen Territorium ‚brauner‘ Menschen hocken.“

Es ist ein binäres Weltbild, das sich während des Gaza-Israel-Krieges besonders deutlich zeigte, das aber auch über die Region hinaus an Einfluss gewinnt. Der Nahe Osten, die ganze Welt, scheint aufgeteilt zu sein: hier die unterdrückten People of Color, in diesem Fall Palästinenser und Palästinenserinnen, und dort die weiße Übermacht, in diesem Fall Juden und Jüdinnen. Große Bewegungen wie „Fridays for Future“ stimmten ein und bekannten sich auf ihrem internationalen Twitter-Account dazu, allen „kolonialisierten

und unterdrückten“ Völkern zuzuhören. Und die US-Kongressabgeordnete Rashida Tlaib rief auf einer Kundgebung: „Unsere Freiheit ist mit der Freiheit der Schwarzen, der ‚braunen‘ Menschen, der Indigenen verbunden. Was sie den palästinensischen Menschen antun, ist, was sie unseren schwarzen Brüdern und Schwestern hier antun.“

Sind Juden weiß? Für den Historiker Goldstein gibt es „keine andere Schlussfolgerung als die, dass es kompliziert ist“

Der britische Pädagoge Ben Freeman, Autor des Buches „Jewish Pride. Rebuilding a People“, bezeichnet die zahllosen antisemitischen Angriffe offline und online im Zuge des Krieges als „globalen Pogrom“. Er selbst war wüstem antijüdischen Hass ausgesetzt. Für ihn hat auch die Vorstellung des „weißen Juden“ dabei eine Rolle gespielt: „Die Idee des Weißseins ist zentral, denn es fügt sich ein in das globale Narrativ über Imperialismus, Unterdrückung, Unterdrücker. Für uns Juden ist das sehr schädlich. Es ist ein Desaster.“

Kritisches Weißsein in der Forschung

Weißsein ist in den vergangenen Jahren zu einer umkämpften Kategorie geworden. Begriffe wie „white privilege“ – Privilegien weißer Menschen – und „alter weißer Mann“ sind zu umstrittenen, aber geläufigen Schlagworten geworden. In wissenschaftlichen Diskursen werden „kritische Weißsein“-Ansätze schon seit vielen Jahrzehnten diskutiert, unter anderen in Denkschulen wie der „Critical Race Theory“, „Critical Whiteness“ und teilweise auch in postkolonialen Theorien. Der vielbeachtete Aufsatz „White Privilege: Unpacking the Invisible Knapsack“ von Peggy McIntosh erschien bereits 1989.

Ebenso viele Jahrzehnte gibt es eine breite innerjüdische Debatte darüber, ob Juden und Jüdinnen als weiß gelten können oder nicht. Das gilt besonders für die USA, wo „race“ historisch anders bewertet wird als in Deutschland. So hat der Historiker Eric Goldstein in seinem Buch „The Price of Whiteness“ historisch nachgezeichnet, welchen widersprüchlichen und schwierigen Weg jüdische Assimilation in den USA gegangen ist. Die Journalistin Emma Green interviewte Goldstein 2016 für ihren Artikel „Are Jews White?“. Auf die Frage, ob Juden und Jüdinnen weiß sind, antwortete er: „Es gibt da eigentlich keine andere Schlussfolgerung als die, dass es kompliziert ist.“

Bisher ging es vor allem um Fragen wie: Wo bewegen sich Juden und Jüdinnen entlang der „Racial“-Kategorien, die speziell in den USA gelten? Doch seit Konzepte wie „systemischer Rassismus“ auf dem Vormarsch sind und die Vorstellung, westliche Gesellschaften seien zutiefst geprägt von „white supremacy“, mehr und mehr Zustimmung finden, stellt sich nicht mehr nur die Frage: Sind Juden und Jüdinnen weiß? Sondern: Welche Konsequenzen bringt es mit sich, als weiß zu gelten?

Im antirassistischen Diskurs nimmt die Auseinandersetzung mit dem Weißsein eine prominente Rolle ein – auch wenn es in den Augen der Vertreter von Theorien wie der „Critical Race Theory“ primär um die Auseinandersetzung mit einer systemischen Benachteiligung von Schwarzen und People of Color geht. Aber gerade weil prominente Autoren wie der US-Amerikaner Ibram X. Kendi die „rassistische Macht“, wie er sie nennt, zur zentralen Figur einer Unterdrückungsmaschinerie erklären, kommt man nicht umhin, sich diese „rassistische Macht“ genauer anzusehen, wenn

man verstehen möchte, wer genau unter diese Kategorie fällt.

Soziales Konstrukt oder Hautfarbe?

Definiert wird „race“ in antirassistischen Texten, von denen sich viele auf die in den 1970er Jahren als Rechtstheorie begründete „Critical Race Theory“ beziehen, als ein soziales Konstrukt. „‚Race‘ und ‚races‘ sind das Produkt gesellschaftlicher Überlegungen und Beziehungen. Da sie nicht objektiv, inhärent oder festgelegt sind, entsprechen sie keiner biologischen oder genetischen Wirklichkeit“, heißt es etwa in Richard Delgado und Jean Stefancis „Critical Race Theory. An Introduction“. Auch Robin Diangelo, eine Ikone der antirassistischen Bewegung, stellt in ihrem Buch „Wir müssen über Rassismus sprechen“ fest: „‚Rasse‘ ist ein gesellschaftliches Konstrukt, daher ändert es sich im Laufe der Zeit, wer der Kategorie der Weißen zugerechnet wird.“

In einem zweiten Schritt sprechen antirassistische Autoren der „Race“-Kategorie „Weiß“ bestimmte Attribute zu. Bei Diangelo ist Weißsein die soziale Norm, an der sich alles orientiert und die alles bestimmt: „Als weiß wahrgenommen zu werden, ist mehr als die Zuordnung zu einer ‚Rasse‘, es ist ein gesellschaftlicher und institutioneller Status und eine Identität, ausgestattet mit rechtlichen, politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Rechten und Privilegien, die anderen verweigert werden.“ Und weiter: „Weiße kontrollieren alle wichtigen gesellschaftlichen Institutionen und bestimmen die Politik und die Praktiken, nach denen andere leben müssen.“ Bei Kendi heißt es: „Wir müssen den Unterschied erkennen zwischen rassistischer Macht (rassistischen politischen Entscheidungsträgern) und weißen Menschen im Allgemeinen.“

Allerdings: Genau diese Linie verschwimmt immer wieder – und das wird für Juden und Jüdinnen zu einem Problem. Balazs Berkovits, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Bucerius Institute for Research of Contemporary German History and Society der Universität Haifa, hat sich in seinen Texten intensiv mit „Critical Whiteness Studies“ und deren „jüdischem Problem“, wie er es nennt, auseinandergesetzt. Er kommt zum Schluss, dass sich antirassistische Autoren letzten Endes doch immer wieder auf die Hautfarbe bezögen, wenn sie die Dominanz der „weißen Vorherrschaft“ beschrieben: „Wenn wir uns beispielsweise ‚white privilege‘ anschauen, ist es vollkommen klar, dass es hier in einer ersten, spontanen Definition um wahrgenommenes Weißsein geht. Wahrgenommenes und sozial erlangtes Weißsein ist nicht dasselbe und sollte nicht dasselbe sein – was im Falle von Juden und Jüdinnen überdeutlich wird –, aber in so vielen Fällen wird es vermischt, ohne weiter auf diesen Widerspruch einzugehen.“

Das hat zur Folge, dass selbst wenn Autoren wie Delgado und Stefancic erwähnen, dass Juden und Jüdinnen in der amerikanischen Geschichte auch vor dem Gesetz nicht immer als weiß galten, die jüdische Identität – zumindest jene aschkenasischer, europäischstämmiger Juden – als verfolgte Minderheit in antirassistischen Texten fast nie offen vorkommt. Wenn Juden und Jüdinnen überhaupt erwähnt werden, so werden sie scheinbar zur weißen, rassistischen Mehrheitsgesellschaft gezählt. So beschreibt Diangelo die US-Gesellschaft als eine, die tief geprägt ist von „white supremacy“, und definiert „white supremacy“ als ein „soziopolitisches Wirtschafts- und Herrschaftssystem auf der Basis von Rassenkategorien, das den als weiß definierten und wahrgenommenen Menschen nützt“. Sie ordnet also auch als weiß wahrgenommene Menschen – wobei man annehmen könnte, dass sie damit Juden und Jüdinnen meint – zur Gruppe der Nutznießer von „white supremacy“.

Noch deutlicher wird das, wenn Diangelo die „Verteilung der Menschen, die unsere Institutionen kontrollieren“, nach „race“ kategorisiert. Sie kommt zu dem Schluss, dass 100 Prozent der reichsten Amerikaner und 95 Prozent der Regisseure, die 2016 die kommerziell erfolgreichsten Filme drehten, weiß seien. Eine kurze Recherche ergibt aber: Zwei der zehn reichsten Männer sind jüdisch, ebenso wie mindestens zwei Regisseure, die unter 95 Prozent der „weißen“ Regisseure fallen. Diangelo definiert dabei nicht, nach wel-

chen Kriterien sie vorgeht. Wie sich das soziale Konstrukt „weiß“ in diesem Fall definiert und ob das anders als über die Hautfarbe geschieht. Es wird ebenso wenig klar, ob beispielsweise ein chinesischer Regisseur als weiß gilt oder nicht. Wenn „weiß“ ein soziales Konstrukt ist, müssten dann nicht alle Regisseure und reichen Menschen aufgrund von Einfluss und Status als weiß gelten, nicht nur jene mit einer weißen Hautfarbe? Diangelo löst diesen Widerspruch nicht auf und spricht von einer „unglaublich homogenen Gruppe“.

Auch an anderer Stelle kommen Juden und Jüdinnen als Minderheit nicht vor. Delgado und Stefancic sprechen in ihrer Einführung in die „Critical Race Theory“ die Problematik an, dass in einer rassistischen Gesellschaft Minderheiten gegeneinander ausgespielt werden können. Die Autoren gehen auf zahlreiche Beispiele ein, nennen japanische, mexikanische, schwarze Minderheiten in den USA. Die jüdische Minderheit aber kommt nicht vor – schon gar nicht in all der Diversität, die eine Gemeinschaft auszeichnet, zu der neben aschkenasischen, also europäischstämmigen, auch schwarze Juden und Jüdinnen gehören oder jene aus dem Nahen Osten und Nordafrika.

In der „Critical Race Theory“ kommen Juden und Jüdinnen als Minderheit nicht vor

Berkovits sieht auch einen methodischen Grund in dieser Leerstelle: „Juden und Jüdinnen sind sehr schwer zu klassifizieren. Sie untergraben die übliche Minderheitenposition, die sich durch Beherrschung und Ausbeutung definiert. Die jüdische Gemeinschaft ist auf eine Art und Weise anders. Aber diese Radikalkritik schätzt klare Kategorien und binäre Gegensätze. Und Juden und Jüdinnen sind ein Faktor, der diese radikale Kritik stört.“

Uraltes antisemitisches Stereotyp

Der Publizist Ben Freeman sieht in der Zuschreibung von Juden und Jüdinnen zu einer mächtigen weißen Mehrheit zugleich eine Neuheit und ein Kontinuum. In seinem Buch „Jewish Pride. Rebuilding a People“ beschreibt er, wie seit Jahrhunderten die „nichtjüdische Welt“, wie er sie nennt, die jüdische Identität definiert. „Wenn man uns akkurat als das beschreibt, was wir sind, nämlich ein indigenes Volk mit Verbindungen zum Land [*Anm. d. Red.* Israel], dann wird der Vorwurf des Weißseins nicht halten“, sagt Freeman. „Wenn man uns aber unserer Indigenität beraubt und als weiße Europäer beziehungsweise weiß beschreibt, dann gehören wir nicht mehr zu den Unterdrückten – obwohl wir wahrscheinlich Teil der am meisten verfolgten Minderheit der Welt sind.“ Nicht nur werde damit eine Sichtweise von außen auf die jüdische Identität projiziert, sie bediene auch ein antisemitisches Klischee: „Es wird eine Vorstellung auf moderne Juden in einem modernen Kontext angewendet, die seit Jahrtausenden existiert. Seit 2000 Jahren wird gesagt, dass Juden und Jüdinnen reich, mächtig und privilegiert sind. Nun, was macht das heute aus uns? Weiße.“

Dabei gehe es nicht um ihre Hautfarbe, sondern darum, welcher Platz ihnen in der Gesellschaft zugewiesen werde – und das ist seit Jahrtausenden kein positiv konnotierter. Ein Novum ist für Freeman, dass Juden und Jüdinnen erstmals Teil einer Dominanzgesellschaft sein sollen. Hier geht es vor allem um die Sicht auf Juden und Jüdinnen in der Diaspora und weniger um gesellschaftliche Debatten innerhalb Israels als einzigem Land mit einer jüdischen Mehrheit; einem Land, in dem Rassismus, wie in so vielen anderen Ländern auch, durchaus ein Problem ist.

Anfang Juni 2021 eröffnete in Amsterdam eine multimediale Ausstellung, die sich genau diesen Fragen widmet. Unter dem Titel „Are Jews White?“ werden Fragen erörtert wie: Wie können Juden und Jüdinnen gewisse „weiße Privilegien“

„Seit 2000 Jahren wird gesagt, dass Juden und Jüdinnen reich, mächtig und privilegiert sind. Nun, was macht das heute aus uns? Weiße“

genießen und sich dennoch nicht zugehörig zur Mehrheitsgesellschaft fühlen? Einer der Kuratoren ist Gideon Querido van Frank. In einem Interview, das er der israelischen Zeitung *Haaretz* gegeben hat, spricht er darüber, dass er mit der Ausstellung Raum für Dialog und Kooperation eröffnen möchte. Bereits vor zwei Jahren veröffentlichte Querido van Frank in einer niederländischen Zeitung ein Meinungsstück unter dem Namen „Are Jews White?“, auf dem die Ausstellung beruht. Darin schreibt er: „Juden und Jüdinnen waren niemals weiß, niemals die Norm, niemals Teil einer Mehrheit mit ‚Waffen und Grenzen verantwortlich für Armut, Gewalt und Ausbeutung‘. Im Verlauf der Geschichte wurden wir größtenteils als ethnische Minderheit ausgegrenzt, verfolgt und ausgerottet. Und daran ist verdammt wenig weiß.“

Postkolonialer Diskurs in Deutschland

Eine Gesellschaft entlang von „Racial“-Kategorien zu klassifizieren, ist etwas spezifisch US-Amerikanisches und auch auf die Auswirkungen von Segregation und rassistischer Gesetzgebung vor den 1960er Jahren zurückzuführen. Doch diese Linse passt nicht deckungsgleich auf andere Gesellschaften – auch nicht auf europäische. In Deutschland wird die Vorstellung von „weißen Juden“ als Teil der Mehrheitsgesellschaft kaum offen vertreten – vermutlich auch, weil das Jahrhundertverbrechen des Genozids an den europäischen Juden Deutsche vorsichtig hat werden lassen gegenüber jeglichen „Racial“-Zuschreibungen.

Aber zumindest die Idee findet sich zum Teil in postkolonialen Theorien und Debatten wieder. Die offensichtlichste Form, in der sich die Vorstellung des „weißen Juden“ widerspiegelt, ist, wenn die Shoah als ein „white on white crime“ bezeichnet wird – als ein Verbrechen, das Weiße an Weißen begangen hätten. Der Antisemitismusforscher Steffen Klävers hat in seiner Dissertation „Decolonize Auschwitz?“ herausgearbeitet, dass etwa der Politikwissenschaftler Aram Ziai dieser Argumentationslinie folgt. Demnach sei der einzige Grund, warum die Shoah in Deutschland aufgearbeitet werde, der, dass die koloniale Gewalt hier zum ersten Mal ins Zentrum, nach Europa, zurückgekehrt sei. Die Gewalt, so die These, die in den Kolonialgebieten erprobt worden war, wurde nun zum ersten Mal in Europa verübt und erhalte nur deshalb Aufmerksamkeit, weil nicht Afrikaner, sondern „weiße Europäer“ unter ihr zu leiden hatten. „Es ist im angloamerikanischen Raum verbreiteter, dieses Argument so offen zu formulieren. Das beobachte ich im deutschsprachigen Raum seltener. Allerdings findet es sich in verklausulierter Form in vielen Ansätzen wieder, die auch in aktuellen Debatten auftauchen“, sagt Klävers.

Eine aktuelle Debatte rund um postkoloniale Theorien dreht sich in Deutschland unter anderem darum, ob das Festhalten an einer Singularität der Shoah den kritischen Blick auf Israel verstelle. Das behauptet unter anderem der australische Historiker A. Dirk Moses. Was nicht nur Moses, sondern auch viele andere postkoloniale Denker unterstellen: Israel sei sehr kritisch zu sehen, wenn nicht sogar abzulehnen, da es sich um ein koloniales Gebilde handele. Damit folgen diese Theoretiker der Sichtweise der internationalen palästinensischen Israel-Boykottbewegung BDS. So erklärt Moses in seinem Aufsatz „Der Katechismus der Deutschen“

mit Blick auf einen Bundestagsbeschluss, der die Finanzierung von BDS-Veranstaltungen unterbinden soll: „Welche alternativen Möglichkeiten Palästinenser:innen ergreifen können, um sich der Kolonisierung ihres Landes zu widersetzen, schien diese Politiker:innen nicht zu kümmern." Um welches Land es geht – Siedlungen oder israelisches Kerngebiet –, lässt er offen, ebenso wie auch viele BDS-Anhänger sich häufig uneindeutig darüber äußern, welches Gebiet sie genau meinen.

Noch deutlicher wird die postkoloniale Theoretikerin Anna-Esther Younes, wenn sie die zionistische Bewegung nicht nur in eine koloniale Ecke rückt, sondern auch noch das Motiv des „weißen Europäers" hinzufügt. In einer Diskussion mit der Philosophin Susan Neiman erklärte sie 2021, sie sei unsicher, ob Palästinenser und Palästinenserinnen nach der Gründung Israels infolge der Shoah vertrieben wurden oder wegen eines „bereits existierenden (europaweiten) Siedlerkolonialismus-Projekts und -Denkens, das einen ‚Bevölkerungstransfer und -austausch' von Juden und Jüdinnen in den Nahen Osten unterstützte und einen Katalysator im Nationalsozialismus fand". Für den Antisemitismusforscher Klävers kann die Argumentation, die Gründung Israels als einen der letzten imperialen Akte zu sehen, eine klare Konsequenz haben: „Dann spielt es keine Rolle mehr, ob der Staat Israel eine Schutzfunktion darstellt für jüdische Menschen, man sieht dann nur ein aktuelles Beispiel von weißer, kolonialer Dominanzgesellschaft gegenüber der nicht-weißen indigenen Bevölkerung, die kolonialisiert wird."

Handfeste realpolitische Folgen

Die Fehlkonzeption von Juden und Jüdinnen als Teil einer dominanten Mehrheit in westlichen Ländern; ein stark vereinfachtes, wenn nicht gar dämonisierendes Bild Israels als weißer Kolonialstaat – wozu führt all das? Jüdische Stimmen wie Ben Freeman und Bari Weiss warnen eindringlich davor, dass Judenhass zunehme, offline wie online. Während der rund zwei Wochen des Konflikts zwischen dem israelischen Militär und der Hamas verzeichnete die Anti-Defamation League (ADL) in den USA eine Zunahme antisemitischer Taten um 75 Prozent. Der Historiker Saul Friedländer hält in der Wochenzeitung *Die Zeit* fest: „Gewiss: Nicht alle, die sich unter dem Banner der postkolonialen Kritik versammeln, sind Feinde Israels, und diejenigen, die sich offen antisemitisch äußern, mögen eine Minderheit sein. Der Antisemitismus in den USA aber hat im Zuge der jüngsten Proteste beunruhigende Ausmaße angenommen." Es kann ergänzt werden: Das gilt auch für Deutschland.

Die großen jüdischen Organisationen in den USA haben sich zur Problematik des Antisemitismus in antirassistischen Kreisen kaum geäußert

Das hat weitaus tieferliegende Gründe als nur die Vorstellung eines „weißen Juden", der zur Mehrheitsgesellschaft gehört. Aber diese Vorstellung könne dazu führen, dass sich Menschen zu antijüdischem Hass ermutigt fühlen, sagt Freeman. Der „weiße Jude" fungiere als „dog whistle" (Hundepfeife) – als Botschaft also, die Antisemiten genau verstehen würden. Bisher haben sich große jüdische Organisationen in den USA zu der Problematik des Antisemitismus in antirassistischen Kreisen kaum geäußert, wohl auch wegen der Schulterschlüsse, die es zwischen jüdischer

Gemeinschaft und Bürgerrechtsbewegungen traditionell gibt. Doch als die US-Kongressabgeordnete Tlaib Anfang August 2021 den Bogen schlug von einer reichen Elite, die „hinter dem Vorhang" agiere, zu Gaza, zu Rassismus in den USA, wählte auch der Präsident der ADL deutlichere Worte und bezeichnete die Äußerungen als „dog whistle".

Nach den antisemitischen Ausschreitungen im Zuge des Gaza-Israel-Krieges – und dem Schweigen antirassistischer Aktivisten – häuften sich in verschiedenen Ländern die Stimmen von Jüdinnen und Juden, die ernüchtert feststellen mussten, dass sie – zumindest, wenn sie sich als Zionisten identifizieren – in antirassistischen Kreisen keine politische Heimat haben. Die Journalistin Mirna Funk etwa schreibt in der *Zeit*: „All jene, die plötzlich begreifen, dass jetzt Schluss ist mit kollektivem Spaß auf dem Women's March und den Antirassismus-Demos, sind in einer neuen Zeitrechnung angekommen. Einer, in der ganz klar ist, dass sie aus allen aktivistischen Migrations-, Antirassismus-, LGBTQI- und People-of-Color-Räumen nicht nur ausgeschlossen sind, sondern dort als Endgegner gehandelt werden."

Binäres Weltbild

Der Antisemitismusbeauftragte des Landes Berlin, Samuel Salzborn, sieht die Gründe dafür auch im kollektivistischen Denken einiger antirassistischer Akteure. Eine demokratische Gesellschaft bräuchte stattdessen eine „ganz konsequente Politik gegen Diskriminierung, um Freiheits- und Entfaltungsmöglichkeiten von Individuen herzustellen".

Die theoretischen Grundlagen dazu sieht Salzborn sogar in antirassistischen Texten selbst gegeben. Er verweist auf Frantz Fanon, der eine schwarze Identität in den Mittelpunkt gerückt habe, ohne ein „Freiheitsparadigma" zu verwerfen. Leider würden Autoren wie Fanon innerhalb des theoretischen Diskurses zu wenig besprochen.

„Ich habe die Befürchtung", sagt Salzborn, „dass es eine große Indifferenz in der antirassistischen Bewegung gibt und dass es die Gefahr gibt, dass diese kleinen, lautstarken antisemitischen Positionen Fuß fassen können. Es gibt auch viele Kräfte, die sich bemühen, diese Diskussionen in Gang zu setzen. Das ist der wichtige Punkt, dass hier Debatten in Gang kommen müssen, dass man am Ende die antisemitischen Positionen aus dem antirassistischen Kontext ausgrenzen muss und zu einer antisemitismussensiblen Auseinandersetzung, auch mit Blick auf die Frage um Israel, gelangen muss." Auch für Ben Freeman ist es unerlässlich, dass sich Theorien wie Postkolonalismus und „Critical Race Theory" weiterentwickeln: „Critical Race Theory hat eigentlich mit uns Juden nichts zu tun. Es ist eine Theorie über die Erfahrungen Schwarzer in den USA. Aber sie hat ein binäres Weltbild erschaffen. Und wenn sie eine Theorie sein will, die wirklich in der Realität verankert ist, müssen andere Erfahrungen berücksichtigt werden. Die Schwarze Erfahrung ist legitim und wichtig, aber die meinige ist es auch."

Das binäre Weltbild antirassistischer Theorien führt dazu, die jüdische Minderheit unsichtbar erscheinen zu lassen. In einer Welt, die aus Unterdrückten und Unterdrückern besteht, gibt es keine Nuancen und keinen Platz für eine Minderheit, die den Rastern nicht entspricht. Einer Minderheit, die in einer negativ behafteten Mehrheit aufgehen soll und der gleichzeitig all jene Stereotypen angeheftet werden, die sie schon seit Jahrtausenden verfolgen.

Unbewusst oder bewusst kann das antirassistische Weltbild, wie es aktuell gepredigt wird, gepaart mit einem dämonisierenden, vereinfachten Bild Israels, zu einem Antisemitismus in neuem Gewand beitragen. Mehr noch: Ohne die Beschäftigung mit den Schwächen der eigenen Theorie wird es kaum möglich sein, bei der Beurteilung von antijüdischem Hass auf einen Nenner zu kommen. So beschrieb Saul Friedländer in seinem Artikel in der *Zeit*, wie im Rahmen von Black-Lives-Matter-Demonstrationen auch Synagogen und jüdische Geschäfte im Viertel Fairfax in Los Angeles angegriffen wurden. A. Dirk Moses widersprach wiederum in der *Zeit*. Er bestritt, dass es gezielte Angriffe auf jüdische Einrichtungen gewesen seien. Stattdessen, so Moses, zielten die Proteste darauf ab, die „weißen Bewohner wohlhabender Gegenden an das Leiden der Schwarzen zu erinnern". •

Schwarz, weiß oder dazwischen?

Das Judentum gibt es in allen Farben, denn Vielfalt ist ein Merkmal jüdischer Identitätspolitik.

Ein Text von Rebecca Rose Mitzner

Identitätspolitische Debatten über das „Problem jüdischer Identität“ oder die „Identitätskrise Israels“ verlieren immer mehr jüdische Zuhörerinnen und Zuhörer, ihr Ton dagegen hat sich verschärft: Im internationalen Politikfeld wird Jüdisch-Sein verstärkt als hegemoniales „white privilege“ wahrgenommen. Jüdinnen und Juden werden pauschal zu Mitgliedern der „white supremacy“ erklärt und für die Unterdrückung diverser Gruppen in Geschichte und Gegenwart verantwortlich gemacht. Dementgegen nimmt man innerhalb jüdischer Identitätspolitik verstärkt begriffliche Differenzierungen zwischen „weißen“ und „schwarzen“ Jüdinnen und Juden vor, um die Pluralität jüdischer Lebenssituationen, einschließlich politischer Positionen, zu betonen.

Diese Reaktion provoziert ein Paradox: Jüdische Identitätspolitik zeigt sich zunehmend von eben dem Schwarz-Weiß-Denken eingenommen, gegen das sie sich zu wehren sucht. Je mehr sie sich um die Integration jüdischer Identitäten in eine globale Gemeinschaft bemüht, desto stärker erscheinen optische, geschlechtliche, religiöse oder soziale Differenzen als Charakteristika von „Minderheiten“, deren Identität eine „Mehrheit“ erst als jüdisch anerkennen muss. Das verstärkt nicht nur antisemitische und antizionistische Ressentiments gegenüber einem vermeintlich autoritären Judentum. Es vernachlässigt zudem einen der wesentlichsten Aspekte jüdischer Kultur: Vielfalt kommt zur jüdischen Tradition nicht hinzu, sondern ist ihr inhärent.

Dabei geht es gerade nicht darum, Jüdinnen und Juden ein „überkomplexes" Selbstverständnis zu unterstellen. Vielmehr sollen die unterschiedlichen Deutungen gemeinsamer Identitätsmerkmale betont werden. Der israelische Schriftsteller Amos Oz formulierte einst dazu: „Wir Juden können Sätze nicht leiden, die mit ‚Wir Juden' beginnen." Eine allgemeingültige Definition von Diversität kann sich am jüdischen Diversitätsverständnis orientieren, weil es Ausdruck eines im Judentum gemeinschaftlich kultivierten Bewusstseins für identitätsmäßige Vielfalt ist.

Dass sich letztlich keine Identität auf eine einzige Zuschreibung reduzieren lässt, machen vor allem die lauter werdenden Stimmen schwarzer jüdischer Menschen in den USA, Deutschland und Israel deutlich. Sie plädieren dafür, dass sich (jüdische) Identitätspolitik wissenschaftlich, politisch, kulturell und gesellschaftlich von einem Denken emanzipiert, das Menschen angesichts ihrer individuellen Identität(en) klassifizieren will.

Im Juni veröffentlichte das American Jewish Committee unter dem Motto „Faces of American Jewry" eine Aussage von Narda Alcorn: „Jüdisch in Amerika zu sein, erfüllt mich mit Freude und Stolz, obgleich ich immer wieder auf Mitglieder der jüdischen Gemeinschaft treffe, die meine Authentizität hinterfragen. Ich bin schwarz, queer, verheiratet mit einer weißen jüdischen Frau und Elternteil von zwei adoptierten schwarzen, jüdischen Kindern. Dennoch wurde mir gesagt, dass ich als Schwarze niemals richtig jüdisch sein kann."

Die ebenfalls schwarze jüdische Soziologin Katya Gibel Mevorach führt im Anschluss an die Anthropologin Karen Brodkin innerjüdische Diskriminierung auf ein Argument zurück, das die jüdischen Selbstwahrnehmungen unterwandert hat: Demnach gibt es „Jüd*innen, die weiß sind, aber es gibt andere Menschen, die jüdisch sind, aber nicht weiß wie der Rest". Jenes „aber" suggeriert entweder jüdisch oder anders, schwarz zu sein, worüber der stereotypische weiße, osteuropäische Jude entscheidet, der sich für den Erhalt des Judentums allein verantwortlich fühlt. Um den unterschiedlichen jüdischen Identitäten gerecht zu werden, fordert Mevorach, die „intellektuelle Faulheit" gegenüber Integrationserfahrungen aufzugeben: Kulturell verankerter Rassismus beeinflusst unweigerlich die gesellschaftliche Entwicklung, weil er vergisst, dass Weiß-Sein keine Naturtatsache, sondern ein gesellschaftliches Konstrukt ist. Jüdinnen und Juden in der Diaspora stehen deshalb vor der Aufgabe, sich von identitätspolitischen Mythen zu lösen: Parolen wie „We are all Americans" führen zu einer einseitigen Fokussierung auf Dialoge zwischen Jüdinnen und Juden und Schwarzen, die ihre Individualität der amerikanischen „Über-Identität" unterordnen. Das Buzzword der Black-Jewish-Relations suggeriert, dass es sich bei Juden um eine einheitliche Gruppe ethnisch weißer Amerikaner handelt, denen schwarze Amerikaner gegenüberstehen. Die Komplexität der Realität wird folglich zugunsten des amerikanischen Traums ignoriert.

Amos Oz: „Wir Juden können Sätze nicht leiden, die mit ‚Wir Juden' beginnen"

Doch können Ideale wie Chancengleichheit nicht verwirklicht werden, solange „die amerikanische Perspektive" die Menschen nicht sieht, wie sie tatsächlich sind: nicht kategorisch gleich, sondern individuell verschieden. Mevorach plädiert dafür, jüdische Identitätskonzepte aus Identität simplifizierenden weißen Ethnizitätsdiskursen zu lösen, weil „Diskriminierung nachhaltig zu überwinden vorausetzt, nicht länger an diskriminierenden Denkstrukturen festzuhalten". Ihrer Meinung nach muss jüdische Identitätspolitik zu substanzielleren Debatten übergehen, die thema-

tisieren, wie sich jüdische Werte definieren und was es bedeutet, sich über sie zu identifizieren.

Notwendige Einstellungsänderung

Solche Überlegungen sind aufwendiger als bloße Beschreibungen einer pluralen Realität, die religiöse und säkulare jüdische Lebensweisen vergleicht. Um der Diversität jüdischer Identitätsvorstellungen gerecht zu werden und gleichzeitig Judentum vor ideologischer Vereinnahmung zu schützen, muss identitätspolitischen Überlegungen eine Einstellungsänderung vorausgehen. Letztere wird von dem Philosophen Lewis Gordon im Kontext des „Black Existentialism" als „Dekolonialisierung des Denkens" bezeichnet: „Schwarz zu sein, bedeutet nicht automatisch, schwarz zu denken, obgleich die Einsicht mit meiner Identität als Schwarzer und Jude zu tun hat."

So hängen individuelle Einsichten zwar mit der eigenen Herkunft zusammen. Allerdings ändert Individualität nichts daran, dass menschlichem Erkennen Grenzen gesetzt sind. Sich im Sinne Kants an die Stelle anderer denken zu können, legitimiert nicht dazu, für sie zu sprechen. Kritisches Denken hinterfragt vielmehr die Selbstwahrnehmung. Folgt man der Philosophie Gordons, müsste eine dekolonialisierte Identitätspolitik Leitkulturen kritisieren, die objektiv und allgemeingültig sein wollen. Ebenso lehnt er ein partikulares Selbstverständnis ab, das seine Authentizität ausschließlich aus persönlicher Erfahrung ableitet. Wäre Judentum beispielsweise so einseitig, wie fundamentalistische oder nationalistische Jüd*innen es auslegen, hätte es die heutige Vielfalt jüdischer Selbstverständnisse nie gegeben. Die Dekolonialisierung jüdischer Identitätspolitik meint eine Rückbesinnung auf die Partikularität des Judentums. Weltliche Pluralität wurde in die jüdische Tradition integriert und nicht umgekehrt die Welt jüdischen Wahrheitsvorstellungen angepasst beziehungsweise andere Religionskulturen missioniert. Diese Tatsache ist auch für die israelische Identitätspolitik von struktureller Relevanz.

Einerseits ist Israel Sinnbild jüdischer Diversität, die sich aus den Traditionen der osteuropäischen (Aschkenazim), arabischen (Misrachim) und afrikanischen (Beta Israel) Juden zusammensetzt. Andererseits erfahren die Beta Israel seit ihrer Rückkehr nach Israel massive Diskriminierung. Sie begann bei der angeblich notwendigen Anerkennung ihrer jüdischen Identität durch das Oberrabbinat, die erst 1977 abgeschlossen wurde. Die rabbinischen Vertreter der Aschkenazim und Misrachim sahen sich dazu bestimmt, den „schwarzen" Juden zu bestätigen, wer sie sind: der „verlorene" Stamm Dans. Jüngst hinzugekommen ist die politische Instrumentalisierung ihrer sozial prekären Situation: Äthiopischen Einwander*innen wird subventionierter Wohnraum im Westjordanland angeboten, was zugleich helfen soll, die internationale Kritik am Ausbau der Siedlungsprojekte zu entkräften. Der Verweis auf Juden, die „schwarz und bedürftig" sind, dient dazu, BDS-Kampagnen (Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen) entgegenzuwirken, welche die jüdische Bevölkerung zu „weißen, reichen Unterdrückern" der palästinensischen „People of Color" stilisieren. Natürlich geht die Idee nicht auf, rassistisch gefärbten Antizionismus und Antisemitismus mit rassistisch gefärbtem Zionismus zu bekämpfen. Seit 2015 häufen sich Proteste äthiopischer Juden, die sich mit der Black-Lives-Matter-Bewegung solidarisieren. Sie postulieren: „Wir werden die schwarze Person nicht länger die arme, unterdrückte Person sein lassen."

Selbst ernsthafte Bemühungen um die Verbesserung der Situation äthiopischer Jüdinnen und Juden scheinen nicht ohne vereinseitigende Gegenüberstellungen auszukommen. Mehereta Baruch Ron, ehemalige Vize-Bürgermeisterin von Tel Aviv und als erste äthiopische Jüdin in das Amt gewählt, sagt dazu: „Ich betrachte die Traditionsgeschichte der Beta Israel als ein weiteres Zeugnis jüdisch diasporischer Erfahrung. Ihre Einzigartigkeit sollte nicht dazu verwendet werden, die Differenzen zwischen den verschiedenen jüdischen Strömungen zu verhärten." Ihre Aussage zielt auf wissenschaftliche Bemühungen, die Originalität äthiopischer Traditionsauslegungen jüdischer Schriften gegenüber dem Traditionsver-

ständnis osteuropäischer Juden nachzuweisen, was die „Authentizität“ letzterer infrage stellt. Äthiopische Juden werden dadurch unmerklich zu Repräsentantinnen und Repräsentanten einer Elite erklärt, welche die Vorstellungen einer Hierarchie jüdischer Ethnizität bestätigt. Baruch Ron fügt hinzu: „Die Beta Israel wollten niemals zu anderen jüdischen Gruppen in Konkurrenz treten. Wir gehören zur jüdischen Gemeinschaft dazu und wollen nicht mehr wie „Falasha“ (Fremde) in unserem eigenen Land behandelt werden.“

Jüdische Diversität ist mehr als Hautfarben

Jüdische Diversität konkurrenzhaft, hierarchisch auszulegen, führt im öffentlichen israelischen Diskurs dazu, Übergriffe auf äthiopische Juden als Folge der „De-Orientalisierung“ zu bewerten: Das gewalttätige Verhalten überwiegend misrachischer Polizist*innen wird dadurch „entschuldigt“, dass sich die arabischstämmigen Juden zu sehr dem „westlichen weißen Autoritarismus“ der Aschkenasim angepasst hätten. Jenes Argument bestärkt eine rassistische Definition jüdischer Identität: Es wird so getan, als ob „jüdische Diversität“ sich nur auf Hautfarben bezieht und nicht auf denkende Menschen. Trotz allem bleibt Israel auch der äthiopisch-jüdische Traum. Dazu Pnina Tamano-Shata, die erste äthiopische Jüdin, die in das israelische Parlament gewählt wurde und seit 2020 Ministerin für Einwanderung und Integration ist: „Wenn ich meine Liebe zum Land allein von den Rassisten abhängig mache, dann würden sie gewinnen und ich, samt der restlichen israelischen Gesellschaft, verlieren.“ Die Gefahr besteht darin, Zionismus einseitig im Rahmen gesellschaftlicher Ausgrenzung und sicherheitspolitischer Abgrenzung misszuverstehen. Der „Juden-Staat“ sollte stattdessen als ein Schutzraum „jüdischer Diversität“ betrachtet werden, der die Chance zur Entfaltung unterschiedlicher jüdischer Kulturen bietet, während es gleichzeitig darum geht, eine gemeinsame Stimme zu finden, die mit Nationen und Kulturen in Dialog tritt.

Um die Vision „Israel“ zu verwirklichen, reicht es nicht aus, auf Anfeindungen israelisch-jüdischer Identität mit der vermeintlich „positiven“ Diskriminierung israelischer Bevölkerungsgruppen zu reagieren. Man kann das gesellschaftlich Verbindende nicht auf eine gruppenspezifische Erfahrung reduzieren und muss ein gemeinsames Interesse an Emanzipation von Ideologien entwickeln. Demnach darf die Wirkung von Imperialismus, Kolonialismus, Rassismus und Nationalismus auf die israelische Staatsgeschichte und Gesellschaft nicht länger unterschätzt werden. Jüdisch zu sein schützt nicht davor, ideologisch zu denken. „Jüdisches Denken“ besitzt jedoch das Potenzial, sich traditionsgemäß gerade nicht an Ideologie, sondern an Vielfalt zu orientieren.

„Aufzuzeigen, dass es Judentum in allen Farben gibt, wird eine starke Wirkung auf das jüdische Volk und den Rest der Welt haben“, sagt Nissim Black, orthodoxer Jude und Rapper afroamerikanischer Herkunft. Mit seiner Musik will er eine Stimme für schwarze Jüdinnen und Juden sein und Diskussionen anregen, inwieweit schwarze Kulturen zum Judentum gehören: „Jüdischkeit heißt für mich zweierlei: Erstens kann ich in allem, wie ich bin und was ich tue, sehr selbstbewusst sein, weil ich eine enge Beziehung zum Ewigen habe.“ Die vielen Regeln jüdischer Orthodoxie betrachtet Black nicht als Vorschriften, sondern als „Liebesbeweise“, die er „als Ausdruck einer guten Beziehung zu sich selbst und zu Gott erbringen darf“. „Zweitens geht es um das Bewusstsein, dass Kulturen sich unweigerlich gegenseitig beeinflussen.“ Die verschiedenen jüdischen Identitätsvorstellungen resultieren aus einer Traditionsentwicklung, die andere Lebensweisen ernst nimmt und deshalb mit ihnen in Beziehung tritt.

Zu klären bleibt, wie sich die grundsätzliche Weltoffenheit des Judentums mit autoritären Positionen mancher Juden verträgt. Auf die Frage, was Judentum in Deutschland ausmacht, antwortet Artur Abramovych, Vorsitzender der Juden in der AfD, dass deutsches Judentum heute postsowjetisches Judentum sei: „Begriffe wie jüdische Diversität nutze ich nicht. Es gibt Juden, die das

Max Czollek: „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland bedeuten, dass Juden hier länger leben als die allermeisten Deutschen“

Judentum befolgen, solche, die es nicht tun, und dazwischen unzählige Abstufungen.“

Streitbar ist, was er mit „das Judentum“ meint: Jüdische AfDler betrachten sich als generische Deutsche oder integrierte deutsche Jüdinnen und Juden, die auf einem anderen religiösen Hintergrund dieselben „jüdisch-christlichen“ Werte teilen. So nutzt die AfD das Prinzip der „racecraft“: Demnach wird die kollektive „Fantasie einer Rasse“, getarnt als Volksgemeinschaft, durch praktizierten Rassismus erzeugt. Die Wertschätzung integrationswilliger Minderheiten legitimiert dann die Diskriminierung all jener, die sich gegen die identitäre Vereinnahmung sperren. Antisemitismus, Rassismus oder Homophobie scheinen in der AfD verschwunden, da das „Deutsch-Sein“ das Jüdisch-, Queer- oder Farbig-Sein als primäre Identität verdrängt.

Die Gründe, warum sich manche Juden dennoch solch extremistischen Bewegungen anschließen, sind vielfältig. Natürlich wäre es ebenso ideologisch, von „den Juden“ eine unfehlbare Moral zu erwarten. Doch auch eine selbstbestimmte jüdische Identität schützt nicht vor fatalen Fehleinschätzungen, wie jüdische AfDler sie begehen. Deshalb fordern linke jüdische Aktivistinnen wie der Lyriker Max Czollek „radikale Desintegration“. Ideologische „Gedankentheater“ sollen durch „radikale Vielfalt“ überwunden werden. In einem Tweet kritisiert er 2021 das fehlende Bewusstsein für die postmigrantische Realität und die Hybridität von Gesellschaft: „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland bedeuten, dass Juden hier länger leben als die allermeisten Deutschen. Man könnte also auch 1700 Jahre Migration nach Judistan feiern.“

Auf öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen wie den internationalen Tagen der jüdisch-muslimischen Leitkultur 2020 am Maxim-Gorki-Theater Berlin konfrontiert er mit anderen Kunstschaffenden das Publikum durch Überstilisierung klischeehafter Identitätsvorstellungen mit den eigenen Vorurteilen. Allerdings auf Kosten einer fraglichen Selbstkonfrontation: Die Darstellerinnen und Darsteller fügen sich selbst Diskriminierungserfahrungen zu, die ihnen bisher nur von anderen angetan wurden, und werten jene positiv um. Identitätsmerkmale wie Jüdisch-, Schwarz- oder Queer-Sein sollen identitätsmäßige Gruppen ausbilden, die sich gemäß des „struggle of alliances“ für sozialökonomische Gerechtigkeit zusammenschließen. Vertreter der Queertheorie kritisieren solche identitätspolitischen Praktiken: Anstatt die Diskriminierung Einzelner zu überwinden, wird die binäre Dualität „Wir gegen die Anderen“ im Kampf „der Minderheiten“ gegen „die Mehrheitsgesellschaft“ fortgeschrieben. Der Zwang, individuelle Bedürfnisse den Zielsetzungen eines konstruierten Gruppen-Multikulturalismus unterzuordnen, bleibt somit bestehen.

Philip Egbune, dessen Selbstverständnis jüdisch, nigerianisch und osteuropäisch beeinflusst ist, hat das Gefühl, sich entscheiden zu müssen: „Ich fühle mich häufig nur akzeptiert, wenn ich allein für ‚die schwarze‘ oder ‚die jüdische‘ Sache einstehe. Ich kann mich aber nicht zerreißen.“ Seine Aussage verdeutlicht, dass identitätspolitische Bemühungen, solange sie sich auf Machtfragen reduzieren, die „special interests“ von Individuen

vernachlässigen. So sollte er nach Ansicht eines jüdischen Bekannten nicht zu einer Black-Lives-Matter-Demo in München gehen, „weil ihn die Leute dort als Juden sowieso nicht akzeptieren würden“. Dennoch berührt Egbune die Solidarität, die er während der Demonstration erfährt: „Natürlich lehne ich jede identitätspolitische Verbreitung von Antisemitismus und Antizionismus ab. Aber ich würde nie die Kritik an linker und rechter Politik gleichsetzen.“ Linksorientierte Aktivisten setzten sich im Gegensatz zu rechten Identitären für gesellschaftliche Pluralität und Demokratie ein. Dennoch müsste das Bewusstsein für die Komplexität von Identität, die nicht in Kategorien wie „race, class, gender“ aufgeht, weiter geschult werden. Egbune: „Ich denke, dass wir noch lange nicht das Potenzial jüdischer Tradition für gesellschaftspolitische Fragen ausgeschöpft haben.“

Sein Einwand ist angesichts von Globalisierung und Migration hoch relevant: Aufgrund der Vielfalt jüdischer Selbstverständnisse sollte überlegt werden, inwieweit jüdische Identitätspolitik eine konkret vermittelnde Position zwischen den unterschiedlichen Gruppen- und Individualinteressen einnehmen kann. Die identitätspolitische Aufgabe beschränkt sich nicht darauf, wachsende gesellschaftliche Multikulturalität festzustellen. Sie hat ebenso die Pflicht, die Multidimensionalität jeder einzelnen Identität zu berücksichtigen.

Gegenentwurf zum Extremismus

Die dargestellten Positionen schwarzer und jüdischer Personen zeigen einen solchen Perspektivwechsel an. Sie rufen dazu auf, sich von einem Denken frei zu machen, das Menschen kategorisch ausgrenzt. Dabei geht es nicht um die Idealisierung von Jüdinnen und Juden mit schwarzer gegenüber weißer Hautfarbe. Vielmehr stehen nichtweiße Identitäten schlicht im Kontext einer Diskriminierungsgeschichte, die sie für die Fragilität von Identitätskonstrukten besonders sensibilisieren.

Der Chefredakteur des *Zeit Magazins* Sascha Chaimowicz, geboren in München, hat jüdische, polnische und karibische Wurzeln; er sagte in der Sendung „Freitagnacht Jews“: „Eine einzige dominante Antwort auf die Frage, was Identität ist, kann es nicht geben.“ Um der Vielschichtigkeit von Gesellschaft und Persönlichkeit gerecht zu werden, reicht es identitätspolitisch nicht aus, „herkömmlichen“ Integrationskonzepten „alternative“ Desintegrationskonzepte gegenüberzustellen. Ein echtes Umdenken, das Identität nicht länger definitorisch fixiert und die Lebendigkeit von Individualität zelebriert, bedarf einer zusätzlichen, kritischen Selbstreflexion. Diversität resultiert aus der spezifisch menschlichen Fähigkeit, sich und die Welt verändern zu wollen. Die eigenen Vorstellungen durch den Austausch mit anderen Meinungen kontinuierlich zu hinterfragen, zeugt nicht von Identitätsverlust, sondern ist Ausdruck individueller, humaner Selbstverwirklichung.

Sascha Chaimowicz: „Eine einzige, dominante Antwort auf die Frage, was Identität ist, kann es nicht geben“

Diese selbstbewusste, selbstkritische Haltung kommt einem der Hauptanliegen entgegen, das sich aus der jüdischen Kulturgeschichte ergibt: Das globale Handlungspotenzial der diversen jüdischen „Identitäten“ besteht darin, ein lebendiger Gegenentwurf zu extremistischen Gemeinschaften zu sein und sich gegen den Identitätszwang totalitärer Politiken einsetzen zu können. •

Zweierlei „Nie wieder“

Die Sicherheitskonzepte Israels und Deutschlands könnten unterschiedlicher nicht sein. Dabei speisen sich beide aus der Erfahrung von Holocaust und Zweitem Weltkrieg.

Ein Text von Jonathan Kovac

Durch das Gedenken an den Holocaust für immer verbunden, bieten Israel und Deutschland gute Beispiele dafür, wie historische Identität das Nachdenken über Sicherheit prägt. Die Gründung beider Staaten geht unmittelbar auf den Zweiten Weltkrieg zurück. Ihre Erfahrung als Opfer beziehungsweise Täter prägte, wie Politiker und Politikerinnen beider Länder internationale Angelegenheiten angehen.

Da ich sowohl in Israel als auch in Deutschland und den Vereinigten Staaten gelebt und Internationale Sicherheitspolitik studiert habe, hat der Vergleich von Opfer- und Täternarrativen in Sicherheitsansätzen für mich eine persönliche Note. Zugleich spiegeln sich darin exakt die Schulen des Realismus und Konstruktivismus der Lehre von den Internationalen Beziehungen als akademischer Disziplin wider.

Eigene Stärke und amerikanischer Schutz

Deutschland und Israel gehören ohne Zweifel zu den stärksten Ländern ihrer jeweiligen Regionen, obwohl ihre Sicherheitskonzepte gegensätzlicher kaum sein könnten. Während Israels Idee von Sicherheit eine Konsequenz existenzieller Ängste ist, die auf reale und konstruierte Bedrohungen zurückgeführt werden können, baut Deutschlands Sicherheitskonzept stark auf den Sicherheitsgarantien auf, die die USA seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs gewährleistet haben. Diese wiederum haben das Privileg von Stabilität, Frieden und Wohlstand ermöglicht.

Die individuellen außen- und sicherheitspolitischen Konzepte beider Länder lassen sich durch einander entgegenstehende Lasten aus der Geschichte erklären: Israel ist die Heimat eines weitestgehend zu Opfern gemachten Volkes, Deutschland ein Staat, der noch immer mit den unfassbaren Verbrechen des Naziregimes ringt.

Heute sehen wir, dass beide Länder ihr sehr eigenes Verständnis von einem „Nie wieder“ entwickelt haben, was wiederum jeweils einzigartige politische Identitäten schafft. Vereinfacht gesagt will Israel nie wieder auf andere angewiesen sein, um die Sicherheit von Jüdinnen und Juden zu gewährleisten. Deutschland will nie wieder Ausgangspunkt eines Krieges sein oder auch nur isoliert oder gar aggressiv agieren.

Gruppenidentitäten und Opferrollen

Opfernarrative dominieren die Identitätspolitik. Das Opfersein lässt sich entweder als Forderung nach Anerkennung einer bestimmten Gruppenidentität oder der Erfahrung als Opfer in der Vergangenheit definieren. In ihrem Artikel „A Sense of Self-Perceived Collective Victimhood in Intractable Conflicts“ argumentieren Daniel Bar-Tal und seine Forscherkollegen, das kollektive Opfersein biete ein Seinsgefühl, helfe beim Umgang mit Stress und könne sowohl Gewaltakte moralisch vertretbar erscheinen lassen als auch Mitglieder der eigenen Gruppe mobilisieren.

Wichtig dabei ist, dass kollektives Opfersein durch Erzählungen einzelner Opfer etabliert werden kann. Das bedeutet, dass nicht jedes einzelne Gruppenmitglied tatsächlich eine traumatische Erfahrung gemacht haben muss. Durch Zeremoniell, Bildung und politische Narrative kann eine Gruppe an die gemeinsame traumatische Erfahrung (zumeist Völkermord, Verfolgung, Rassismus) erinnern und so eine kollektive soziale Identität aufrechterhalten, die auf dem Opfersein aufbaut.

Auf einer Opferrolle aufgebaute Gruppenidentitäten schaffen allerdings einige Herausforderungen. Gruppen fällt es beispielsweise häufig schwer, das Leid anderer Gruppen anzuerkennen, da ihr eigenes Opferdasein moralisch überhöht wird. Außerdem können sie häufig schwerer ein Vertrauensverhältnis zu anderen Gruppen aufbauen und entwickeln leicht eine höhere Sensibilität gegenüber Bedrohungen als Schutzmechanismus.

Israels Sicht auf die nationale Sicherheit ist ein klassischer Fall des außenpolitischen Realismus

Das kann dazu führen, dass diese Gruppen unmoralische Taten für sich rationalisieren, weil sie diese stets mit der eigenen traumatischen Erfahrung vergleichen und als weniger unmoralisch empfinden. Das wiederholte Scheitern der internationalen Gemeinschaft, verfolgte Gruppen zu schützen (zum Beispiel während des Holocaust oder des Völkermords in Ruanda), steigert das Narrativ, für Sicherheit und Schutz nie wieder auf andere angewiesen sein zu dürfen, nur noch weiter.

Israels Sicht auf die nationale Sicherheit ist gemäß der Lehre von den Internationalen Beziehungen ein klassischer Fall des Realismus. Diese während des Kalten Krieges dominante Denkrichtung sieht die Welt als einen anarchischen Ort der Nullsummenspiele, an dem Staaten mit ihren Feinden um Macht und Einfluss ringen, die die eigene Sicherheit garantieren sollen. Israel wurde, nebst anderen Gründen, als Reaktion auf

das Leiden der Jüdinnen und Juden auf der ganzen Welt gegründet, das im Holocaust als Versuch der Auslöschung jüdischen Lebens gipfelte. Tadek Markiewicz geht so weit zu behaupten, Israels Gründungsidentität sei das kollektive Opfersein, das eine wichtige Rolle in Israels politischem Diskurs einnehme.

An und für sich basiert Israels „Nie wieder" also auf der Überzeugung, dass nur Israel selbst das Leben von Jüdinnen und Juden schützen und ihre Sicherheit garantieren könne, insbesondere nachdem die Weltgemeinschaft wiederholt genau daran gescheitert ist. Israels politische Führer haben sicherheitspolitische Entscheidungen immer in den Kontext von Opfernarrativen und speziell der Erinnerung an den Holocaust gestellt.

Vielleicht als Mittel, um den Einsatz von Gewalt als Selbstverteidigung zu rechtfertigen oder um einen „Rally-around-the-flag"-Effekt zu erzeugen, wurden Israels Kriege, insbesondere die frühen Auseinandersetzungen, die die Existenz des Staates grundsätzlich bedrohten, durch die Linse des Holocaust betrachtet. So hat Israels Führung im Sechstagekrieg von 1967 die Erinnerung an den Holocaust rhetorisch geschickt genutzt, um seine Nachbarn als Bedrohung darzustellen.

In ähnlicher Weise verglich Staatsgründer David Ben-Gurion 1960 ägyptische Propaganda mit Nazipropaganda, indem er den Vorwurf erhob, die Ägypter würden den Begriff „Zionist" so benutzen, wie die Nazis es mit dem Wort „Jude" taten. In beiden Fällen wurde Juden vorgeworfen, die Vereinigten Staaten, genauso wie England und Frankreich unter ihrer Kontrolle zu haben, weswegen sie ausgelöscht werden müssten.

Vor der Invasion des Libanon 1982 unterstrich der damalige Premier Menachem Begin, Israels Schicksal sei von der kontinuierlichen Notwendigkeit geprägt, zu kämpfen und sich selbst zu verteidigen. Er sprach davon, man dürfe „kein neues Treblinka" zulassen. Die Autorin Juliana Ochs hat beobachtet, dass Israelis, die während der zweiten Intifada Selbstmordattentate erlebten, Parallelen zu den Erfahrungen ihrer Eltern und Großeltern während des Holocaust ziehen.

Die Rhetorik ist dieselbe, nur ist die Bedrohung heute weniger existenziell. Im Gegensatz zu den frühen Kriegen stellen die Herausforderungen für Israels Sicherheit heute nicht mehr seine Existenz infrage, gerade weil sich das Land erfolgreich als stärkster Akteur der Region positioniert hat.

Schaffung eigener Sicherheitskapazitäten

Um Israels nationale Sicherheitspolitik und die Rolle von Opfernarrativen besser zu verstehen, traf ich Gil Murciano, CEO von Mitvim, dem israelischen Institut für regionale Außenpolitik. Bevor er seine gegenwärtige Stelle antrat, arbeitete Murciano als Experte für israelische Außen- und Sicherheitspolitik bei der Stiftung Wissenschaft und Politik.

Im israelischen Kontext haben der Holocaust und die allgemeine Geschichte der Verfolgung zu einem Gefühl der Hilflosigkeit und der Angst unter Jüdinnen und Juden geführt. Der Weg heraus aus der Opferrolle war es, eine aktivere Rolle einzunehmen. Laut Murciano sei es höchstes Ziel der israelischen Sicherheitspolitik, das Land durch die Schaffung eigener Sicherheitskapazitäten zu schützen. Das hat zu Aktionen geführt, die von einigen sicher als brutal eingestuft würden. Manche in der israelischen Politik würden gar so weit gehen zu sagen, Israel sei im Konflikt mit den Palästinensern zum Täter geworden. Diesem Argument wird von seinen Kritikern stets mit dem Hinweis auf Israels Selbstverteidigungsrecht begegnet, was laut Murciano der israelischen Diskussion über eine normative Außenpolitik nicht viel Raum biete.

Die größte Bedrohung kommt in der israelischen Wahrnehmung immer von außen. Während Israel bei der Identität seiner jüdischen Bürgerinnen und Bürger sehr divers aufgestellt ist, spielen diese unterschiedlichen Identitäten in der Außenpolitik keine bedeutende Rolle. Das lässt sich damit erklären, dass in Israel jeder und jede auf die eine oder andere Weise Opfer ist – ein Konzept, das auch der Journalist Ari Shavit in seinem Buch „A New Israeli Republic" aufgreift.

Deutschlands „jüngere Generation hat neue Ideen, aber keine Ahnung, wie sich diese in die Praxis umsetzen ließen“

Shavit argumentiert, die Misrachim seien die Opfer der Aschkenasim gewesen, streng religiöse Jüdinnen und Juden die Opfer säkularer Gruppen und so weiter. Israel hat also eine starke kollektive Identität, die auf existenziellen Ängsten basiert und sowohl von den Nachkommen der Holocaust-Überlebenden als auch von der übrigen Bevölkerung geteilt wird, die aktuelle Bedrohungen als genauso existenziell ansehen.

Konstruktive Identität

Im klaren Gegensatz zu Israel ist Deutschland ein Fall klassischer konstruktiver nationaler und sicherheitspolitischer Identität, die aus dem überparteilichen Konsens besteht, von Deutschland dürfe nie wieder Krieg oder auch nur aggressives Verhalten ausgehen.

Das Herzstück des Konstruktivismus ist die Idee, dass soziale Gruppen in Ländern in öffentlichen Debatten um ihre unterschiedlichen Interessen und Werte ringen, was dann wiederum politische Entscheidungen beeinflusst. Diese inaktive Rolle geht auf Deutschlands Vergangenheit als Täternation im Zweiten Weltkrieg zurück. Das Land hätte sich nach dem Ende des Kalten Krieges für eine aktivere Außenpolitik entscheiden können, blieb aber, durch eine konstruktivistische Linse betrachtet, bei seinem fast pazifistischen, nichtinterventionistischen und multilateralen Ansatz. In anderen Worten: Konstruktivismus schafft eine Verbindung zwischen sozialen Identitäten und Außenpolitik, was erklärt, warum ein so starkes Land wie Deutschland mit all seinen Möglichkeiten eine so passive Außenpolitik betreiben kann.

Marina Henke, die als Professorin an der Hertie School of Governance in Berlin International Affairs lehrt und zugleich als Direktorin des Zentrums für Internationale Sicherheit fungiert, betont das antiamerikanische Element deutscher Außenpolitik, das auf viele gesellschaftliche Gruppen zurückgehe. Hier komme die Geschichte der US-amerikanischen Kontrolle über Teile Deutschlands ins Spiel, die viele Deutsche mit den Worten kommentierten: „Ja, die Amerikaner haben uns geholfen, aber … irgendwann ist es auch gut.“

Auf Seiten der politischen Linken rührt diese Einstellung häufig von einer Kritik am kapitalistischen, expansionistischen und materialistischen Amerika her. Henke beschreibt diese Menschen mit antiamerikanischen Ansichten als „nicht unbedingt AfD-Unterstützer“. Die AfD zeige „eine andere Komponente deutschen Antiamerikanismus, die auf einem tiefen Überlegenheitsglauben basiert“. Dort sei es eine Art „Germany-first“-Ansatz, in dem Deutschland auf Amerika verzichten könne.

Deutschlands Betonung seines friedlichen und multilateralen Selbstbilds wird bei der Betrachtung seiner außenpolitischen Agenda deutlich: Umweltschutz, Verteidigung der NATO- und EU-Außengrenzen, Entwicklungshilfe und die Aufnahme von Flüchtlingen. All diese Herausforderungen bedürfen der internationalen Zusammenarbeit. Zudem versuchen die in Deutschland politisch Verantwortlichen – die Last der Nazivergangenheit stets mitdenkend –, eine normenbasierte, wertegeleitete Außenpolitik zu machen.

So etablierte der damalige Außenminister Joschka Fischer, um den ersten Auslandseinsatz

der Bundeswehr in Europa (nämlich im Kosovo) seit dem Zweiten Weltkrieg zu rechtfertigen, das Bild von Deutschland als „Frühwarnsystem gegen Völkermord“. Auf diese Weise nutzte Fischer Deutschlands dunkle Vergangenheit, um den ersten ernstzunehmenden Militäreinsatz des Landes im Namen des „Nie wieder“ zu rechtfertigen: nie wieder Völkermord.

Henke stimmt darin überein, dass die Identität Nachkriegsdeutschlands stark von der Nazivergangenheit geprägt gewesen sei und zu einer passiven Ausrichtung der deutschen Außenpolitik geführt habe. „Der Hauptgrund ist, dass die USA nichts anderes erlaubten … Deutschland war besiegt, es hatte keine Wahl.“ Murciano meint, die Deutschen, insbesondere diejenigen, die sich nicht mit den Nazis identifizieren konnten, hätten sich nach dem Zweiten Weltkrieg als Opfer des Naziregimes gesehen. Die Lösung lag nahe. Deutschland müsse das verhindern, was ganz zu Beginn das Problem überhaupt erst geschaffen hatte: ein militärgeführter interventionistischer Ansatz und ein starkes und aggressives deutsches Militär. Die ultimative Angst bestand darin, wieder zu Tätern zu werden und andere so zu Opfern zu machen.

Das wirft dann die Frage auf, warum Deutschland auch nach dem Ende des Kalten Krieges nicht aktiver auftrat. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs waren die Alliierten sehr erfolgreich darin, die deutschen Eliten neu zu formen. Laut Henke wurde einer ganzen Generation richtigerweise eingetrichtert, Deutschland sei schuldig. Deutschlands Außenpolitik müsse sich daher an der Richtung der Siegermächte orientieren, und sie wich auch tatsächlich nur selten davon ab (zum Beispiel bei der Ostpolitik nach 1969 und der Anerkennung Kroatiens und Sloweniens 1992).

Ein Ergebnis sei, dass die jüngeren Generationen heute in normativen Kategorien dächten, aber eben nicht strategisch, so Henke: „Die jüngere Generation hat neue Ideen, aber keine Ahnung, wie diese in der Praxis umgesetzt werden könnten.“ Ein Beispiel, das sie nennt, ist Deutschlands Fokus auf den Multilateralismus. Das Auswärtige Amt investiere eine Menge Geld in die Allianz für den Multilateralismus, habe aber keine Strategie, wie Länder wie Saudi-Arabien oder China eingebunden werden können.

Multilateralismus sei ein Mittel zum Zweck, kein Ziel an sich, sagt Henke. Als Konsequenz sei Deutschlands Außenpolitik „komplett ineffizient“, weil es „einfach keinerlei Strategie“ gebe. Was häufig stattfinde, sei deutsches Risikomanagement. Ein Beispiel hierfür sei der Umgang mit der Flüchtlingskrise. Anstatt die Wurzel des Problems anzugehen, bezahle Deutschland (und die EU) lieber Warlords in Libyen und den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan, um für sie die Festung Europa zu errichten.

Für die jüngere Generation ist die Idee, jemand könne die 30 Jahre bestehende Stabilität oder die liberale Ordnung insgesamt herausfordern, vollkommen unvorstellbar. Das bedeutet aber, dass strategisches Denken und militärische Macht – ein klassisches Instrument geopolitscher Machtpolitik – in der deutschen Debatte keine Beachtung finden. Ulrike Franke vom European Council on Foreign Relations meint dazu: „Deutsche Millenials denken über internationale Politik in Kategorien von Werten und Emotionen, und nicht Interessen.“

Für Henke liegt das daran, dass Deutschland zu häufig vergesse, dass es sich den Fokus auf normative Politik und soziale Wohlfahrt nur leisten könne, weil Amerika seit Ende des Zweiten Weltkriegs die notwendige Unterstützung liefert. Die US-Hilfe und Jahrzehnte des Friedens haben die Menschen glauben lassen, Krieg sei heute nicht mehr möglich. Die Situation in anderen Teilen der Welt sieht aber ganz anders aus; militärische Interventionen sind manchmal notwendig.

Deutscher Blick

Der deutsche Blick auf den Nahost-Konflikt ist häufig von der Vorstellung geprägt, beide Seiten müssten sich nur an einen Tisch setzen und die Sache ausdiskutieren.

Dabei sollten gerade die Deutschen wissen, dass auch die Hitler-Diktatur nur durch eine

massive militärische Intervention besiegt werden konnte. In gewisser Weise ist es daher ironisch, dass Deutsche heute militärische Interventionen so entschieden ablehnen und sogar glauben, die Lösung für den israelisch-palästinensischen Konflikt zu kennen.

„Der von Nazi-Deutschland begangene Völkermord wurde durch militärische Intervention beendet, nicht durch Appelle“

Henke beschreibt die Ironie so: „Es ist ein Narrativ, das kreiert wird. Der von Nazi-Deutschland begangene Völkermord wurde aber durch eine militärische Intervention beendet, nicht durch Verhandlungen oder Appelle an normative Ideen und Konzepte.“

Hier prallen verschiedene „Nie wieder“ aufeinander: „Nie wieder Krieg“, aber auch „Nie wieder Völkermord“. Und im Fall Israels wird das Konzept des „Nie wieder“ in den Einsatz militärischer Mittel übersetzt, weil der Bedrohung nicht auf eine andere Weise Herr zu werden ist – zumindest bisher.

Unterschiedliche Herausforderungen

Die sicherheitspolitischen Identitäten Israels und Deutschlands zu vergleichen, ist nicht einfach, weil beide Länder vor unterschiedlichen Herausforderungen stehen. Und dennoch bietet dieses Unterfangen bedeutsame Einsichten in die sicherheitspolitischen Mindsets beider Länder, die ihre Wurzeln in der gemeinsamen Geschichte haben und heute zu einzigartigen Identitäten führen.

Israels Sicherheitspolitik ist höchst strategisch, weil es sich als Land von Feinden umgeben sieht und mit existenziellen Bedrohungen konfrontiert ist. Für Henke rationalisiert diese Wahrnehmung für viele Israelis die teils brutalen Mittel, die zum Selbstschutz eingesetzt werden, was Europäer häufig nur schwer verstehen können. Diese Maßnahmen, mit der Grundhaltung des „Nie wieder“ gerechtfertigt, können dabei beinhalten, anderen Gruppen Leid zuzufügen und diese selbst zu Opfern zu machen.

Im Gegensatz dazu ist Deutschlands sicherheitspolitische Identität auf dem Prinzip aufgebaut, auf der Weltbühne nie wieder allein zu agieren und erst recht nie wieder zum Täter zu werden. Darum ist Deutschland selbst bei multilateralen Missionen wie in Mali oder Afghanistan so zögerlich, wenn es darum geht, eigene Truppen beizusteuern beziehungsweise ihnen Kampfaufträge zu erteilen. Henke weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass Deutschlands Untätigkeit auch zu Leid und Schaden führen kann. Ein weiterer Erklärungsansatz könnte sein, dass Deutschlands „Kultur der Zurückhaltung“ im Grunde eine bequeme Ausrede dafür ist, der Welt den Rücken kehren zu können – es ist schließlich einfacher, passiv zu bleiben, und die eigene Geschichte dient als willkommener Grund dafür.

Erst als ich in den Vereinigten Staaten lebte, wurde mir wirklich klar, wie Identitätspolitik die nationalen Sicherheitskonzepte Israels und Deutschlands beeinflusst. Aber die Wahrheit ist: Das „Nie wieder“ ist tief in das gesellschaftliche Gefüge beider Länder eingewoben. Als ich in Israel aufwuchs, war das „Nie wieder“ Teil jeder Zeremonie zum Holocaust-Gedenktag. Heute begrüßt mich ein „Nie wieder“-Graffiti auf meinem Weg nach Hause in Berlin. •

Aus dem Englischen von John-William Boer

Reden wir über Sicherheit

Wie Initiativen in Israel und Deutschland neue Dialogräume schaffen.

Ein Text von Bastian Kaiser

Jeder hat uns gesagt: Geht da nicht hin.“ Gadi Gvaryahu blinzelt durch seine schmale, getönte Brille. „Aber wir haben darauf bestanden.“ Der 65-Jährige erinnert sich noch gut an die Zeit nach dem 2. Juli 2014 – der Tag, an dem Mohammed Abu Khdeir ermordet wurde. Jüdische Jugendliche hatten den 16-Jährigen im arabischen Viertel Sharafat in Ostjerusalem in ein Auto gezerrt, ihn in ein Waldstück nahe der Stadt verschleppt, geschlagen, mit Benzin übergossen und lebendig verbrannt. Vor Gericht sollten sie später angeben, aus Rache für den Mord an drei israelischen Jugendlichen durch Hamas-Mitglieder im Westjordanland gehandelt zu haben. „Es war gefährlich, in diesen Tagen nach Sharafat zu kommen“, sagt Gvaryahu. Die Sonne spiegelt sich in der schwarzen Haarspange, die seine Kippa im grauen Haar fixiert. „Wir kamen am zweiten oder dritten Tag nach dem Mord. Mit fünf Bussen. 300 Leute.“ Familie Abu Khdeir sei anfangs skeptisch gewesen: Echte Solidarität oder ein PR-Trick der israelischen Regierung? „Aber wir durften kommen. Und wir sind wiedergekommen. Immer und immer wieder. Heute sind wir gute Freunde.“

Sicherheit ist ein großes Wort, seine Bedeutung so klar wie unklar. Wer oder was stellt eine Bedrohung dar? Was macht das Leben sicher oder unsicher? Darüber gehen Meinungen und Gefühle auseinander – zwischen Jung und Alt, Ost und West, Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, zwischen Christen, Juden, Arabern, kurz: zwischen verschiedenen Teilen der

Gesellschaft. Eine Studie der Organisation More in Common Deutschland zeigte schon 2019: Das Bedrohungsgefühl der Bevölkerung variiert stark. Unterschiedliche Wahrnehmungen könnten letztlich „zu völlig anderen Bewertungen gesellschaftlicher Fragen führen“. Das heißt auch: Debatten über das, was Sicherheit bedeutet, sind wichtig. Nur im Austausch entsteht Verständnis. Doch Austausch kann auch unbequem sein, herausfordernd, aufwühlend und verunsichernd. Ihm aus dem Weg zu gehen, war nie so leicht wie heute: Soziale Netzwerke schrumpfen das Erleben geteilter Realität auf eine immer kleinere Schnittmenge zusammen – während gleichzeitig eine globale

Die Schnittmenge gemeinsamen Erlebens wird immer geringer; zusätzlich erschwert Corona den persönlichen Austausch

Pandemie persönliche Begegnungen zusätzlich erschwert und soziale Ungleichheiten verschärft hat. Doch es gibt Menschen, die dem entgegenwirken, außerhalb politischer Ämter und mit voller Überzeugung. Dieser Text stellt Initiativen in Israel und Deutschland vor, die neue Räume für Austausch schaffen. Austausch über das, was schon da ist und das, was fehlt – für ein Miteinander, in dem sich alle sicher fühlen.

Mehr als 116 000 Menschen verloren im israelisch-palästinensischen Konflikt ihr Leben, einem der am längsten andauernden Konflikte weltweit. Immer wieder flammt die Gewalt auf – zuletzt im Mai dieses Jahres, als die radikal-islamische Hamas mehr als 4300 Raketen auf Israel feuerte. Bei Gegenschlägen der israelischen Armee starben in Gaza etwa 250 Menschen. Aber auch innerhalb Israels kam es zu Unruhen, die viele als die schlimmsten seit der Zweiten Intifada Anfang der 2000er Jahre bezeichneten. „Im Mai haben wir enorm viele Anrufe bekommen“, erzählt Gadi Gvaryahu. „Menschen aus ganz Israel wollten mit uns Blumen verteilen. Am Ende hatten wir 20 Gruppen. In Haifa, in Akko, in vielen, vielen gemischten Städten. Und dann haben wir natürlich versucht, die zu besuchen, die verletzt wurden. Juden und Muslime.“

Gegen Hasskriminalität – Solidarität zeigen

Wir, das ist die Initiative Tag Meir. 2011 hat Gadi Gvaryahu sie gegründet – als direkte Reaktion auf die sogenannten „Preisschild“-Attacken, bei denen meist fundamentalistisch-jüdische Jugendliche Gewalt und Vandalismus ausüben, meistens im Westjordanland, meistens gegen Palästinenser, oftmals als Racheakte für palästinensische Gewalt gegen die Siedlerbewegung. In der Hochphase zwischen Anfang 2012 und Mitte 2013 zählten Beobachter bis zu 800 solcher Attacken. Tag Meir begann, die Betroffenen zu kontaktieren, zu besuchen und zu unterstützen. Solidarität zu zeigen. Zeigen, dass nicht alle Israelis gleich denken. Mittlerweile reagiert die Organisation auf Hasskriminalität jeder Art, organisiert Solidaritätsbesuche dort, wo Menschen, Moscheen, Synagogen oder Kirchen zu Hassobjekten und Angriffszielen werden. Gadi Gvaryahu hat schon Palästinenser in israelische Siedlungen gebracht – oder eben jüdische Israelis in arabische Viertel. Gvaryahu selbst ist gläubiger Jude, Sohn eines Holocaust-Überlebenden. Seinen Willen, sich mit aller Kraft gegen Rassismus und Diskriminierung jeder Form zu stemmen, begründet er mit seiner eigenen Familiengeschichte.

„Wir können nicht Extremisten unsere Leben bestimmen lassen. Das geht in beide Richtungen. Unsere Aktionen mögen simpel sein, machen aber einen Unterschied“

Ortswechsel. Durch die Bäume vor dem Jerusalemer Rathaus fallen die letzten Sonnenstrahlen an diesem Tag. Gadi Gvaryahu ist verabredet, zu einem Rundgang durch das Zentrum Jerusalems. Etwa einmal im Monat organisieren er und seine Kollegin Ruth Klein diese Tour für Interessierte aus der Tag-Meir-Community. Sie stoppen nicht an Sehenswürdigkeiten. Sie stoppen überall dort, wo Menschen Opfer von Hasskriminalität geworden sind. Sie stoppen oft. Die Tour verläuft entlang einer unsichtbaren, blutigen Spur, die sich durch die Heilige Stadt zieht. Tsofit ist eine der Teilnehmenden. Sie habe das Gefühl, die Gesellschaft drifte auseinander, erzählt sie. Tag Meir bezeichnet sie als „Blume in der Wüste“. „Es scheint, als würden die Leute hier immer extremer“, sagt Tsofit. „Man kann es fühlen. Man kann es hören. Leute verwenden Ausdrücke, die vor 15, 20 Jahren niemand in den Mund genommen hätte.“

Die Gruppe hält auf der Jaffa Road an, der zentralen Einkaufsstraße Jerusalems. Im Februar und März 1996 war dieser Ort gleich zweimal hintereinander Schauplatz palästinensischen Terrors: 45 Menschen starben durch Selbstmordanschläge der Hamas auf zwei Linienbusse. „Bombenanschläge waren praktisch meine Kindheitsbilder“, sagt Ruth Klein, während sie auf die Gedenktafel an dieser Stelle schaut. „Ganz natürlich wächst man damit auf, gewisse Dinge über Araber zu denken. Vor allem, wenn man keine Informationen hat, die den Emotionen entgegenwirken könnten, die man automatisch hat.“ Seit etwa drei Jahren arbeitet Ruth Klein bei Tag Meir. Was ihre Perspektive auf den Konflikt nachhaltig verändert hat: ein Studienprogramm an der New York University, das Israelis und Palästinenser zusammenbrachte. „Wir können nicht Extremisten unsere Leben hier bestimmen lassen“, sagt sie. „Das geht in beide Richtungen. Genauso, wie ich von Palästinensern erwarte, dagegen zu kämpfen, dass unschuldige Menschen zu Schaden kommen, will ich dasselbe tun. Unsere Aktionen mögen simpel sein, aber sie machen einen Unterschied.“

Nach Deutschland. Der 19. Februar 2020 hat alles verändert. „Wir waren alle wütend, natürlich“, sagt Ali Yildirim. Neun Menschen verloren an diesem Tag am Heumarkt in der Hanauer Innenstadt und am Kurt-Schumacher-Platz in Hanau-Kesselstadt ihr Leben, ermordet von einem Rechtsextremisten. Einer der Ermordeten war Alis Kindheitsfreund Ferhat Unvar. „Ich habe damals gedacht: Das Einzige, was mir eine innere Genugtuung geben würde, wäre, wenn ich jetzt auf Demos gehe und mich mit irgendwelchen Skinheads schlage“, erzählt der 27-Jährige. Doch dazu kam es nie. Auf dem Friedhof traf er Serpil Unvar, die Mutter seines ermordeten Freundes Ferhat. Sie unterhielten sich, lachten und weinten zusammen, hielten danach Kontakt. Irgendwann, erzählt Ali, habe sie gesagt: „Ihr seid alle wütend, ich bin auch wütend. Aber wir machen aus dieser Wut jetzt nichts Negatives, sondern etwas Konstruktives.“ Am 14. November 2020, Ferhats 24. Geburtstag, gründete Serpil Unvar die Bildungsinitiative Ferhat Unvar.

Mehr als 30 junge Menschen engagieren sich mittlerweile in der Initiative. Die meisten davon kannten Ferhat persönlich – aus der Schule, vom

gemeinsamen Abhängen, aus den Bars der Stadt. „Ferhat kannte eigentlich jeder hier in Hanau. Er war so ein bisschen der wahre Oberbürgermeister der jungen Leute hier“, sagt Ali, Vollbart, dunkle Stimme. Seit Juni hat die Initiative ihre eigenen Räume in der Hanauer Innenstadt angemietet, 700 Meter von einem der Anschlagsorte entfernt. Hier sollen ab November Anti-Rassismus-Workshops für Schülerinnen und Schüler, Sensibilisierungstrainings für Lehrerinnen und Lehrer und Beratungstermine für Eltern stattfinden, die im Austausch mit Lehrkräften auf Übersetzungshilfe angewiesen sind. All das, um genau den Rassismus zu bekämpfen, der ihrem Freund Ferhat das Leben kostete. „Es ist ein Seelenfrieden für jeden einzelnen, der hier mitwirken kann“, sagt Serkan, der für die Initiative die Renovierungsarbeiten in den neuen Räumlichkeiten koordiniert, „um dem sinnlosen Tod von einem Freund, einem Bruder, einem Familienmitglied einen Sinn zu geben“. Von Stufe sechs bis zehn gingen er und Ferhat in eine Klasse. Das Ausmaß an Alltagsrassismus, das sie an ihrem Hanauer Gymnasium erlebten, werde ihm erst heute so richtig bewusst, erzählt Serkan.

Die größte Bedrohung unserer Sicherheit

Deutschland hat ein Rechtsextremismus-Problem. Laut der jüngsten Mitte-Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung sagen das etwa zwei Drittel der Deutschen. Keine andere Gefahr wird von so vielen als Risiko eingestuft. Und in keiner anderen führenden Wirtschaftsnation fühlt sich die Bevölkerung von Rechtsterrorismus so stark bedroht wie in Deutschland, so das Ergebnis einer aktuellen Befragung der Münchner Sicherheitskonferenz. Im vergangenen Jahr erreichten rechtsextremistische Straftaten einen neuen Höchststand seit Beginn der Erfassung im Jahr 2001. Als Bundesinnenminister Horst Seehofer die Statistik im Mai vorstellte, nannte er Rechtsextremismus „die größte Bedrohung für die Sicherheit in unserem Lande“. Doch was folgt daraus?

„Die Realität, die traurige und harte Realität, ist einfach, dass es irgendwann woanders auch passieren wird. Und immer, wenn ich das sage, dann tut das weh. Aber das ist einfach die Realität. 2019 war Halle, 2020 war Hanau. Wer weiß, wann die nächste Stadt dran ist“, sagt Ali Yildirim. Ob sich in Deutschland alle gleich sicher fühlen können? „Auf keinen Fall.“ Das Engagement in der Bildungsinitiative sei für viele hier ein zusätzlicher Unsicherheitsfaktor. „Um ehrlich zu sein, hatte ich auch erstmal Angst, jetzt hier zu sein. Man wird ja sozusagen zur Zielscheibe“, erzählt Berivan, die am Klinikum Hanau ihre Ausbildung zur Kinderkrankenschwester gemacht hat. „Auch meine Eltern haben gesagt: Du musst aufpassen. Klar, man muss aufpassen. Aber es ist halt kein Grund, jetzt zu sagen: Okay, ich halte mich da raus“, sagt die 24-Jährige. Ihr Freund Fatih, auch in der Bildungsinitiative aktiv, bekam bereits Hassnachrichten bei Instagram: „Du gehörst nicht zu uns. Du brauchst dir keine Mühe zu geben. Das ist nicht dein Land.“

Von staatlichen Institutionen sei bislang, von netten Worten einmal abgesehen, wenig Unterstützung gekommen, sagt Ali Yildirim. Bisher finanziert sich die Initiative ausschließlich aus Spenden, Anträge für öffentliche Gelder laufen. Allgemein würde sich Ali mehr Rückhalt wünschen,

In keiner anderen führenden Wirtschaftsnation fühlt sich die Bevölkerung so stark von Rechtsterrorismus bedroht wie in Deutschland

zum Beispiel, dass täglich eine Polizeistreife bei den Räumen der Initiative vorbeikomme. „Aber es ist halt leider dann doch wichtiger, dass man den Vater des Täters schützt, immer vor seinem Haus ist und aufpasst, dass ihm nichts passiert." Vor allem beim Thema Rassismus fühlten sich zu viele zu wenig oder gar nicht betroffen, beklagt Ali. „Aber ich denke, dass Rassismus irgendwann jeden betreffen kann, weil er Anti-Haltungen fördert. Das sorgt dann auch für Spaltung in der Gesellschaft." „Diese Spaltung muss aufgehoben werden", ergänzt sein Freund Maruf. „Wenn Lukas nur mit Tim chillt und Ali nur mit Fatih und da niemals ein Berührungspunkt entsteht, dann ist einem so manche Person irgendwann fremd. Und vor Fremden fürchtet man sich leider." „Say their names", steht auf Marufs T-Shirt.

Zurück nach Israel. Beit Jala liegt etwa 20 Autominuten von Jerusalem entfernt, in der sogenannten Area C des Westjordanlands. Israelis und Palästinenser können sich hier relativ leicht treffen – theoretisch, denn Austausch ist selten. Erst recht während einer globalen Pandemie, erst recht nach der jüngsten Gewalteskalation. Manche haben gezögert, bevor sie heute in die Bar Jala Jungle gekommen sind. Wut, Trauer und Ängste sind noch präsent.

Emuna, jüdische Israelin aus Jerusalem, denkt an den 11. Mai zurück – einen Tag nachdem die radikal-islamische Hamas die ersten Raketen auf ihre Stadt gefeuert hatte. „Die Leute hatten richtig Angst. Meine Mitbewohner gingen nicht mehr aus dem Haus. Alles war sehr, sehr hektisch. Dann noch all die WhatsApp-Nachrichten. Und ich habe mir gesagt: Ich muss runterkommen." Von dem, was sie dann tat, sollte sie ihren Eltern erst Tage später erzählen. „Die hätten mich sonst umgebracht", scherzt die 26-Jährige, die in einer israelischen Siedlung im Westjordanland großgeworden ist. Ihre Familie beschreibt sie als eher rechts. „Ich bin rübergelaufen ins muslimische Viertel in meiner Nachbarschaft. Ich bin einfach gegangen. Ich musste von Angesicht zu Angesicht sehen, dass die Leute da eigentlich auch nur ihr Leben leben und das Zeug in ihren Läden verkaufen wollen. Nach drei Stunden bin ich nach Hause gekommen und dachte: Okay, jetzt bin ich beruhigt." Währenddessen hielt ihr Bruder Wache in einem jüdischen Viertel – aus Angst vor arabischer Gewalt.

Wenn Lukas nur mit Tim chillt und Ali nur mit Fatih, dann wird einem ohne Berührungspunkt so manche Person irgendwann fremd

Alle, die heute Abend im Jala Jungle sind, sind ehemalige Workshop-Teilnehmende der Initiative Tech2Peace. Seit 2017 bringt die Organisation junge Menschen aus Israel und den Palästinensischen Gebieten zusammen. Dialog steht dabei gar nicht im Vordergrund. Die Initiative lockt mit Workshops zu Programmieren und App-Entwicklung, verspricht Start-up-Mentalität. „Als ich mich bei Tech2Peace beworben habe, hatte ich das bei Facebook gesehen", erzählt Elias, ein palästinensischer Architekturstudent. „Ich habe gar nicht gelesen, dass da Israelis sind. Der Text war viel zu lang. Da stand nur was von Meer und Strand. Okay, cool, habe ich gedacht und mich beworben. Und dann bin ich hingegangen und es war das erste Mal, dass ich Israelis getroffen habe."

Uri Rosenberg hat Tech2Peace gegründet, gemeinsam mit einem weiteren Israeli und einer

Palästinenserin. Rosenberg, 44, Glatze und Ringelshirt, kommt aus Haifa, der Küstenstadt im Norden Israels. „Die breite Masse der Israelis und Palästinenser ist nicht an Dialog interessiert“, erzählt er. „Die sagen: Joa, wenn es direkt zu mir an die Tür kommt, dann vielleicht. Aber wer nicht sowieso schon sehr moderat und friedlich ist, würde sich nicht die Mühe machen, einen Israeli oder eine Palästinenserin zu treffen.“

Heute ist Uri Rosenberg auf dem Weg zu einem besonderen Tech2Peace-Workshop, einer Art Experiment: Gut 20 ehemalige Seminarteilnehmende der Initiative treffen sich, um miteinander über ihre Erlebnisse im Mai dieses Jahres zu sprechen. Perspektiven teilen, auch Wut, Enttäuschung und Ängsten Raum geben. Jüdische und arabische Israelis, Palästinenser aus dem Westjordanland und Jerusalem sind hier. Das Konfliktpotenzial sei hoch, sagt Rosenberg, denn die Meinungen, wer Freund und wer Feind ist, gehen teils weit auseinander – zwischen links und rechts, zwischen Israelis und Palästinensern, jüdischen und arabischen Israelis. „Das ist immer der Elefant im Raum. Die jüdischen Israelis sehen eine Gefahr, die von der arabischen Welt ausgeht, vor allem von den Palästinensern. Aber das ist nichts, was sie gerne sagen – selbst dann nicht, wenn sie eher rechts sind. Und gleichzeitig fühlen sich die Palästinenser auch bedroht. Die sagen: ‚Wenn ich einen Soldaten sehe, habe ich Angst.‘ Das wiederum mögen die Israelis nicht, weil sie alle selbst mal Soldaten waren.“

In einer Umfrage sagt mehr als die Hälfte der jüdischen Israelis, arabischen Landsleuten solle man respektvoll begegnen – aber misstrauisch

Vor allem Israels arabischen Teil der Bevölkerung hätten die Geschehnisse in diesem Jahr nachdenklich gemacht, erzählt Rana. Das sind immerhin gut 20 Prozent aller Israelis. Die 26-Jährige berichtet von brutaler Polizeigewalt, die sie und ihre Freunde erlebten, als sie im Mai auf die Straße gingen: „Wir hatten genug von dem Rassismus hier. Wir wollten unsere Stimme erheben. Aber die Reaktion der jüdischen Mehrheitsgesellschaft war: ‚Oh, ihr wollt eine Stimme? Sorry, ihr seid Araber. Wir kommen gerne zu euch ins Restaurant, um Hummus zu essen. Aber ihr habt kein Recht darauf, hier irgendwas zu sagen. Das hat uns echt wütend gemacht.“ Nun trotzdem wieder den Austausch mit jüdischen Israelis zu suchen, habe Rana Überwindung gekostet, sagt sie. „Es gab Momente, da hatte ich das Gefühl, ich kann nicht einerseits über den Schmerz reden, den ich während der Ereignisse hatte, und andererseits am selben Abend mit allen zusammensitzen und Spaß haben. Darum habe ich mich oft rausgezogen. Aber im Laufe der Zeit habe ich zu schätzen gelernt, dass die Leute hier gesagt haben: Du hast recht. Du hast gelitten. Und das tut uns leid. Dadurch hatte ich das Gefühl, mehr von mir preisgeben zu können. Weil sie meinen Schmerz fühlen können. Das hat gut getan.“

Laut einer Umfrage des Institute for National Security Studies (INSS) an der Universität Tel Aviv sagt mehr als die Hälfte der jüdischen Israelis, arabischen Landsleuten sollte man respektvoll, aber misstrauisch begegnen. Ein Viertel sieht sie sogar als Feinde. Und das war schon lange vor den Unruhen in diesem Jahr. „Es gibt eine bedeutende Zahl an Leuten, bis zu einem Drittel der Bevölke-

Die Mehrheit arabischer Israelis sieht ihre Zukunft in Israel; nur ein Fünftel will in einem Staat unter palästinensischer Führung leben

rung, die israelische Araber als Feinde sieht. Das ist definitiv ein großes Hindernis für Integration. Das ist ein Teil des Problems", sagt der Politikwissenschaftler Meir Elran. Er leitet das Programm für Innere Sicherheit am INSS.

Doch Vorurteile bestehen auch auf arabischer Seite. Hasan erzählt, sein Vater habe anfangs Sorgen gehabt, sein Sohn könnte sich bei Tech2Peace mit den falschen Leuten anfreunden. „Er sagte, sie treiben die Normalisierung des Verhältnisses zwischen Israelis und Palästinensern voran. Vielleicht sind die zu links. Meine Mutter hatte damit kein Problem. Die meinte: Geh hin, triff neue Leute. Und wenn du sie nicht magst, kannst du ja wieder nach Hause kommen." Bei Hasan haben die Ereignisse der vergangenen Monate eine regelrechte Identitätskrise ausgelöst. „Ich bin mir gerade sehr unsicher, wer oder was ich eigentlich bin. Israeli oder Palästinenser?" Jahrelang habe er versucht, ein „guter Israeli" zu sein, sich als Teil der israelischen Gesellschaft zu verstehen. „Aber im Mai habe ich realisiert, dass es für die israelische Regierung egal ist, ob ich ein Palästinenser aus Jerusalem oder ein arabischer Israeli aus Haifa bin. Die Gewalt der Sicherheitskräfte ist dieselbe. Ich kann mich einfach nicht mehr als arabischer Israeli sehen, bei der Gegenwehr, die uns überall entgegenschlägt." Und doch sieht die Mehrheit arabischer Israelis ihre Zukunft in Israel: Laut einer Umfrage im Herbst 2020 unterstützten nur 19 Prozent der arabischen Bevölkerung die Vorstellung, in einem Staat unter palästinensischer Führung zu leben. „Israel, mit all seinen Fehlern und mit der Besatzung, ist immer noch ein demokratisches Land. Man findet kaum ein arabisches demokratisches Land in dieser Region. Darum wissen sie, was am besten für sie ist", so der Konfliktforscher Muli Peleg.

Zivilgesellschaft als Korrektiv

Dennoch stünden jüdisch-arabische Beziehungen in Israel an einem Scheideweg, sagt Meir Elran von der Universität Tel Aviv. „Insgesamt standen die Zeichen auf Integration. Dann kamen die Mai-Unruhen und haben diesen Trend mit einem großen Fragezeichen versehen." Ob Initiativen wie Tech2Peace dazu beitragen können, das Verhältnis zu verbessern? „Was sie machen, ist wichtig. Die machen gute Sachen. Aber wenn Sie mich nach dem Impact fragen, würde ich sagen: sehr gering", so Elran. Er hoffe vielmehr darauf, dass die neue israelische Regierung – ein breites Acht-Parteien-Bündnis – strukturelle Veränderungen vorantreiben könne.

Und gleichzeitig ist es genau die Unabhängigkeit von Parteipolitik und Regierungswechseln, die Initiativen in Israel und Deutschland verbindet. Ihre Ziele reichen weit über das hinaus, was in einer Legislaturperiode erreichbar scheint. „Dass es eine starke Zivilgesellschaft gibt, ist ein Merkmal von Demokratie", sagt Derviş Hızarcı, Programmdirektor der Alfred Landecker Foundation und ehemaliger Antidiskriminierungsbeauftragter der Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie. „Eine gesunde Demokratie ermöglicht es, aus der Zivilgesellschaft heraus auch Korrektive zu entwickeln. Und diese NGOs sind Korrektive." Es ist nicht ihr Ziel, dass am Ende alle Menschen einer Meinung sind. Sondern dass sie einander zuhören. •

Uniform nur nach außen

Die Bundeswehr und die Israel Defense Forces: Identitäten der Streitkräfte im Vergleich.

Ein Text von Georg A. Reichel

Jeder und jede kennt die Werbeslogans der großen Unternehmen, zum Beispiel von Volkswagen „Das Auto“ oder von McDonalds „Ich liebe es“. Nun ist eine Streitkraft eindeutig kein normales Unternehmen; deshalb verwundert der kurze, prägnante Spruch „Wir. Dienen. Deutschland.“ Seit der Aussetzung der Wehrpflicht in Deutschland im Jahr 2011 wirbt die Bundeswehr mit diesem Leitbild. Wer genau ist mit „Wir“ gemeint? Thomas de Maizière, ehemaliger Verteidigungsminister und Sohn des vierten Generalinspekteurs Ulrich de Maizière, der Mitbegründer des Prinzips der „Inneren Führung“ sowie des Leitbilds „Staatsbürger in Uniform“ war, beschreibt dieses „Wir“ wie folgt: „Unser ‚Wir‘ schließt niemanden aus. Zu unserem ‚Wir‘ gehören alle, die das Zeug dazu haben und mit uns gemeinsam dienen wollen.“

Beim israelischen Militär, der Israel Defense Forces (IDF), sind die Kriterien, um Soldat oder Soldatin zu werden, trotz einer Wehrpflicht ähnlich. Wer seinem Land dienen möchte, kann dies in den Streitkräften in den meisten Fällen tun. So äußerte sich der ehemalige Ministerpräsident Benjamin Netanjahu auf einem Forum zur Rekrutierung von Christinnen und Christen für die IDF: „Wir sind Brüder, wir sind Partner – Christen und Juden und Drusen und Muslime, die den Staat Israel verteidigen.“

Welche Persönlichkeiten aber dienen jeweils in den Streitkräften und gibt es die eine Identität der IDF oder der Bundeswehr?

Historisch unterscheiden sich die beiden Armeen in ihrem Kerngedanken. Während in Deutschland die Aufstellung eigener Streitkräfte nur unter der Prämisse: „Nie wieder Krieg!“ möglich war, lautet der Auftrag der IDF: „Nie wieder Opfer!“

Nicht nur die Aufstellung deutscher Streitkräfte nach dem Zweiten Weltkrieg führte zu vielen heftigen Diskussionen, auch die Wahl eines passenden Namens. Im Bundestagsausschuss für Verteidigung wurde 1955 vehement darüber diskutiert, ob die neuen Streitkräfte „Wehrmacht“, „Reichswehr“, „Bundeswehr“ oder doch einfach nur „Streitkräfte“ heißen sollen. So war der Bundestagsabgeordnete Erich Mende (FDP) als ehemaliger Wehrmachtsoffizier ganz klar: „In der Bevölkerung draußen wird nicht von ‚Bundeswehr‘ gesprochen, auch nicht von ‚Streitkräften‘, abgesehen davon, dass man diesen Ausdruck dann auch noch übersetzen müsste. In der Bevölkerung wird von ‚Wehrmacht‘ gesprochen, von ‚Heer‘, ‚Marine‘ und ‚Luftwaffe‘.“ Schon der Name der jeweiligen Streitkräfte gibt eine Richtung vor, in welcher Tradition sie stehen oder eben nicht; unter anderem wurde aus diesem Grund der Name „Bundeswehr“ gewählt. Durch die Änderung des Namens sollte eine klarere Trennung vollzogen werden, sodass noch deutlicher eine neue Identität der deutschen Streitkräfte geschaffen werden konnte.

Die Identität von Streitkräften befindet sich dauerhaft in einem Prozess der Veränderung. Einmal durch Veränderungen innerhalb der Streitkräfte, zum Beispiel durch die Öffnung für Frauen, aber auch durch gesellschaftliche Veränderungen. So hat sich auch die Identität der Bundeswehr seit 1955 bis heute durchgehend verändert und neuen Herausforderungen angepasst.

Vor der Gründung der Bundeswehr wurde bereits mit dem Konzept der „Inneren Führung“, verfasst u.a. von Graf von Kielmansegg und Graf von Baudissin, im Jahr 1953 eine klare Vorstellung formuliert, wie die neue Identität der Bundeswehr sein soll. Diese sollte eben nicht „Staat im Staate“ sein, sondern aus „Staatsbürgern in Uniform“ bestehen, die Prinzipien wie „Führen mit Auftrag“ oder auch die Grenzen von Befehlen kennen. Geprägt wurden die ersten Soldaten der Bundeswehr durch den Kalten Krieg, sie waren darauf ausgerichtet, Teil einer Verteidigungsarmee zu sein.

Im Gegensatz dazu stehen die Israel Defense Forces, die in einem mehrere Monate andauernden Prozess nach der Gründung des Staates Israel 1948 aus vorstaatlichen paramilitärischen Gruppierungen entstanden sind und sich sofort in einem Krieg um die eigene Existenz unter Beweis stellen mussten. Dort blieb zunächst keine Zeit, sich Gedanken über eine eigene Identität zu machen und eine klare Strategie zu formulieren. Aus diesem Grund verfasste der erste Ministerpräsident Israels, David Ben-Gurion, im Jahr 1953 das erste Sicherheits- und Verteidigungskonzept des Landes, in dem er den Auftrag der IDF klar formulierte. Israel könne sich noch weniger leisten, einen Krieg zu verlieren, so seine Feststellung; der Staat müsse bereit sein, jedem Bedrohungsszenario Stand zu halten. Dafür bedürfe es genügender Reserven, seien diese wirtschaftlicher, politischer oder militärischer Art. Ein Teil dieser Reserven bestand damals wie heute aus einigen freiwilligen christlichen und muslimischen Soldatinnen und Soldaten, vor allem aber aus jüdischen wehrpflichtigen Soldatinnen und Soldaten, die die IDF

Auch die Identität der Bundeswehr hat sich seit 1955 verändert und neuen Herausforderungen angepasst

und ihre Identität seitdem prägen. Im Laufe der Jahre konnte die Armee viele militärische Erfolge erzielen. Diese förderten das Vertrauen der Gesellschaft in die IDF und brachten eigene „Helden“ und „Heldinnen“ hervor, die identitätsstiftend wirken konnten: so zum Beispiel den General und späteren Spitzenpolitiker Moshe Dayan.

Eigene Vorbilder schaffen

In der Bundeswehr gab es zum Zeitpunkt der Gründung dagegen keine eigenen Vorbilder. So wurden Persönlichkeiten früherer deutscher Streitkräfte mit sehr kritischer Vergangenheit Namensgeber für Schiffe, beispielsweise wurde ein Zerstörer nach dem Jagdflieger Werner Mölders benannt. Heutzutage werden Kasernen nach und nach umbenannt, zum Beispiel nach eigenen Vorbildern der Bundeswehr: So wurde die Emmich-Cambrai-Kaserne in Hannover nach dem in Afghanistan gefallenen Hauptfeldwebel Langenstein umbenannt und erinnert nun nicht mehr an einen Reichswehr-General und eine historische Panzerschlacht.

Um eigene Vorbilder nach dem Leitbild der Bundeswehr zu schaffen, gründete der ehemalige Verteidigungsminister und spätere Bundeskanzler Helmut Schmidt, der selbst in der Wehrmacht gedient hatte und später Hauptmann der Reserve der Bundeswehr war, 1973 die beiden Universitäten der Bundeswehr, die zu einer neuen Wahrnehmung des deutschen Offizierskorps führten. Im Gegensatz zu vielen anderen Staaten sind die beiden Universitäten keine Militärakademien, sondern gehören zum zivilen Organisationsbereich Personal. Durch die akademische Prägung der Offiziere wurde unter anderem die Attraktivität des Berufs gefördert, aber auch das Leitbild der „Inneren Führung“ geprägt und weiterentwickelt. Einer der tiefverwurzelten Grundsätze dieser Führung ist die Verpflichtung jedes einzelnen Soldaten und jeder einzelnen Soldatin, selbst zu denken und nach bestem Gewissen zu entscheiden. Unter anderem deswegen zählt der 20. Juli auch bei der Bundeswehr zu den wichtigsten Tagen, weil der Widerstandskämpfer um Oberst Claus Schenk Graf von Stauffenberg gedacht wird.

Einer der wichtigsten Tage der IDF ist Jom HaZikaron (Gedenktag für die Gefallenen der Feldzüge Israels und die Opfer der Akte des Hasses), der Tag vor dem Unabhängigkeitstag des Staates Israel, an dem aller gefallenen Soldatinnen und Soldaten Israels gedacht wird. Seit der Staatsgründung sind bis zum Jom HaZikaron dieses Jahres 23 928 Soldatinnen und Soldaten im aktiven Dienst gefallen, sie kämpften für die Existenz Israels. Aus diesem Grund spielt Jom HaZikaron eine wichtige Rolle in der israelischen Gesellschaft, denn ohne die IDF könnte der israelische Staat nicht existieren. Und deswegen ist Jom HaZikaron der Tag vor dem Unabhängigkeitstag.

Deutschlands Nationalfeiertag ist der Tag der Wiedervereinigung. Nach dem Mauerfall und dem Zerfall der DDR wurde aus der Bundeswehr eine Streitkraft für ganz Deutschland – eine „Armee der Einheit“. Diese „Armee der Einheit“, spezialisiert auf Landes- und Bündnisverteidigung, musste schnell zu einer Armee im Einsatz werden, die der wachsenden internationalen Verantwortung eines wiedervereinigten Deutschlands gerecht werden sollte. Die Bundeswehr wechselte somit die Ausrichtung von einer Armee, die größtenteils nur an der deutsch-deutschen Grenze eingesetzt wurde, zu einer Armee, die in Teilen auch in Auslandseinsätzen agiert.

Soldatinnen und Soldaten müssen in äußerst komplexen Situationen Entscheidungen treffen, die nicht selten über Leben oder Tod entscheiden. Meistens werden solche Szenarien in Manövern geübt und in der Ausbildung trainiert, damit im Fall der Fälle automatisch die „richtige“ und völkerrechtlich korrekte Handlung vollzogen wird. Dennoch gibt es immer wieder Handlungen und Entscheidungen, die eine gesellschaftliche Debatte auslösen. Plötzlich werden aus uniformen Soldatinnen oder Soldaten Identitäten, über die eine ganze Gesellschaft urteilt.

In Deutschland wurde eine solche Debatte im Jahr 2009 durch einen Luftangriff bei Kundus ausgelöst. Die Bombardierung zweier Tanklastwagen, bei der um die 100 zivile Opfer zu beklagen waren, wurde befohlen durch den damaligen

Oberst Klein. Sie führte dazu, dass die Kritik am Auslandseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan zunahm und die Frage nach der Rechtmäßigkeit solcher Einsätze gestellt wurde. Im juristischen Nachspiel, das erst in diesem Jahr vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wohl endgültig abgeschlossen wurde, wurde nachgewiesen, dass Klein auf Grundlage seiner damaligen Informationen nicht von möglichen zivilen Opfern ausgehen konnte und somit völkerrechtlich fehlerfrei gehandelt hat. Für viele Deutsche bleibt kaum verständlich, weshalb die Bombardierung von Tanklastern mit so vielen zivilen Opfern juristisch nicht angreifbar sein kann.

Für einen Teil der israelischen Gesellschaft hingegen stand außer Frage, dass im Jahr 2016 der damalige Sanitätssoldat der IDF Elor Azaria bei der Tötung des gefesselten und unbewaffneten Abdel Fattah al-Sharif während der sogenannten „Messer-Intifada“ sich rechtmäßig verhalten habe und demnach nicht verurteilt werden dürfe. Zudem befürchteten Teile der israelischen Gesellschaft bei einer Verurteilung eine Schwächung des Militärs. Auch in diesem Fall gab es ein juristisches Nachspiel. Elor Azaria wurde verurteilt und verbüßte insgesamt neun Monate im Gefängnis.

Beide Fälle zeigen, dass die Wahrnehmung von Soldatinnen und Soldaten in den Ländern äußerst unterschiedlich sein kann. Die eine Bevölkerung feiert sie als Heldinnen oder Helden, während die andere sie kritisiert. Oberst Klein wurde zum Brigadegeneral befördert und ist mittlerweile Abteilungsleiter Einsatz im Kommando Streitkräftebasis. Der Fall Elor Azaria führte dazu, dass die IDF ein viertägiges Programm namens „Desert Journey“ an ihrer Unteroffiziersschule einführten, bei dem angehende Offiziere durch Selbstreflexion die moralischen Standards der Armee kennenlernen und verinnerlichen sollen. Dies soll auf moralischen Grundsätzen basierende Identitäten von Soldatinnen und Soldaten fördern; ob man allerdings, wie es der damalige Verteidigungsminister Avigdor Lieberman im Jahr 2018 wiederholte, von den IDF als der „moralischsten Armee der Welt“ sprechen kann, bleibt fraglich.

Oftmals wird eine Armee durch das Tragen von Uniformen und klarer Hierarchie als kaum divers und vielfältig wahrgenommen – dabei ist sie zum großen Teil ein Spiegelbild der Gesellschaft und somit zumindest theoretisch auch automatisch divers. Eine Besonderheit der IDF ist, dass seit ihrer Gründung auch für Frauen die Wehrpflicht gilt, wenngleich für einen kürzeren Zeitraum als für Männer. Die Bundeswehr brauchte dagegen bis zum Jahr 2001, um Frauen auch außerhalb des Sanitätsdiensts und Musikkorps zuzulassen. Sie ist seitdem bemüht, den Frauenanteil kontinuierlich zu erhöhen.

Freiheit, Disziplin und Pflicht

Aber nicht nur das Zusammenspiel von Frauen und Männern macht eine Armee divers, sondern auch verschiedene kulturelle Hintergründe, die die Identität von Armeen prägen. Wenn man die Religion zur kulturellen Prägung zählt, kann man festhalten, dass fast die Hälfte der deutschen Soldatinnen und Soldaten christlichen Glaubens ist, ungefähr 2 Prozent sind muslimischen Glaubens und 0,2 Prozent jüdischen Glaubens. Der Rest fühlt sich keiner Religion zugehörig. In den IDF sind mehrere religiöse Minderheiten vertreten, zum Beispiel Drusen, Tscherkessen, Christen und Muslime. Beide Armeen beschäftigen Militärgeistliche, die den Soldatinnen und Soldaten seelischen Beistand leisten sollen. Seit diesem Jahr gibt es nach 1700 Jahren jüdischen Lebens in Deutschland wieder ein Militärrabbinat, das sich nicht nur um die rund 300 jüdischen Soldatinnen und Soldaten in der Bundeswehr kümmern wird, sondern auch Lebenskundeunterricht geben wird, um Soldatinnen und Soldaten auf ethische und moralische Herausforderungen vorzubereiten. Die Einführung einer muslimischen Seelsorge scheint gewünscht zu sein, jedoch fehlt es bisher an ersten Schritten in diese Richtung.

Zur Diversität gehört auch, dass die Rechte von LGBTQ-Menschen innerhalb der Streitkräfte gestärkt werden. In beiden Streitkräften gab es Diskriminierung von LGBTQ-Menschen, was langsam abgebaut wird, sodass LGBTQ-Menschen ihren

Der uniforme Anschein von Armeen und ihre Hierarchien überdecken oft ihre Diversität und Vielfalt im Inneren

Dienst ableisten können. Ein durchaus positiver Wandel der Streitkräfte. In Deutschland können seit diesem Jahr Soldatinnen und Soldaten, die wegen ihrer Homosexualität aus der Bundeswehr entlassen oder nicht befördert wurden, Entschädigung beantragen.

Die IDF besitzen ein Identitätsmerkmal, das keine andere Streitkraft hat: Sie beschäftigen Soldatinnen und Soldaten mit besonderen Bedürfnissen. Diese reichen von jungen Menschen mit Autismus bis hin zu Menschen mit Entwicklungs- und Körperbehinderungen, die freiwillig dienen. Das Programm „Special in Uniform" unterstützt diese Soldatinnen und Soldaten, die vor allem in der Logistik eingesetzt werden. Diese Menschen führen zu einer noch diverseren Identität des israelischen Militärs.

Natürlich gibt es auch Gesinnungen, die beide Streitkräfte nicht in ihren eigenen Reihen haben möchten. Auch wenn die folgenden Vorfälle in der Bundeswehr mit denen in den Israel Defense Forces in ihrer Art nicht vergleichbar sind, zeigt es, dass Streitkräfte nicht jede Gesinnung tolerieren und akzeptieren können und wollen.

Die Bundeswehr hat mit rechtsextremistisch gesinnten Angehörigen zu kämpfen. Ganz besonders schwerwiegend sind die Verfehlungen in der Eliteeinheit Kommando Spezialkräfte des Heeres. Dort gab es seit 2017 immer wieder rechtsextreme Vorfälle, die 2020 zu einer Auflösung einer ganzen Kompanie führten. Erst dieses Jahr wurde zudem ein kompletter Panzergrenadier-Zug aus Litauen abgezogen, nachdem bekannt wurde, dass Soldatinnen und Soldaten am 20. April ein Geburtstagsständchen für Adolf Hitler angestimmt haben sollen. Mittlerweile wurden zwei Beteiligte aus der Bundeswehr entlassen.

Die IDF wiederum haben Schwierigkeiten mit ultraorthodoxen Juden, die sich, wenn sie überhaupt in der Armee dienen, immer wieder aufgrund ihrer Religiosität Befehlen verweigern und somit die militärische Disziplin gefährden. Prominentes Beispiel dafür sind orthodoxe Soldaten, die dem orthodox-nationalistischen Flügel zugeordnet werden können, die bei Frauengesang den Raum verlassen. Im Jahr 2011 gingen während des Offizierlehrgangs bei einer offiziellen Zeremonie mehrere religiöse Kadetten aus dem Raum, da sie aufgrund ihrer Auslegung der Halacha keinen Frauengesang hören dürfen. Nach der Aufforderung ihres Vorgesetzten, den Raum wieder zu betreten, verweigerten neun von ihnen den Befehl, sodass anschließend alle vor Gericht gestellt wurden. Vier Männer mussten den Offizierlehrgang verlassen. Innerhalb der israelischen Gesellschaft führte dieser Vorfall zu einer kontroversen Debatte, inwieweit die Religionsfreiheit durch militärische Disziplin eingeschränkt werden darf.

Beide Streitkräfte, die Israel Defense Forces wie die Bundeswehr, zeigen, dass Armeen zwar ein uniformes Erscheinungsbild haben, aber in der genaueren Betrachtung aus vielen verschiedenen Identitäten bestehen, die eine große Gemeinsamkeit aufweisen: nämlich ihrem Land zu dienen. Der französische Philosoph und Schriftsteller Albert Camus formulierte es einmal treffend: „Die Freiheit besteht in erster Linie nicht aus Privilegien, sondern aus Pflichten."

Diese Pflicht, ihrem Land zu dienen und die demokratische Freiheit zu verteidigen, erkennen die Soldatinnen und Soldaten beider Streitkräfte an, und zwar egal welcher Identität. •

Hipster Bennett

Der neue Premierminister, der Benjamin Netanjahu beiseite schob, steht für den politischen Aufstieg der Nationalreligiösen. Diese stellen Israels liberale Demokratie auf die Probe.

Ein Text von Isabel Weiss

Wir schreiben das Jahr 2015. Israel steht vor Neuwahlen, und Naftali Bennett, Vorsitzender der Siedlerpartei HaBayt HaYehudi („Jüdisches Heim"), versucht, dem angestaubten national-religiösen Sektor einen modernen Touch zu verleihen. Dazu parodiert er die linksliberale Tel Aviver Community und spielt überspitzt den Hipster. Sein Werbevideo endet mit der Botschaft: „Ich werde niemals zulassen, dass ein Körnchen des Landes Israel an die Araber abgetreten wird."

2021 entpuppt sich der Anhänger des rechtsreligiösen Lagers während der vierten Parlamentswahl binnen zwei Jahren plötzlich als Schlüsselfigur. Auf der einen Seite steht Benjamin Netanjahu mit seiner rechtskonservativen Likud-Partei, die einmal mehr als stärkste Kraft aus der Wahl hervorgegangen ist. Unter Netanjahu bekleidete Bennett von 2013 bis 2019 verschiedene Ministerposten. Nun könnte er in einer rechtsreligiösen Regierung mit den ultraorthodoxen Parteien als Premierminister mit Netanjahu im Amt rotieren.

Genau eine solche Rollenteilung bietet aber auch die andere Seite an: Yair Lapid, Vorsitzender der mitteorientierten Yesh-Atid-Partei, will ebenfalls mit ihm rotieren, als Kopf einer heterogenen Acht-Parteien-Koalition. Noch kurz zuvor hatte Bennett im Fernsehen demonstrativ ein Schriftstück unterzeichnet und hoch und heilig versprochen, Yair Lapid niemals als Premierminister zuzulassen. Zwei Monate später entscheidet er

sich für das Bündnis mit Lapid und schreibt damit im Juni 2021 ein Stück israelischer Geschichte neu. Die ungewöhnliche Koalition setzt sich aus dem linken bis rechtsnationalen Lager zusammen. Zum ersten Mal beteiligt sich eine arabische Partei an der Regierung. Bennetts unorthodoxe Entscheidung sorgt dafür, dass der am längsten amtierende Premierminister Israels, Benjamin Netanjahu, seinen Job verloren hat.

Siedler-Parteichef Naftali Bennett verleiht den Nationalreligiösen ein modernes Gesicht, ist aber noch weiter rechts zu verorten als sein Vorgänger Netanjahu

Der Aufstieg Bennetts steht für den Marsch der in Israel einst marginalisierten Bewegung des nationalreligiösen Lagers in die gesellschaftliche Mitte. Der anfänglich propagierte Universalismus-Gedanke der europäisch geprägten Gründerelite musste über die Jahrzehnte partikularistischen Ansichten weichen. Die Transformation der israelischen Gesellschaft hat Auswirkungen auf den demokratischen Charakter, die politischen Machtverhältnisse sowie die Außen- und Verteidigungspolitik des Staates.

Jung, reich, modern orthodox

Naftali Bennett verleiht den Nationalreligiösen ein modernes Gesicht. Als Selfmade-Hightechmillionär lebt er im Gegensatz zu seiner Kernwählerschaft nicht in einer jüdischen Siedlung im Westjordanland, sondern in einem schicken Viertel Tel Avivs. Als Sohn amerikanischer Einwanderer verbrachte er einen Teil seiner Kindheit in den USA und diente später als Soldat in verschiedenen Elite-Einheiten des israelischen Militärs. Im Alter von 29 Jahren gründete er die US-Softwarefirma Cyota, die ihm finanziellen Erfolg bescherte.

Danach stieg er in die Politik ein – und gleich recht weit oben, als Stabschef im Büro von Netanjahu. Nach zwei Jahren warf er abrupt hin; Netanjahus einflussreiche Ehefrau Sarah soll zu dem Zerwürfnis beigetragen haben. Bennett wurde Vorsitzender des Yesha-Council, eines Dachverbands für die jüdischen Siedlungen im Westjordanland. Dieser setzt sich für die Besiedlung der Westbank, des biblischen Kernlands Judäa und Samaria, ein.

2018 verabschiedete er sich aus der Siedlerpartei „Jüdisches Heim“ und gründete zusammen mit Ayelet Shaked die Partei Neue Rechte. Das Ziel: nicht nur religiöse, sondern auch säkulare, nationalorientierte Bevölkerungsteile des rechten politischen Spektrums zu erreichen. Bei all der Euphorie über die neue heterogene Regierung Israels, die die Ära Netanjahu beendete, sollte man nicht übersehen – Bennett ist im politischen Spektrum weiter rechts zu verorten als sein Vorgänger. Wie auch Netanjahu mag Bennett ein Pragmatiker sein, aber seine politischen Überzeugungen mit Blick auf das Westjordanland, gemeinhin Westbank genannt, sind festgefügt. Das macht ihn vor allem für seine Wählerschaft verlässlich.

60 Prozent des Westjordanlands sollten stets unter der Kontrolle des israelischen Staates bleiben, „um die nationalen Interessen zu gewährleis-

„In Israel geht es zwischen links und rechts fast ausschließlich um die Haltung bei der Palästinenserfrage“

ten“, wie Bennett in seiner ersten Regierungsrede als Premier und selbsternannter Sprecher des rechten Lagers klarstellte. Zum Vergleich: 2020 hatte der „Deal of the Century“ von US-Präsident Donald Trump und zur Freude Netanjahus 30 Prozent des Westjordanlands unter israelischer Souveränität vorgesehen. Schon das sorgte national wie international für Empörung.

Die ideologische Spaltung

Bennett identifiziert sich als modern orthodox. Anders als die deutsche oder amerikanische Gesellschaft spaltet sich die israelisch-jüdische in vier Identitätsgruppen, die sich vor allem an ihrer Religiosität messen und voneinander abgrenzen lassen: Hilonim (Säkulare), Masortim (Traditionelle), Datim (Moderne Orthodoxe) und die Haredim (Ultraorthodoxe).

Wie die Studie „Religious Divided Society“ des Pew Research Center von 2016 aufzeigt, sind die Identitätsentwürfe dieser Gruppen eng mit ihren jeweiligen ideologischen und politischen Ausrichtungen verknüpft. In Deutschland wird selten differenziert dargestellt, dass sich das politische Spektrum in Israel vornehmlich über zwei Konfliktlinien aushandelt: einerseits entlang der sicherheitspolitischen Agenda gegenüber den autonomen palästinensischen Gebieten in der Westbank und andererseits am Verhältnis zwischen Religion und Staat.

Wie Yossi Kuperwasser, Sicherheitsexperte am Jerusalem Center for Public Affairs, in einem Interview im Rahmen meiner Recherchen betonte: „In Israel geht es zwischen links und rechts fast ausschließlich um die Haltung bei der Palästinenserfrage.“ Daneben sollte die Rolle der Religion im Staat nicht unterschätzt werden. Während sich die Hälfte der Gesellschaft als säkular und mit dem linken Lager identifiziert, spielen Religion und jüdische Identität als religiöse Kategorie im rechten politischen Spektrum durchaus eine stärkere Rolle.

Die Gruppenzugehörigkeit ist eng verknüpft mit der Parteienpräferenz und der Haltung zur Westbank. In Israel muss die politische Terminologie „rechts“ und „links“ in ihrem regionalen und kulturellen Kontext verstanden werden und sollte nicht, wie es in deutschen Medien mitunter vorkommt, eins zu eins aus ihrer hiesigen Bedeutung adaptiert werden.

Moderne Orthodoxe

Bennetts nationalreligiöse Kernwählerschaft kommt aus den Reihen der modernen Orthodoxen, den Datim oder in deutscher Übersetzung „den Religiösen“. Laut der genannten Pew-Studie identifizieren sich 10 bis 20 Prozent der israelischen Bevölkerung mit den Datim. Im Vergleich zu Säkularen, Traditionellen und auch Ultraorthodoxen unterstützen moderne Orthodoxe am stärksten den Siedlungsbau in den palästinensischen Autonomiegebieten.

So überrascht es kaum, dass die religiösen Siedler die Mehrheit dieser Gruppe bilden. Insgesamt sind die jüdischen Bewohner der Westbank weitaus religiöser als die jüdische Bevölkerung in Israel. Die Mehrheit der Juden, die im Westjordanland lebt, setzt sich aus den modernen und Ultraorthodoxen zusammen. Sie berufen sich darauf, dass Gott das Land Israel dem jüdischen Volk übertrug. Trotz der Bezüge auf die Vergangenheit bilden Bennetts Kernwähler eine

moderne, heterogene Bewegung. Der Mix aus religiösen und nationalen Elementen spricht darüber hinaus nicht nur religiöse, sondern auch säkulare und traditionelle Bevölkerungsteile an, die für eine Ausweitung der jüdischen Souveränität im Westjordanland stehen.

Der nationalreligiöse Zionismus

Im Gegensatz zu heute spielten die nationalreligiösen Bewegungen während der Gründungsjahrzehnte des Staates nur eine untergeordnete Rolle. Die säkulare, europäischstämmige Elite dominierte die Parteienlandschaft und räumte der Religion im Staat nur einen kulturellen Stellenwert ein.

Erst nach dem Sechstagekrieg 1967 erweiterte sich das Netzwerk der Nationalreligiösen und damit die Reichweite ihrer Ideologie, während die linke Regierung an Rückhalt in der Bevölkerung verlor. Der nationalreligiöse Zionismus ist als eine Ausprägung der Moderne zu verstehen. Anders als die abgeschotteten ultraorthodoxen Gemeinden nimmt der nationalreligiöse Sektor am Hochschulwesen und an der Arbeitswelt teil. Zudem beteiligt er sich engagiert am Militärdienst und bildet einen sozioökonomisch wichtigen Bestandteil der Bevölkerung. Die Nationalreligiösen setzten von Anfang an auf eine Integration in die Mehrheitsgesellschaft.

Die nationalreligiösen Zionisten lehnen die ultraorthodoxe Vorgabe ab, dass das jüdische Volk die Wiederkehr des Messias passiv erwarten solle. Vielmehr wollen sie ihre Zukunft aktiv gestalten. Der religiöse Zionismus befürwortet die Schaffung eines souveränen jüdischen Nationalstaats auf religiöser Grundlage. Aus nationalreligiöser Perspektive ist dies die Voraussetzung für das Kommen des Messias. Dahingehend soll das jüdische Volk aktiv das biblische und historische Kernland Eretz Israel besiedeln, was das Territorium der Westbank einschließt.

Israels nationalreligiöses Lager entwickelte sich insbesondere in den vergangenen Jahren zu einer einflussreichen gesellschaftspolitischen Größe, die mit ihren Werten und Überzeugungen auch die säkulare Bevölkerung erreicht. Angesichts ihres wachsenden Einflusses ist sie auf dem besten Weg, den säkularen Teil der Rechten als bisher treibende Kraft in der israelischen Politik abzulösen. Diese Entwicklung nimmt wiederum Einfluss auf den Charakter des demokratischen Staates. Dabei wird Demokratie keinesfalls abgelehnt. Allerdings eröffnet das individuelle Verständnis, was einen demokratischen Staat ausmacht, einen breiten Interpretationsspielraum.

Israels national-religiöses Lager entwickelte sich zu einer einflussreichen gesellschaftlichen Größe, die auch die Säkularen erreicht

Die jüdisch-israelische Bevölkerung des säkularen wie religiösen Spektrums stimmt mehrheitlich darin überein, dass Israel als Demokratie und gleichzeitig als jüdischer Staat funktionieren kann. Dennoch gehen das Verständnis darüber und dessen Umsetzung weit auseinander. Die Frage der Bedeutung stellt sich, wenn zum Beispiel die demokratische Entscheidungsfindung mit der Halacha, dem jüdischen Recht, kollidiert. Spätestens in diesem Punkt herrscht zwischen der säkularen und der religiösen Gesellschaft Uneinigkeit. Das dokumentieren auch die Umfrageergebnisse des Pew Research Center. Eine überwiegende Mehrheit säkularer Juden gibt demokratischen Prinzipien Vorrang vor dem

religiösen Recht. Ein ähnlich großer Anteil aus dem religiösen Spektrum der modernen Orthodoxen und Ultraorthodoxen räumt dagegen dem religiösen Recht eine größere Priorität als den demokratischen Werten ein.

Glaube und Militärdienst

Die Spannungen zwischen den unterschiedlichen Wertesystemen zeigen sich heutzutage zunehmend im Militär. Die Zahl der nationalreligiösen Soldaten in der Armee, insbesondere in Kampfeinheiten und in den Offizierslehrgängen, ist deutlich höher als in der Vergangenheit, wie der israelische Militärsprecher Arye Shalicar mir im Interview bestätigt. „Früher kamen die Elitekämpfer oft aus den Kibbutzim, also aus dem linksliberalen Umfeld. Heute tragen viele der Kampfsoldaten und Offiziere eine Kippa und kommen aus den Siedlungen im Westjordanland."

Dieser demografische Wandel stellt die in der Armee etablierten kulturellen und sozialen Normen vor neue Herausforderungen. In den ersten Jahren nach der Staatsgründung dienten fast alle jüdischen Israelis in der Armee. Als sich die Sicherheitslage in Israel stabilisierte, versuchten nationalreligiöse Rabbiner eine Möglichkeit zu schaffen, das Studium an religiösen Schulen mit dem Militärdienst zu kombinieren. Da die Armee und die dort vorherrschenden kulturellen Normen säkularen Strukturen unterlagen, bot dieses alternative Programm einen Kompromiss zwischen der säkularen und der religiösen Welt. Zugleich sollte so der Militärdienst für die nationalreligiösen Soldaten attraktiver werden.

Diese Religionsschulen, Yeshivot Hesder genannt, nehmen seit 1965 an einem in Kooperation mit der israelischen Armee gegründeten Programm teil, das den obligatorischen Militärdienst für religiöse Soldaten erleichtert. Dabei können die jungen Männer sowohl den Thora-Studien nachgehen als auch die Ausbildung in den jeweiligen Militäreinheiten absolvieren. Die Armee versucht damit, die junge Generation Nationalreligiöser zu integrieren und gleichzeitig ihren Bedürfnissen gerecht zu werden.

Dieser Integrationsgedanke birgt allerdings auch Gefahren, wenn die religiöse Autorität in Konflikt mit der staatlichen Autorität des Militärs steht. „Es gab zuvor bestimmte Situationen, in denen junge Offiziere verwirrt waren, ob die Hoheit der Armee oder das Urteil eines Rabbiners außerhalb höher stünden. Es ist eine schwierige Situation, wenn ein Rabbiner eine andere Anweisung gibt als ein Kommandeur in der Armee. Da muss die Armee hart gegenwirken," macht Militärsprecher Shalicar deutlich. Denn in der Armee gebe es nur eine Autorität. „Ob die Person Kippa trägt oder nicht, in einem Sicherheitsapparat kann es nicht sein, dass es jemanden außerhalb gibt, der das Recht hätte, etwas anderes zu befehlen."

„In einem Sicherheitsapparat kann es nicht sein, dass es jemanden außerhalb gibt, der das Recht hätte, etwas anderes zu befehlen"

Dieser Konflikt kann auftreten, wenn es um die staatlich angeordnete Räumung von jüdischen Siedlungen im Westjordanland geht. Für die Nationalreligiösen hat der Militärdienst auch eine religiöse Bedeutung. Der Diskurs der nationalreligiösen Siedlerbewegung geht heute davon aus, dass der Messias erst dann erscheint, wenn der jüdische

Staat das gesamte Territorium des biblisch-historischen Israels kontrolliert. Somit wird auch der jüdische Siedlungsbau zum religiösen Gebot. Hier kann der weltliche Befehl des Kommandeurs mit dem religiösen Gebot des Rabbiners in Konflikt geraten. Es bestehen berechtigte Sorgen, dass der religiöse Einfluss in der Lage ist, die staatlichen Strukturen im Ernstfall zu untergraben.

„Früher waren die meisten Frauen in der Armee in zivilen Berufen oder als Ärztinnen tätig. Heute sind sie in allen Einheiten. Frauen und Männer arbeiten viel enger zusammen“

Ein weiteres Spannungsfeld eröffnet sich, wenn die Gleichberechtigung von Frauen und der LGBTQI-Community in der Armee auf die konservativen Werte der Religiösen trifft. Seit den 1990er Jahren setzt die Armee verstärkt auf die Integration von Frauen in allen Bereichen des Militärs. Die Einheiten sind heute heterogener.

Pnina Shavit Baruch, früher als Stabsoffizierin in der israelischen Armee tätig, arbeitet heute als Wissenschaftlerin am Institute for National Security Studies (INSS) in Tel Aviv. Sie gibt einen Einblick in das Spannungsverhältnis zwischen Religion und Säkularismus im Militär: „Früher waren die meisten Frauen in der Armee in zivilen Berufen, zum Beispiel als Anwältinnen oder als Ärztinnen, tätig. Und heute kämpfen Frauen in allen Einheiten und können sogar zu Kampfpilotinnen ausgebildet werden. Ich denke, dass es vor allem in Bereichen, in denen Männer und Frauen viel enger zusammenarbeiten, mehr Frauen gibt als zuvor. Auf der anderen Seite wächst die Anzahl religiöser Soldaten. Sie sind konservativer und extremer in ihrer Ablehnung, Frauen nahe zu sein.“

Nach streng-religiöser Auslegung der Halacha ist der enge Kontakt zwischen Frauen und Männern verboten. Auch Frauen in übergeordneten Rängen mit Befehlsbefugnissen treffen nicht unbedingt auf die Akzeptanz religiöser Soldaten. Hier prallt die Gleichberechtigung der Frauen auf die restriktive Auslegung des religiösen Rechts.

Die israelische Armee ist auf die Integration verschiedenster Gesellschaftsgruppen mit ihren jeweiligen Identitätsentwürfen angewiesen. Die wachsende Offenheit des Militärs bietet gleichzeitig die Möglichkeit einer Minimierung gesellschaftlicher Gräben auch über die Grenzen der jüdischen Bevölkerungsteile hinaus. So dienen auch Drusen und ein kleinerer Anteil von arabischen Christen und Muslimen in der israelischen Armee.

Mit dem wachsenden Pluralismus steigen allerdings auch die Anforderungen an das Militär. Die Interessenkonflikte der verschiedenen Identitätsgruppen verändern die Strukturen des Sicherheitsapparats.

Universalismus trifft auf Partikularismus

Die europäisch geprägten Gründerväter Israels standen einst für universalistische Prinzipien. Der Nationalstaat, hervorgegangen aus den historischen Ereignissen der Französischen Revolution und der Unabhängigkeitsbewegung in den USA, verdrängte die traditionellen und

Ben-Gurion setzte als erster Premierminister auf die Homogenisierung der Gesellschaft, Religiöse fanden kaum Gehör

partikularistisch geprägten Gesellschaftsordnungen. In diesem Geiste setzte der erste Premierminister Ben-Gurion auf die Homogenisierung der Gesellschaft nach europäischen Maßstäben, wodurch der multikulturelle junge Staat zusammengehalten werden sollte. Die religiösen Gemeinden fanden kaum Gehör.

Heute sind die einst marginalisierten Stimmen in der Öffentlichkeit viel präsenter. Sie etablieren ihre Interessen und Einstellungen im Rahmen der politischen und gesellschaftlichen Strukturen des demokratischen Staates. Auf der einen Seite legen sie dabei die ideologische Fragmentierung der israelischen Gesellschaft offen. Auf der anderen Seite ist die politische Partizipation der unterschiedlichen Gruppierungen auch ein Zeichen für das starke demokratische Fundament des Staates Israel.

Wandel der Eliten

Der Wandel der politischen Eliten erzwingt die Aushandlung zwischen universalistischen und partikularistischen Einstellungen. Die Krise, in der sich nicht nur Israel, sondern eine Reihe liberaler demokratischer Staaten heute befinden, legt gleichzeitig das Spannungsverhältnis zwischen Tradition und westlicher Moderne offen. Die Frage, wie der demokratische Staat damit umgeht, ist in vielen Fällen offen.

Insbesondere die wachsende Popularität partikularistischer Interessen und Gruppierungen, die gleichzeitig versuchen, an den Pfeilern der alten demokratischen Strukturen zu rütteln, stellt den liberalen Staat vor große Herausforderungen. Bennetts Partei Neue Rechte versuchte in der Vergangenheit immer wieder, die Befugnisse des Obersten Gerichtshofs einzuschränken, um größere politische Kontrolle auszuüben. Unter Führung der ehemaligen Justizministerin Ayelet Shaked setzt sich die Neue Rechte bis heute für die Ernennung konservativer Richter ein, die mit der religiös-nationalistischen Linie sympathisieren und die Entmachtung der alten Strukturen vorantreiben sollen. Bennett ernannte Shaked im Juni 2021 zur neuen Innenministerin.

Die Krise des demokratischen Staates kann als ein Aushandlungsprozess zwischen der alten etablierten Elite und den zuvor marginalisierten Gruppen gesehen werden, die den Status quo nicht länger akzeptieren und das gesellschaftliche und politische Machtgefüge zu verändern versuchen. Gleichzeitig ist es angesichts des Antisemitismus, der weltweit u.a. mit Anschlägen auf Synagogen immer offener zutage tritt, nicht überraschend, wenn für einen wachsenden Anteil der Bevölkerung in Israel auch dadurch die jüdische Identität an Bedeutung gewinnt und die Betonung des jüdischen Charakters im israelischen Staat gefordert wird.

Der Rückbezug auf partikularistische Identitäten scheint mehr Sicherheit zu bieten als der Pluralismusgedanke des linken Lagers. Israels neue Koalition und ihr Premierminister Naftali Bennett sind dennoch ein Spiegelbild der heterogenen israelischen Gesellschaft und Ausdruck einer funktionierenden Demokratie. Ob Bennett bald als rechter Hipster Anschluss an den linksliberalen Mainstream findet, bleibt abzuwarten. Zuzutrauen wäre es ihm. •

Chiffrierte Ablehnung und offener Hass

Antisemitische Ressentiments in neurechten Gruppen in Deutschland und den USA.

Ein Text von Lena Voelk

Brandanschläge, gewalttätige Angriffe, Morddrohungen. Das gehört für Jüdinnen und Juden auch 2021 noch zu Deutschland. Vor zwei Jahren versuchte der Rechtsextremist Stephan B. am höchsten jüdischen Feiertag Jom Kippur, schwer bewaffnet in eine Synagoge in Halle einzudringen. Er scheiterte nur an den massiven Türen der Synagoge und erschoss daraufhin zwei Menschen vor dem Gebäude und in einem nahegelegenen Restaurant. Deutschland hat derzeit ein „dramatisches Antisemitismus-Problem", wie die Kulturwissenschaftlerin Aleida Assmann in einem kürzlich veröffentlichten Essay feststellte. Doch nicht nur in Deutschland sind antisemitische Vorfälle immer noch an der Tagesordnung. Auch für amerikanische Jüdinnen und Juden ist der Antisemitismus trauriger Alltag. Nur elf Monate trennten 2018/19 zwei Angriffe auf Synagogen in Pittsburgh, Pennsylvania und Poway, Kalifornien, die insgesamt zwölf Menschen das Leben kosteten.

Und das sind nur einige von vielen antisemitischen Anschlägen in Deutschland und den USA in den vergangenen Jahren. Was sie neben dem Motiv des Judenhasses verbindet, ist die ideologische Ausrichtung der Täter. Sie alle waren Anhänger neurechter Ideologien und Verschwörungstheorien. Das scheint nicht überraschend, betrachtet man sich die Statistiken der Anti-Defamation League (ADL), einer amerikanischen Organisation, die sich gegen Antisemitismus einsetzt. Ihren Erkenntnissen zufolge sind rechtsextreme Vereinigungen in den USA die mit weitem Abstand

ROUD BOYS
DC
STREET
SWEEPERS
2020
6MWE

gewaltbereiteste Gruppe unter den politisch extremistischen Gruppierungen.

Proud Boys und Identitäre Bewegung

In den vergangenen Monaten hat sich in Deutschland vor allem der linke und muslimische Antisemitismus lautstark bemerkbar gemacht, gerade im Zusammenhang mit den Eskalationen im Nahost-Konflikt im Mai. So mag sich der Eindruck aufdrängen, dass vor allem der linke Antisemitismus auf dem Vormarsch sei. Allerdings darf dabei der rechtsextreme Antisemitismus nicht in Vergessenheit geraten. Die Vergangenheit der Shoah hat gezeigt, dass gerade dieser eine besonders hohe Brutalität und Durchsetzungskraft mit sich bringen kann. Rechtsextremismus wird dabei in diesem Text als Sammelbegriff einer nicht homogenen Gruppe verstanden, die sich auf politisch extreme Meinungen stützt, die am äußersten rechten Rand des politischen Spektrums stehen.

Auch in den USA fallen Anhänger neurechter Gruppierungen immer wieder durch juden- und israelfeindliche Aussagen auf. Hier ist das Spektrum der Meinungen zum Staat Israel deutlich breiter: Es reicht von offen propagiertem Israel-Hass bis hin zu Aussagen, man wolle Israel vor den Muslimen schützen. Doch bei aller Unterschiedlichkeit der Ansätze verfolgen alle am Ende das gleiche Ziel: eine Abwertung des Anderen und eine Aufwertung der eigenen Gruppe, wie es Theodor Adorno und Max Horkheimer schon vor mehr als 70 Jahren beschrieben haben.

Rechtsextreme in Deutschland bedienen sich zumeist aufgrund des gesellschaftlichen Narrativs der Verantwortung für die Shoah eines deutlich weniger offensichtlich erkennbaren Antisemitismus, als das in den USA der Fall ist. Das täuscht allerdings nur auf den ersten Blick über den antisemitischen Gehalt vieler Aussagen hinweg.

Um dieses Phänomen genauer zu untersuchen, werden im Folgenden exemplarische Aussagen der rechtsextremen Proud Boys aus den USA und der Identitären Bewegung in Deutschland einander gegenübergestellt. Die Identitäre Bewegung wird vom Bundesverfassungsschutz in mehreren Ländern beobachtet und seit 2019 in der Kategorie „gesichert rechtsextrem“ geführt. Dabei analysiert dieser Artikel die verschiedenen Ansätze des Storytellings, durch das neurechte Gruppen Antisemitismus und Antizionismus rechtfertigen, abschwächen und auf politischer Ebene ausnutzen.

Grundsätzliche Abgrenzung zum „Anderen“

Eines der Feindbilder, gegen das sich die Identitäre Bewegung wendet, ist die „muslimische Unterwanderung des christlichen Abendlands“. Insofern wäre eine Unterstützung Israels aus einer einfachen Freund-Feind-Theorie nach Carl Schmitt eine durchaus logische Konsequenz. Jedoch ist die Ideologie der Identitären Bewegung umfassender. So geht es nicht nur um die Angst vor muslimischen Einwanderern, sondern um eine ganz grundsätzliche Abgrenzung zum „Anderen“. Die Anhänger dieser Ideologie sehen die deutsche Kultur in Gefahr, sobald sie anderen Einflüssen ausgesetzt ist. Die „Wiedergewinnung unserer historischen, ethnischen und kulturellen Identität“, wie die Identitäre Bewegung auf ihrer Website postuliert, sei notwendig, um Deutschland vor der „selbstverschuldeten Islamisierung“ zu schützen.

Dabei gehe es nicht um „den Islam, es geht nicht um Israel, es geht nicht um den ‚Westen‘, die ‚Aufklärung‘, die Religionsfreiheit, das Schweine-

Den Identitären geht es nach eigener Aussage darum, Deutschland vor der „selbstverschuldeten Islamisierung“ zu bewahren

schnitzel in der Kantine und die barbusigen, unverschleierten Pin-ups in der Tageszeitung“, so die Identitäre Bewegung in einem Artikel aus dem Jahr 2017. Nachdem Aktivistinnen und Aktivisten des „Zentrums für politische Schönheit“ vor dem Haus eines AfD-Politikers in Berlin eine Nachbildung des Holocaust-Denkmals aufgestellt hatten, beschrieb die Identitäre Bewegung den Initiator der Aktion Philipp Ruch in einem Facebook-Post als den „Hohepriester der bundesdeutschen ‚Holocaust-Religion‘“. Zusätzlich teilte die Identitäre Bewegung Deutschland ein Video von Martin Sellner, dem Kopf der österreichischen Schwesterorganisation, in dem dieser Tipps gab, wie man sich „von diesem kranken zivilreligiösen Sektenkult befreien“ könne.

Auch Götz Kubitschek, ein neurechter Aktivist, der als Kopf der Identitären Bewegung gilt, veröffentlicht in seinem rechten Theoriemagazin *Sezession* immer wieder antisemitische Artikel. Da ist vom „Projekt Israel“ die Rede, vom „Apartheidstaat“ oder der „stark jüdisch besetzten“ Biden-Regierung. Zahlreiche Artikel des Magazins verbreiten antisemitische Verschwörungstheorien und Vorurteile und suchen diese mit Zitaten vermeintlicher Experten zu belegen. Diese moderne Form der völkischen Ideologie hat in ihrer Reinform einen ethnisch und kulturell homogenen Staat zum Ziel. Dabei spielt im Selbstbild besonders die Angst vor einer Unterwanderung der „weißen“ deutschen Gesellschaft durch nichtweiße Immigrantinnen und Immigranten eine wichtige Rolle.

Antisemitismus nach Auschwitz

Offene Bekenntnisse zum Nationalsozialismus und Antisemitismus vermeidet die Identitäre Bewegung in den meisten Fällen auffällig unauffällig. Damit erfährt der Antisemitismus innerhalb der Bewegung eine neue und andere Qualität, die ihn besonders gefährlich macht. Typisch für diese verschleierte Unterform des strukturellen Antisemitismus, der auch als „Antisemitismus nach Auschwitz“ bezeichnet wird, ist der Ruf, einen „Schlussstrich“ unter die „Schuldkultur“ in Deutschland zu ziehen und Kritik an Israel üben

Man fordert keine andere Politik oder Regierung, sondern zweifelt rundheraus das Existenzrecht Israels an

zu dürfen. Diese Kritik wird häufig verallgemeinert; man fordert nicht etwa eine andere Politik oder einen Regierungswechsel, sondern zweifelt rundheraus das Existenzrecht des jüdischen Staates an.

Eine Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit solle nach Ansicht der Identitären Bewegung nur im Stillen stattfinden, denn die öffentliche Predigt der „Ketzerei“, wie es Martin Sellner nennt, wäre eine Weiterführung der NS-Verbrechen, in den Worten Sellners ein „Ethnozid“. Die einzige Lösung wäre daher, sich gegen den Verursacher zu richten oder anders gesagt – gegen Israel, „die Juden“ und Amerika.

Es ist wichtig zu betonen, dass diese Ansichten nicht offen nach außen getragen werden. In der Antisemitismusforschung ist von einem „chiffrierten Antisemitismus“ die Rede – ein Antisemitismus, der es zwar nicht ausspricht, aber jedem klar macht, was der eigentliche Inhalt hinter der Aussage ist. Dabei spricht die Identitäre Bewegung besonders junge Leute mit einem hohen Bildungsgrad an und ist durch ihre nicht immer gleich erkennbaren antisemitischen Aussagen auch außerhalb des rechtsextremen Spektrums anschlussfähig. Der Historiker Bernd Marin bezeichnet dies als „Antisemitismus ohne

Antisemiten“, denn viele Aussagen müssen gar nicht mehr getätigt werden, um Gleichgesinnten zu vermitteln, was gemeint ist.

Neben dem chiffrierten bedient sich die Gruppe besonders des „sekundären Antisemitismus“. Diese exklusiv deutsche Variante des Antisemitismus unterscheidet sich von anderen Formen der Judenfeindlichkeit in erster Linie durch Schuldprojektion, Täter-Opfer-Umkehr und Schuldabwehr. Im Sinne einer „Entlastung des deutschen Volkes“ geht damit eine Nichtanerkennung der Schuld nach der Shoah einher, oder, wie es der Psychoanalytiker Zvi Rex nennt: „Die Deutschen werden den Juden Auschwitz nie verzeihen.“

Sekundärer Antisemitismus lässt sich also als Antisemitismus wegen und nicht trotz der Shoah beschreiben. Konkret manifestiert sich sekundärer Antisemitismus etwa in der Holocaustleugnung oder -relativierung. Aber auch der Überdruss, sich mit der Shoah auseinanderzusetzen, und der erwähnte Ruf, einen „Schlussstrich“ unter die Erinnerungskultur zu ziehen, können hierzu gezählt werden, ebenso der Vorwurf, Juden profitierten von der NS-Vergangenheit oder hegten gar eine „jüdische Rachsucht“.

Der Versuch, sich von einer klassischen Holocaustleugnung zu distanzieren, endet bei neurechten Gruppen häufig in einer neuen Strategie: in der Relativierung oder Banalisierung der Verbrechen. Dabei ist die Distanzierung von der Leugnung der Shoah als rein taktisches Kalkül zu verstehen. So sehen neurechte Gruppen wie die Identitäre Bewegung „die Deutschen“ als wahre Opfer der Verbrechen des Nationalsozialismus. Die Alliierten gelten ihnen als Besatzungsmacht, die das deutsche Volk nach dem Krieg schwächen wollte. Dazu kann auch die Behauptung gezählt werden, Kritik am Staat Israel sei ein gesellschaftliches Tabu, und durch die Unterdrückung dieser Kritik werde die Meinungsfreiheit beschnitten.

Auch die Behauptung, Kritik am Staat Israel sei ein gesellschaftliches Tabu und würde dadurch die Meinungsfreiheit beschneiden, kann dazu gezählt werden. Bezeichnend für die Identitäre Bewegung ist, dass man den Antisemitismus der eigenen Gruppe vehement abstreitet. So erklärte Martin Sellner in einem Interview: Leute, die „extremistisch werden oder rassistisch werden oder antisemitisch werden, haben [...] bei der Identitären Bewegung gar nichts verloren [...] und sind bei uns auch nicht willkommen“. Das Selbstverständnis der Identitären Bewegung als einer „normalen“ politischen Bewegung manifestiert sich in einer Taktik, an die Aussagen gewählter Politikerinnen und Politiker anzuknüpfen und diese dann mit deutlicher Meinungsmache und Warnungen vor einer „Islamisierung des Abendlands“ anzureichern, um so Angst und Unsicherheit in der Gesellschaft zu schüren.

Schuldprojektion, Täter-Opfer-Umkehr und Schuldabwehr: „Die Deutschen werden den Juden Auschwitz nie verzeihen“

Gegen den „amerikanischen“ Universalismus

Die Identitäre Bewegung unterhält Kontakte zu rechten Gruppierungen in den USA, allerdings gerät sie dadurch immer wieder in ideologische Konflikte. Denn grundsätzlich wehrt sie sich ja gegen die Globalisierung als treibende Kraft hinter einem angeblichen Verlust der deutschen und europäischen Identität – ein Universalismus, für den gerade Amerika sinnbildlich steht.

Ähnlich steht es um den Umgang der Identitären Bewegung mit dem Staat Israel. Wissenschaftler beschreiben diesen als eine Form des „ethnoplura-

listischen Antizionismus“. So wäre, wenn es nach den Identitären ginge, ein eigener Staat für Jüdinnen und Juden und ein eigener Staat für Musliminnen und Muslime notwendig. Nur vermischen darf sich nichts. Und solange sich Israel nicht für eine solche Lösung ausspricht, geschweige denn sie anerkennen würde, ist der jüdische Staat nach diesem Argumentationsmuster der alleinige Aggressor. Durch diese Aggressionen werde außerdem die Migration nach Europa gefördert – und damit einer der Hauptgefahren aus Sicht der Identitären der Boden bereitet. Zudem gilt Israel der Identitären Bewegung als engster Verbündeter und Satellitenstaat der USA bei ihren „neokolonialen“ Aktivitäten im Nahen Osten, wie der französische Journalist und Autor Guillaume Faye anmerkt.

Israel gilt den Identitären als engster Verbündeter und Satellitenstaat der USA bei ihren neokolonialen Aktivitäten in Nahost

Wie Antiamerikanismus und Antisemitismus bei der Identitären Bewegung Hand in Hand gehen, zeigt sich auch, wenn man Kritik am amerikanischen Kapitalismus übt, um seine antisemitische Einstellung zu codieren. Ein künstlich erzeugter Zusammenhang zwischen dem „Schuldkult“, dem vermeintlichen Verlust der deutschen Identität und dem „Einwanderungsproblem“, das durch amerikanische und jüdische Machenschaften gefördert werde, gehört zu den Kräften, welche die Identitäre Bewegung am Laufen halten. So sehen die Identitären in der Shoah eine Erfahrung, die das deutsche Volk zu einer Nichtidentität zwinge und Gefühle wie Patriotismus und Stolz brandmarke.

Eine antisemitische Aussage nach der anderen

Stolz und Patriotismus fühlen auch die amerikanischen Proud Boys – sie nehmen diese Gefühle gleich direkt in ihren Namen auf. Spätestens seit der Aufforderung des damaligen US-Präsidenten Donald Trump im Jahr 2020: „Proud Boys – stand back and stand by“ (haltet Euch zurück und haltet Euch bereit) hat die rechtsextreme Gruppierung auch außerhalb der USA an Bekanntheit gewonnen. Die erst 2016 vom Mitgründer des Medienoutlets Vice, Gavin McInnes, und anderen gegründete reine Männergruppe definiert sich selbst als „Alternative-Right“ und ist für ihre antimigrantische und antimuslimische Ausrichtung sowie ihren Hang zu Verschwörungstheorien bekannt.

McInnes selbst verließ die Organisation bereits 2017 wieder. Mehrere Mitglieder der Proud Boys werden für den Sturm aufs Kapitol verantwortlich gemacht und etwa in Kanada als Terroristen eingestuft. Einzelne Mitglieder, darunter auch McInnes selbst, sind immer wieder durch antisemitische Aussagen aufgefallen. Nach Einschätzung der Anti-Defamation League ist die Ideologie der Gruppe zwar nicht grundlegend antisemitisch, jedoch haben es Mitglieder in der Vergangenheit des Öfteren versäumt, sich von offen antisemitisch auftretenden Neonazis zu distanzieren. Wenngleich es methodisch heikel ist, die Haltung einzelner Proud Boys zu Israel und Jüdinnen und Juden auf die gesamte Gruppe zu übertragen, so lässt doch die Vielzahl an Ausfällen Einzelner auf eine tieferliegende und identitätspolitisch vorangetriebene Ideologie schließen.

Dabei ist das bewusste Spiel mit widersprüchlichen Aussagen Teil der Strategie der Proud Boys. So hat McInnes nach einem Besuch in Israel ein inzwischen von YouTube gelöschtes Video mit

dem Titel „10 things I hate about the Jews“ veröffentlicht, in dem er eine antisemitische Aussage nach der anderen tätigte – darunter die, dass Juden eine „weinerliche paranoide Angst vor Nazis“ hätten. McInnes hat wiederholt behauptet, er wolle die Shoah nicht leugnen. Dennoch sagt er auch, dass es „viel weniger als sechs Millionen waren und diese verhungerten und nicht vergast wurden“. Zusätzlich beschuldigte er die Juden unter Stalin, schuld an der Hungersnot von Millionen von Ukrainern zu sein.

Als wären derartige Aussagen und die fehlende Distanzierung nicht Indiz genug, schlug dann auch noch ein in Washington entstandenes Foto hohe mediale Wellen. Es zeigt einen Mann, der eine Mütze mit dem Logo der Proud Boys trägt und umgeben von Proud-Boys-Mitgliedern ist. Denn der Mann trägt ein T-Shirt mit der Aufschrift „6MWE“, was für „6 Million Wasn’t Enough“ steht – eine Anspielung auf den Holocaust.

Proud-Boys-Chef Tarrio versucht, den Rassismus und Antisemitismus der Gruppe zu verschleiern

Durch Aktionen und Vorfälle wie diese hat sich die Gruppe mittlerweile zu einer eigenen Marke entwickelt und ist in der rechten und rechtsextremen Szene fest etabliert. Die Selbstbeschreibung der Proud Boys als „westliche Chauvinisten“ und ihre Rolle im Rahmen der Alt-Right sind wichtig, um ihren Bezug zu Israel zu begreifen. So hat Enrique Tarrio, derzeitiger Anführer der Proud Boys, es zwar verstanden, die Gruppierung nach außen als vielfältig darzustellen und den offenen Antisemitismus, den Rassismus und die Muslimfeindlichkeit der Gruppe in den entscheidenden Momenten zu verschleiern.

Doch die Tatsache, dass die Mitglieder so oft auffällig werden, macht Tarrio einen Strich durch seine Strategie. So haben Mitglieder der Proud Boys auf einer Pro-Trump-Veranstaltung in Washington die Gegendemonstranten immer wieder als „Fucking Jews“ bezeichnet. Im Herbst 2020 proklamierte Proud-Boy-Mitglied Kyle Chapman unter anderem, dass „wir die zionistischen Kriminellen, die unsere Zivilisation zerstören wollen, stellen werden“. Der versuchte Coup innerhalb der Organisation scheiterte zwar, jedoch wird an diesem Beispiel die tatsächliche Gesinnung vieler Mitglieder deutlich. Chapman schlug zudem eine Namensänderung zu „Proud Goys“ (Goy ist ein ursprünglich aus dem Hebräischen stammendes Wort, das im Jiddischen und in diesem Kontext zumeist Nichtjuden bezeichnet) vor. Diese Änderung kam nicht durch, offenbart jedoch einmal mehr den offenen Antisemitismus in der Gruppe.

Unglaubwürdige Distanzierungen

Wie also unterscheiden sich die Ansätze des Antisemitismus in der deutschen Sektion der Identitären Bewegung und den Proud Boys konkret? Fest steht, dass die Identitäre Bewegung sich vor allem eines codierten Antisemitismus bedient und Mitglieder seltener durch offen antisemitische Aussagen auffallen. Anders als die Proud Boys will die Identitäre Bewegung vor allem junge Menschen mit einem hohen Bildungsgrad ansprechen. Eine zentrale Forderung, die als antisemitisch einzuordnen ist, ist die, einen „Schlussstrich“ unter den „deutschen Schuldkult“ nach der Shoah zu ziehen. Der weniger offensichtlich geteilte Antisemitismus der Identitären Bewegung kann zumindest in Teilen auf die Rolle Deutschlands während der Shoah und die daraus entstandenen Gesetze und gesellschaftlichen Grenzen zurückgeführt werden.

Im Gegensatz dazu wird der Antisemitismus bei den Proud Boys deutlich offener nach außen

getragen. So sind Mitglieder in den vergangenen Jahren immer wieder durch Aussagen aufgefallen, die den Holocaust relativieren. Auch die fehlende Distanzierung von Antisemiten wie Kyle Chapman steht symptomatisch für die judenfeindliche Haltung der neurechten Gruppe. Zwar haben sich sowohl die Identitären als auch die Proud Boys in der Vergangenheit auf Nachfrage gegen Antisemitismus ausgesprochen. Doch lässt sich das mit den antisemitischen Äußerungen kaum aufrechnen – zumal die Frage der Glaubwürdigkeit mitschwingt.

Amerika und Israel

Die Haltung zu Israel fußt bei der Identitären Bewegung vor allem auf einem Antiamerikanismus und einer Verknüpfung des Staates Israels mit den USA. Zudem spielt die Einwanderung von muslimischen Menschen für die Identitären eine wichtige Rolle. Jedoch gibt es innerhalb der Identitären Bewegung noch keine eindeutige Haltung zu dem jüdischen Staat. Vereinzelt wird Israel als Auslöser für die Flüchtlingskrise verantwortlich gemacht oder es wird gar ein größerer, von Israel gelenkter Plan der „Ersetzungsmigration“ dahinter vermutet.

Die Proud Boys haben eine ebenso ambivalente Haltung zum Staat Israel. So fällt auf, dass die Gruppe durchaus zu israelfreundlichen Aussagen bereit ist, solange sie damit gegen ihre politischen Opponenten von der Linken punkten kann. Jedoch wirkt es, als seien israelfreundliche Aussagen häufig von einem gewissen Opportunismus getrieben und nicht von einer tatsächlichen Anerkennung des Staates. Denn an anderer Stelle werden ebenso klar antizionistische Aussagen getätigt, die beispielsweise auf eine jüdische Weltverschwörung und einen zu großen Einfluss jüdischer Politikerinnen und Politiker verweisen.

Dabei haben sich die Proud Boys gleichzeitig immer wieder als Beschützer von Jüdinnen und Juden inszeniert, so etwa auf einer proisraelischen Demonstration in Detroit, auf welcher Mitglieder der Proud Boys Plakate mit Aufschriften wie „Antisemitische Linke, geht heim! Stolz, Juden zu verteidigen“ aufliefen. Das macht eine eindeutige Klassifizierung schwierig.

Es gilt, die Gesellschaft für chiffrierten Antisemitismus zu sensibilisieren und aktive Erinnerungsarbeit zu betreiben

Somit lässt sich festhalten, dass sich die Formen des Storytellings besonders im Hinblick auf die Codierung antisemitischer Aussagen in der Identitären Bewegung und bei den Proud Boys durchaus unterscheiden. Auch die Ausgangshaltung ist aufgrund der unterschiedlichen Geschichte der beiden Staaten eine andere. Das Endergebnis ist jedoch in beiden Fällen eine klar judenfeindliche Haltung. Eine Gefahr, die in beiden Ländern nicht unterschätzt werden sollte.

So lässt sich die von chiffriertem Antisemitismus ausgehende Gefahr nur durch eine Sensibilisierung der Gesellschaft für diese Formen des Antisemitismus und die eigentlichen Aussagen dahinter bannen. Eine entcodierende Aufklärungsarbeit ist unerlässlich, will man dem neuen Rechtsextremismus, wie ihn die Identitäre Bewegung betreibt, entgegentreten. Zusätzlich sollte die Verantwortung, die die Nachkriegsgenerationen vereint, durch eine proaktive Erinnerungspolitik an die Shoah gekennzeichnet sein. Denn die neuesten Entwicklungen zeigen, dass es auch mehr als 75 Jahre nach der Shoah weder der deutschen noch der amerikanischen Gesellschaft gelungen ist, das zutiefst menschenverachtende Gedankengut wirklich zu bekämpfen. •

Sehnsucht nach Wieder-verzauberung

Gegen Liberalismus und Demokratie: Politische Theologie in den USA, Israel und Deutschland.

Ein Text von Jakob Flemming

Es ist der Silvester-Abend im Polen des Jahres 1999. Anne Applebaum und ihre überwiegend bürgerlich-konservative Festgesellschaft blicken voller Optimismus auf das vor ihnen liegende Jahrhundert; die noch junge Niederlage des Kommunismus scheint auch der Sieg der liberalen Demokratie zu sein.

Doch gut 20 Jahre später geht ein Riss durch die Silvester-Gesellschaft von 1999: Manche unterstützen die seit 2015 in Polen regierende rechtspopulistische PiS, andere, zu denen Applebaum gehört, betrachten sie als Teil einer autoritären Revolte gegen die liberale Demokratie. Aus persönlichen und politischen Freunden sind Feinde geworden.

Dieser tiefe Riss, den Applebaum in ihrer jüngsten Buchveröffentlichung „Twilight of Democracy" beschreibt, zieht sich nicht nur durch ihre damalige Silvester-Gesellschaft. Er beschränkt sich auch nicht auf die polnische Gesellschaft, sondern er ist ein Symptom eines in allen westlichen Gesellschaften erstarkenden Autoritarismus, der die liberale Demokratie und ihren Zusammenhalt auf die Probe stellt.

Anne Applebaum ist eine amerikanische Historikerin und Publizistin, die als Vertreterin der sogenannten „Neokonservativen" galt, als der Konservatismus in den USA noch für einen amerikanischen Exzeptionalismus stand, der seine Errungenschaften – Demokratie, Rechtsstaat, Menschenrechte – stolz in die Welt tragen wollte. In den 1990er Jahren schrieb sie für die einschlägigen neokonservativen Magazine wie

den *Spectator* und den *Weekly Standard* und war Fellow am American Enterprise Institute, dem Flaggschiff der Neokonservativen. Als Architekten der verhassten „endlosen Kriege“ dienen die Neocons sowohl der amerikanischen Linken als auch der Rechten nach ihrer Hinwendung zum Isolationismus als Feindbilder. Und so ist es einsam geworden zumindest um jene Neokonservativen, die den Wandel des amerikanischen Konservatismus nicht selbst mitgemacht haben und deshalb heute oft zu den sogenannten „Never Trumpern“ der amerikanischen Rechten zählen.

Mit der persönlichen Anekdote vom Silvester-Abend 1999 erfasst Applebaum, die die polnische Staatsbürgerschaft besitzt, viele Jahre in Polen gelebt hat und Expertin für osteuropäische Geschichte ist, ein neues politisches Klima, in dem nicht mehr wie gewohnt Argumente ausgetauscht werden und in liberaldemokratischer Tradition ein Konsens angestrebt wird, sondern der politische Gegner nur noch als existenzieller Feind begriffen und entsprechend bekämpft wird. Über Polen reist sie in „Twilight of Democracy“ weiter nach Ungarn, ins Vereinigte Königreich und in die USA.

Trotz ihrer so unterschiedlichen Geschichte, Kultur und politischen Systeme erkennt Applebaum in allen vier Ländern verblüffend ähnliche und zeitlich parallel auftretende rechtsautoritäre Bewegungen. In Polen arbeitet die PiS seit 2015 an der Aushöhlung des Rechtsstaats, in Ungarn wickelt die Fidesz-Regierung seit 2010 Minderheitenrechte ab, in Großbritannien wurde 2016 der Austritt aus der Europäischen Union eingeleitet, und in den USA steht nach vierjähriger Präsidentschaft Donald Trumps das Prinzip der freien und fairen Wahlen zur Disposition.

Allen vier Fällen sei gemeinsam, so Applebaum, dass dem Aufstieg des Autoritarismus eine „mittelgroße Lüge“ zugrunde liege (in Polen beispielsweise die Verschwörungstheorien rund um den Flugzeugabsturz des ehemaligen polnischen Präsidenten Lech Kaczyński, in den USA die Fiktion eines Wahlbetrugs bei den Präsidentschaftswahlen 2020) und dass er mit einer massiven gesellschaftlichen und politischen Polarisierung verbunden ist, die politische Verbündete, Freundeskreise und Familien auseinandergerissen hat.

Carl Schmitts antiliberale Sehnsucht

Die Ursache für die synchron auftretenden Tendenzen der Polarisierung in den demokratischen Gesellschaften sucht Applebaum in der „autoritären Prädisposition“ des Menschen. Danach fühlten sich Menschen zu autoritären Ideen hingezogen, weil sie von einer immer komplexer werdenden Welt überfordert seien. Sie suchten Einheit, weil sie Spaltung ablehnten.

Das erscheint zunächst paradox: Warum folgt man in dem Streben nach Einheit einer autoritären Idee, die eine klare Freund-Feind-Unterscheidung vornimmt und kaum Interesse an demokratischem Diskurs und Konsensfindung hat? Zur Auflösung dieses Paradoxons könnte Carl Schmitts Politische Theologie beitragen, an deren Terminologie und Begriff des Politischen die politischen Diskurse der Gegenwart westlicher Gesellschaften zumindest stark erinnern. Diese Diskurse gleichen immer häufiger dem „Diskurs“ von Fans verfeindeter Fußball-Mannschaften, de-

Menschen fühlen sich zu autoritären Ideen hingezogen, weil sie von einer immer komplexer werdenden Welt überfordert sind

ren einziges Ziel die Abqualifizierung des Gegners ist und deren Mitglieder sich die Realität so zurechtbiegen, dass sie die Zugehörigkeit zum eigenen Lager legitimiert.

Im Mai 1933 trat der Staatsrechtler Carl Schmitt der NSDAP bei, und so ist es wenig überraschend, dass sein Denken und Wirken getrieben war vom Kampf gegen Liberalismus und Demokratie. Seine Ablehnung der liberalen Demokratie ist in der Politischen Theologie begründet, nach der alle Begriffe der modernen Staatsrechtslehre auf säkularisierte Begriffe zurückzuführen seien, wie Schmitt in seinen „Vier Kapiteln zur Lehre der Souveränität" von 1922 schreibt. Er kritisiert, dass der moderne Rechtsstaat mit „positivistischer Gleichgültigkeit gegen jede Metaphysik" den theologischen Ursprung seiner Begriffe ignoriere.

Der zentrale Begriff ist dabei der des Ausnahmezustands, der seinen religiösen Ursprung im Begriff des Wunders habe. Wie das Wunder die Naturgesetze überwinde und durchbreche, so konstituiere der Ausnahmezustand einen Eingriff des Souveräns in die geltende Rechtsordnung. Daraus leitet Schmitt seine bekannte Setzung ab, dass souverän sei, wer über den Ausnahmezustand entscheide. Weil sich der liberaldemokratische Staat seiner theologischen Letztbegründung und insofern auch einem dezisionistischen Verständnis von Demokratie entziehe, verkommt er nach Schmitt zu einer funktionalistischen Hülle für bloße „Mehrheits- und Minderheitsmathematik", wie er 1932 in „Legalität und Legitimität" schreibt.

Als Alternative zu dieser ihres Inhalts beraubten Form von Demokratie schlägt Schmitt schon 1926 in „Der Gegensatz von Parlamentarismus und moderner Massendemokratie" einen Staat vor, der auf der substanziellen Gleichheit des Volkes beruhe und der alles Nicht-Identische notfalls „ausscheiden oder vernichten" müsse. Übrig bleibe ein homogenes Volk, dessen „Wille durch Zuruf, durch acclamatio, durch selbstverständliches, unwidersprochenes Dasein" mindestens genauso gut wie durch einen „statistischen Apparat" festgestellt werden könne. Es verwundert nicht – klingt hier doch schon die Verachtung der Wahlen als zentrale Institution der liberalen Demokratie an –, dass Carl Schmitt schließlich 1934 in „Der Führer schützt das Recht" in Hitler den „wahren Führer" sieht, der den homogenen Volkswillen zu antizipieren vermöge.

Mit Carl Schmitt könnte der moderne Autoritarismus auch nach Einheit streben, sich aber primär nach einer „Wiederverzauberung der Politik" sehnen, einer in der Metaphysik liegenden Letztbegründung von Herrschaft

Mit Carl Schmitt könnten die modernen autoritären Bewegungen zwar sekundär auch – wie von Applebaum vermutet – auf der Suche nach Einheit sein, sich aber primär nach einer „Wiederverzauberung der Politik" sehnen, das heißt nach einer in der Metaphysik liegenden Letztbegründung von Herrschaft, die der liberalen Demokratie fehlt, die als technisch-bürokratische und reiner Arithmetik folgende Herrschaft wahrgenommen wird.

Anhaltspunkte für solch eine antiliberale Sehnsucht lassen sich trotz ihrer Unterschiedlichkeit in den politischen Systemen der USA, Israels und Deutschlands finden. Gleichzeitig haben diese drei Systeme ihre je eigenen Abwehrmechanismen zur Verteidigung ihres Rechtsstaats und ihrer Demokratie.

„The Big Lie": Probe des Ausnahmezustands

Die Kongressabgeordnete Liz Cheney gilt oder galt bislang nicht als eine besonders moderate Republikanerin. In allen „partisan issues", seien es Fiskal-, Grenz- oder Außenpolitik, vertritt Cheney ausweislich ihres Abstimmungsverhaltens konsequent konservative, traditionell republikanische Positionen. Dennoch ist sie für die Mehrheit der republikanischen Parteibasis, die Ex-Präsident Trump treu ergeben ist, ein „RINO", ein „Republican In Name Only". Als „RINO" gelten für diese Parteibasis inzwischen alle, die sich weigern, „The Big Lie" – die große Lüge vom Wahlbetrug bei der US-Präsidentschaftswahl 2020 zugunsten des gewählten Präsidenten Joe Biden – zu glauben und öffentlich zu verbreiten.

Als „Republican In Name Only" gelten für die Parteibasis alle, die sich weigern, die große Lüge vom Wahlbetrug bei der US-Wahl 2020 zu verbreiten

Liz Cheney, die im Repräsentantenhaus die einzige Abgeordnete für den konservativen Bundesstaat Wyoming ist, war im Januar 2021 eine der wenigen republikanischen Abgeordneten, die für das Impeachment gegen den damaligen Präsidenten Trump stimmten. Seither spricht sie sich regelmäßig öffentlich gegen die Verschwörungsmythen rund um die Präsidentschaftswahl und für demokratische und rechtsstaatliche Grundprinzipien aus. Die Frage nach der Rechtmäßigkeit der Präsidentschaftswahl ist für die Republikanische Partei mittlerweile zu einem derart identitären Thema geworden, dass Cheney für ihre Abweichung von der Parteilinie im Mai aus der Fraktionsführung der Republikaner im Repräsentantenhaus hinausgewählt wurde. Stattdessen wurde sie im Juli von der Demokratin Nancy Pelosi zum Mitglied des überparteilichen Komitees ernannt, das den Sturm auf das Kapitol vom 6. Januar aufarbeiten soll.

Am Fall Cheney und „The Big Lie" zeigt sich zweierlei: Zum einen wird offenbar, wie der Mainstream der Republikanischen Partei bewusst Misstrauen im demokratischen Prozess des liberalen Rechtsstaats schürt. Zum anderen wird deutlich, wie konsequent die Partei Abweichler in dieser Frage bestraft und darauf bedacht ist, ideologische Homogenität in den eigenen Reihen herzustellen.

In der Fiktion eines Wahlbetrugs und in der Delegitimierung der US-Präsidentschaftswahlen 2020 werden einige Komponenten der Politischen Theologie Carl Schmitts sichtbar. So ist der Angriff auf freie Wahlen an sich bereits ein antiliberaler Akt, und auch die Erzählung hinter „The Big Lie" erinnert auffällig an Schmitts Aversion gegen den Parlamentarismus: Der angebliche Wahlbetrug wird als das Werk einer abgehobenen Washingtoner Elite inszeniert, die die Wahl Trumps, den Kandidaten der „silent majority", mit allen Mitteln zu verhindern suchte. Bei Schmitt klingt das noch so: „Heute erscheint das Parlament eher selbst als eine riesige Antichambre vor den Bureaus oder Ausschüssen unsichtbarer Machthaber."

Der Aufstand gegen die „unsichtbaren Machthaber“ wurde vorerst im Januar beim Sturm auf das Kapitol geprobt. Die Institutionen des liberalen Rechtsstaats hielten stand und stellten eine Übergabe der Macht an den Gewinner der demokratischen Wahl, Joe Biden, sicher. Und doch kann die weiterhin vorgetragene „Big Lie“, dass Trump noch immer der rechtmäßige Präsident der USA sei, als eine Probe des Ausnahmezustands gelten, die die Frage nach der Souveränität stellt.

Während die liberale Demokratie sich nur prozedural etwa mit freien Wahlen rechtfertigen kann, sucht der Autoritarismus seine Rechtfertigung in der Metaphysik und in einem homogenen Volkswillen. Nur so ist nachvollziehbar, dass Anhänger Trumps und wohl sogar Trump selbst die Regeln des Verfassungsstaats gänzlich außer Acht lassen und davon überzeugt sind, dass der Ex-Präsident am Tag X wieder eingesetzt wird (das zuletzt kursierende Datum für das „reinstatement“ war der August 2021). Behielten sie recht, wäre es in der Tat ein Wunder, das die ultimative Letztbegründung für einen antiliberalen Staat im Sinne Carl Schmitts liefern würde. Geschieht kein Wunder, hat die liberale Demokratie in den USA vorerst gewonnen, aber falsifizierte Prophezeiungen haben auf Gläubige in der Regel nicht den erwarteten Effekt.

Anhänger Donald Trumps und vermutlich sogar Trump selbst sind überzeugt, dass der Ex-Präsident am Tag X wieder eingesetzt wird

Die Alternative zum Autoritarismus

Auch wenn in Deutschland gerne so getan wird, als sei die Verlockung des Autoritären ein vor allem amerikanisches Phänomen, und es manchmal scheint, als schwinge bei den mit markigen Worten vorgetragenen Abgesängen auf die amerikanische Demokratie eine gute Portion Schadenfreude mit, sitzt in der Bundesrepublik mit der AfD eine rechtsautoritäre Partei seit vier Jahren im Bundestag. Spätestens mit dem Einzug der AfD ins Parlament etablierte sich auch ein neuer, verschärfter Ton, der zuletzt im Wahlkampf zur Bundestagswahl 2021 sichtbar wurde.

Auffällig ist dabei, dass der Vorwurf selbst, sich polarisierender Rhetorik zu bedienen, zu einem zentralen Gegenstand der politischen Debatte geworden ist, und dass dieser Vorwurf kaum ohne einen Verweis auf die USA auskommt. In der Diskussion um Plagiate in ihrem Buch insinuierte die Grünen-Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock gegenüber der *Brigitte*, dass die Plagiatsvorwürfe eine „Vermischung von Wahrheit und Unwahrheit“ seien, wie man sie aus den USA kenne. Im Gegenzug schrieb die *Neue Zürcher Zeitung* in Reaktion auf die harte Verteidigungslinie der Grünen, dass die Grünen in den „Trump-Modus“ verfielen.

Die polarisierten deutschen Debatten der vergangenen Jahre drehten sich meist um identitätspolitische Themen wie Migration, Islam oder auch das Gendern. Und während die autoritäre Rechte auf diese Fragen ihre bekannten rechtspopulistischen, xenophoben, sexistischen und völkischen Antworten gab, hat sich auf der Gegenseite eine autoritäre Attitüde entwickelt, mit der jede Abweichung vom eigenen moralischen Standard unmittelbar abgestraft wird. Wer seine Sprache nicht gendert oder eine aufklärerische Islamkritik formuliert, gilt schnell als Rechtsaußen und hat sich für den Diskurs der Anständigen disqualifiziert.

Es scheint, als versuchten Teile der politischen Linken, auf die Sehnsucht der Rechten nach Wiederverzauberung der Politik im Sinne einer

ethnisch homogenen Volksgemeinschaft mit einer Sehnsucht nach einer moralisch homogenen Gesellschaft zu antworten. Letztere ist zwar sympathischer als erstere, allein weil ihr der völkische Beigeschmack abgeht, aber die Rettung der liberalen Demokratie vor der autoritären Versuchung kann sie nicht sein.

Im linken Diskurs der Bundesrepublik gibt es jedoch Stimmen, die diese Leerstellen reflektieren und ungeachtet der politischen Konsequenzen Stellung gegen eine Mehrheit im eigenen Lager beziehen. Zu nennen sind hier Cem Özdemir, der seit Jahren trotz teils heftigen Gegenwinds aus den eigenen Reihen eine klare Haltung gegen jede Form des Antisemitismus und für Israel vertritt, oder Kevin Kühnert, der 2020 eine Debatte innerhalb der politischen Linken über ihre Haltung zum Islamismus anstieß. Nur mit einem solchen offenen demokratischen Diskurs lässt sich dem erstarkenden Autoritarismus etwas entgegensetzen.

Denn wenn ein sich auf Carl Schmitt beziehender rechter Autoritarismus gegen einen sich auf Chantal Mouffe und Ernesto Laclau beziehenden linken Autoritarismus antritt, hat die liberale Demokratie schon verloren. Statt den politischen Gegner moralisch zu delegitimieren, gilt es, die Prinzipien der liberalen Demokratie und der Freiheit zu verteidigen und trotz politischer Differenzen das Gemeinsame zu suchen.

Vereint gegen „Bibi“

Die politischen Rahmenbedingungen in Israel sind gänzlich andere als in den USA oder Deutschland: So ist Israel statt eines präsidentiellen Zweiparteiensystems wie in den USA eine parlamentarische Demokratie, in der sich mittlerweile, anders als in Deutschland, ein Parteiensystem mit ausgesprochen vielen Parteien herausgebildet hat. Bei der jüngsten Parlamentswahl wurden 13 verschiedene Listen in die Knesset gewählt, die viele verschiedene ideologisch oder demografisch eingrenzbare Interessen vertreten. Dementsprechend erschien es unwahrscheinlich, dass es in Israel zu einer Polarisierung in zwei sich feindlich gegenüberstehende Lager kommen kann. Und doch ist genau das passiert, wenn auch nicht entlang einer ideologischen Konfliktlinie, sondern entlang der Haltung zum langjährigen Premierminister Benjamin Netanjahu.

Obwohl die Parteien, die nominell rechts der politischen Mitte zu verorten sind, zusammen mit 72 von 120 Sitzen eine komfortable Mehrheit erreichten, konnte Netanjahu, der sich als Anführer dieses rechten Blockes versteht, keine Regierung bilden. Gleich drei Parteien des rechten Lagers – die nationalreligiöse Yamina von Naftali Bennett und Ayelet Shaked, die säkular-nationalistische Yisrael Beiteinu von Avigdor Lieberman und die Likud-Ausgründung Tikva Chadasha von Gideon Sa’ar – weigerten sich, in eine Koalition mit Netanjahu einzutreten. Ganz überwiegend hat dies weniger mit ideologischen Problemen als viel-

Es scheint, als versuchten Teile der politischen Linken, auf die Sehnsucht der Rechten nach ethnischer Homogenität mit einer Sehnsucht nach einer moralisch homogenen Gesellschaft zu antworten

mehr mit persönlichen Vorbehalten gegen die Person Netanjahu zu tun. Sowohl Bennett und Shaked als auch Lieberman und Sa'ar tragen ihre je eigene Privatfehde mit dem langjährigen Premierminister aus, dessen Verbündete sie alle einst waren.

Statt also eine Koalition des rechten Blockes mit Netanjahus Likud zu bilden, gingen die drei Parteien ein Bündnis mit den Parteien des Zentrums und des linken Flügels ein. Um die knappe Mehrheit zu sichern, war es überdies notwendig, die islamistische Ra'am-Partei einzubeziehen. Und so wählte zum ersten Mal in der Geschichte Israels eine arabische Partei als Teil einer Regierungskoalition einen Premierminister, in diesem Fall den als rechter Hardliner geltenden Bennett, der nach zwei Jahren im Amt vom liberalen Yair Lapid abgelöst werden soll.

Netanjahu reagierte entsprechend brüskiert, nannte die Koalition eine „gefährliche Koalition des linken Flügels" und warf insbesondere den beteiligten Parteien des rechten Spektrums vor, israelische Interessen an Linksradikale und die arabische Minderheit verkauft zu haben. Tagelang wurde der Privatwohnsitz von Bennett und Shaked von wütenden Anhängern Netanjahus belagert. Die politische Rhetorik zwischen Pro- und Anti-Netanjahu-Block ist nur noch schwerlich als demokratischer Wettstreit um die besten Argumente zu erkennen, sondern erinnert, wie in den USA und in Carl Schmitts Begriff des Politischen, an eine existenzielle Auseinandersetzung zwischen zutiefst verfeindeten Lagern.

Yoaz Mendel, ebenfalls ein ehemaliger Weggefährte Netanjahus und Kommunikationsminister der neuen Regierung für Tikva Chadasha, erklärt die bemerkenswerte politische Komposition der neuen Regierung so: „Being right-wing does not mean being a Bibi-ist." Und doch erstaunt es, dass das Einende der Opposition zur Person Netanjahu offenbar stärker war als die zweifellos riesigen ideologischen Differenzen zwischen den Koalitionsparteien.

Carl Schmitt hätte es sicherlich nicht gefallen, dass der Kandidat einer Partei, die gut 6 Prozent der Stimmen auf sich vereinen konnte, in bester liberaldemokratischer Manier einen Konsens mit sieben anderen Parteien erzielte, um sich eine knappe Mehrheit in der Knesset zu sichern und sich zum Ministerpräsidenten wählen zu lassen.

Für Carl Schmitt wäre sie ein Exzess der reinen „Mehrheits- und Minderheitsmathematik" – tatsächlich ist die israelische Regierungsbildung ein Sieg der realen Demokratie und ein Zeichen ihrer Vitalität

Für ihn wäre es der Exzess bloßer „Mehrheits- und Minderheitsmathematik", das endgültige Verkommen der Demokratie zur funktionalistischen Hülle, in der Politiker machtpolitische und pragmatische Bündnisse eingehen und den „Volkswillen" scheinbar völlig ignorieren. Tatsächlich jedoch ist die israelische Regierungsbildung ein Sieg der liberalen Demokratie und ein Zeichen ihrer Vitalität. Denn ohne die Fähigkeit, gegenläufige Interessen auszubalancieren und einen Konsens herbeizuführen, kann die liberale Demokratie nicht überleben. •

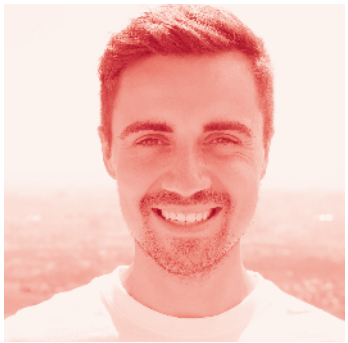
Die Fellows 2021

Jakob Flemming
Nach seinem Masterabschluss im Studiengang Internationale Politik und Internationales Recht an der Universität Kiel arbeitet Jakob Flemming aktuell als Politikberater in Berlin. Ein besonderes Interesse für die deutsch-israelisch-amerikanischen Beziehungen begleitete seine universitäre Laufbahn: Im Bachelor studierte er Politische Wissenschaft und Jüdische Studien an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, während seines einjährigen Studienaufenthalts an der University of Kansas forschte er zum Wählerverhalten bei den Knesset-Wahlen. In seiner Masterarbeit untersuchte er Determinanten des außenpolitischen Abstimmungsverhaltens von Abgeordneten des US-Kongresses. Ehrenamtlich engagiert er sich für das Junge Forum der Deutsch-Israelischen Gesellschaft und die Initiative junger Transatlantiker.

Dor Glick
Nach seinem Bachelor an der Hebrew University of Jerusalem in International Relations & History absolvierte Dor Glick sein Masterstudium in Theory and History of International Relations an der London School of Economics. Mit besonderer Auszeichnung für seine Dissertation „Not as Lamb to the slaughter: Non-traditional forms of resistance in the Lodz Ghetto“ schloss er 2014 sein Studium ab. Dor Glick verbindet viel mit den USA, Israel und Deutschland: Zuletzt war er Knight-Bagehot Fellow für Wirtschaft und Wirtschaftsjournalismus an der Columbia University in den USA. In Israel hat er bei zahlreichen Medienhäusern, u.a. *Haaretz* und Channel 10, als Korrespondent, Journalist und Redakteur gearbeitet. In Deutschland war er Fellow bei der *Welt* und parlamentarischer Assistent des MdB Volker Beck, dem Vorsitzenden der deutsch-israelischen Parlamentariergruppe.

Lisa Hänel

Lisa Hänel begann ihre Studienzeit mit einem Bachelorstudium der Politikwissenschaft und Literaturwissenschaft an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und studierte anschließend Internationale Beziehungen im Master an der KU Eichstätt-Ingolstadt. Bevor sie mit ihrem zweiten Masterstudium am journalistischen Seminar in Mainz endgültig einen journalistischen Werdegang einschlug, absolvierte sie bei der Zeitschrift *Internationale Politik* ein Redaktionspraktikum unter der Leitung von Sylke Tempel. Andere journalistische Stationen folgten, so war sie Hospitantin bei der *dpa* und der *SZ* sowie Studentische Mitarbeiterin bei der *FAZ*. Seit dem Abschluss ihres journalistischen Volontariats im Jahr 2019 arbeitet sie als Redakteurin bei der *Deutschen Welle*. Dort arbeitet sie unter anderem zu Themen über jüdisches Leben und Antisemitismus.



Bastian Kaiser

Im Rahmen seiner Arbeit als Kommunikationsmanager bei der Münchner Sicherheitskonferenz befasst sich Bastian Kaiser mit den aktuellen sicherheitspolitischen Fragestellungen Europas, Amerikas und des Nahen Ostens. Sein Masterstudium der Internationalen Beziehungen an der Hertie School of Governance in Berlin schloss er 2019 ab. Zuvor studierte er Journalistik im Bachelor an der Technischen Universität Dortmund. Schon während seiner Studienzeit sammelte der Stipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung als freier Audio- und Video-Journalist berufliche Erfahrung. Von 2014 bis 2015 absolvierte er ein Volontariat beim Westdeutschen Rundfunk (WDR). Bastian Kaiser hat für verschiedene Sender aus dem In- und Ausland berichtet, darunter der Deutschlandfunk, WDR 5 und 1LIVE. Recherchen führten ihn unter anderem nach Israel und in die palästinensischen Autonomiegebiete.

Jonathan Kovac

Der Israeli mit deutsch-amerikanischen Wurzeln studierte zunächst an der Yale Universität Politikwissenschaften mit einem Fokus auf Deutschlandstudien und auf den Nahostkonflikt. Anschließend absolvierte Jonathan Kovac als Stipendiat des Ernst Ludwig Ehrlich Studienwerks seinen Master in International Affairs an der Hertie School in Berlin. Im Rahmen seiner universitären Praktika konnte er viel politische Erfahrung sammeln. Im Bundestag assistierte er dem CDU-Abgeordneten Patrick Sensburg, bei der Boston Consulting Group unterstützte er Projekte im öffentlichen Sektor und im Auswärtigen Amt arbeitete er zuletzt im Büro von Botschafterin Michaela Küchler, die zu dem Zeitpunkt den Vorsitz der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) übernahm. Jonathan Kovac ist außerdem Squash-Spieler und zurzeit spielt er in der deutschen Bundesliga.

Rebecca Rose Mitzner
Für ihre Masterarbeit in Interreligiösen Studien erhielt Rebecca Mitzner die PUSH-Auszeichnung der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. An der Universität Bamberg, wo sie auch ihren Bachelor in Philosophie, Jüdische Studien und Europäische Ethnologie machte, war sie von 2013 bis 2017 studentisch-wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Jüdische Studien. Nach einem weiteren Master in Human Rights and Transitional Justice an der Hebrew University of Jerusalem, promovierte sie zuletzt in Philosophie und jüdischer Geistesgeschichte in Heidelberg. Im Rahmen des Goldman Fellowship of the American Jewish Committee arbeitete sie 2019 als Rechercheassistentin im Department of African-Jewish Affairs in New York. Darüber hinaus ist sie Stipendiatin des Ernst Ludwig Ehrlich Studienwerks und Alumni der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Max Weber Programms.

Georg A. Reichel
Nach dem erfolgreichen Abschluss seines Bachelors studierte Georg A. Reichel zuletzt im vierten Mastertrimester Staats- und Sozialwissenschaften an der Universität der Bundeswehr in München. Durch seine Berufserfahrung als Offizier der deutschen Marine – 2019 wurde er zum Leutnant zur See befördert – konnte er seine Kenntnisse in und sein Interesse für internationale sicherheitspolitische Fragen vertiefen. So war er im Rahmen eines Auslandsaufenthalts im März 2020 mit der evangelischen Militärseelsorge in Israel, um sich dort intensiv mit israelischen Soldaten und Soldatinnen auszutauschen. Zuvor hatte er nach einem dreimonatigen Praktikum im Public Affairs Office des US-Konsulats in München einige Zeit später im Februar 2020 als Mitglied des Pressestabs des amerikanischen Außenministers Mike Pompeo für die Münchner Sicherheitskonferenz gearbeitet.

Lena Voelk
Lena Voelk hat Politikwissenschaft und Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität in München studiert. Zuletzt absolvierte sie ihr Auslandssemester an der SciencesPo in Paris. Sie ist Stipendiatin der JONA und arbeitet als Hilfskraft am Lehrstuhl für Jüdische Geschichte und Kultur der LMU. An der Hochschule für angewandte Wissenschaften München studiert Lena zudem Fotografie mit einem Schwerpunkt auf Fotojournalismus und Dokumentarfilm. In ihrer Arbeit verbindet sie die Fotografie mit ihrem gesellschaftswissenschaftlichen Hintergrund. Nach zahlreichen Hospitanzen und freier Mitarbeit, etwa bei der *SZ*, dem BR und dem ZDF in London, arbeitet sie als freie Journalistin und Fotografin bei der dpa und der Israelischen Nachrichtenagentur. Ihr besonderes Interesse gilt dabei dem Antisemitismus – dies spiegelt sich auch in ihren vielen Veröffentlichungen wider.

Isabel Weiss

Seit 2018 ist Isabel Weiss Doktorandin an der Humboldt-Universität zu Berlin. In diesem Rahmen schreibt sie über die Sakralisierung staatlicher Politik in Israel. Zuvor absolvierte sie den Master „Politik, Religion und Kultur“ an der Humboldt-Universität zu Berlin und studierte an der Hebrew University in Jerusalem. Sie ist Stipendiatin der Konrad-Adenauer-Stiftung und Fellow im internationalen Promotionskolleg „Sicherheit und Entwicklung im 21. Jahrhundert“. Zuletzt arbeitete sie an einem Projekt für Bundeswehr Consulting, dem Inhouse-Beratungsunternehmen des deutschen Bundesverteidigungsministeriums. Vor ihrer Promotion war sie beruflich als Referentin sowohl bei der Jewish Claims Conference in Tel Aviv als auch in der politischen Interessensvertretung eines Energieunternehmens in Berlin tätig.

Dr. Sylke Tempel (1963–2017) war von 2008 an Chefredakteurin der *IP*. Sie kam am 5. Oktober 2017 bei einem tragischen Unfall in Berlin ums Leben. Das Fellowship-Programm in Sylke Tempels Namen soll an Leben und Werk dieser herausragenden Journalistin, Autorin, Publizistin und Mentorin erinnern, ebenso ein jährlich ausgelobter und prämierter Essaypreis. Sylke Tempel fehlt.

Die Kooperationspartner

Die **Stiftung Deutsch-Israelisches Zukunftsforum** richtet seit 2019 das Sylke-Tempel-Fellowship-Programm mit Kooperationspartnern aus. Ihr Ziel ist es, Fach- und Führungskräfte aus Deutschland und Israel zusammenzubringen, die Verantwortung übernehmen und sich für die demokratische Ausgestaltung unserer Gesellschaften einsetzen. Das Forum unterstützt Multiplikator*innen aus Deutschland und Israel und fördert bilaterale Projekte, die einen Beitrag zur nachhaltigen Gestaltung der Gegenwart und Zukunft der deutsch-israelischen Beziehungen leisten.

Das **American Jewish Committee (AJC)** wurde 1906 in New York von amerikanischen Juden vorwiegend deutscher Herkunft mit der Zielsetzung gegründet, jüdische Sicherheit zu gewähren und Demokratie, Menschenrechte und Völkerverständigung weltweit zu fördern. Mehr als hundert Jahre lang hat das AJC Demokratie, Pluralismus und Menschenrechte gefördert. Den Visionen seiner Gründer folgend, setzt sich das AJC für ein gegenseitiges Verständnis von Nationen, Religionen und ethnischen Gruppen ein.

ELNET Deutschland e.V. ist eine gemeinnützige und unabhängige Organisation mit dem Ziel, die deutsch-israelischen Beziehungen auf Grundlage gemeinsamer demokratischer Interessen und Werte überparteilich zu fördern. Zusammen mit den Partnerbüros in Israel, Frankreich, Polen und Belgien stärkt ELNET den Dialog zwischen europäischen und israelischen Entscheidern in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Dazu unterstützt die Organisation bestehende Netzwerke und baut diese durch strategische Dialogveranstaltungen und Delegationsreisen aus.

Die **Internationale Politik (IP)** ist Deutschlands führende außenpolitische Zeitschrift. Expert*innen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien schreiben u.a. in der Form von Analysen, Essays, Interviews und Kommentaren über das breite Spektrum internationaler Beziehungen. Die *IP* wurde 1945 unter dem Namen *Europa-Archiv* gegründet, sie erscheint in gedruckter Form alle zwei Monate sowie online auf Deutsch und Englisch (Internationale Politik Quarterly). Herausgeber der *IP* ist die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.

Women in International Security Deutschland (WIIS.de) e.V. ist ein gemeinnütziger Verein und ein Zusammenschluss von Frauen, die sich in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik engagieren. Ziel des Vereins ist eine größere Berücksichtigung weiblicher Interessen in der Außen- und Sicherheitspolitik sowie eine stärkere Förderung und Vernetzung von Frauen, die in diesen Bereichen arbeiten. Hauptsitz von WIIS ist Washington, D.C., international ist der Verein mit 22 „National Chapters“ vertreten.

ATLANTIK-BRÜCKE

Das Sylke-Tempel-Fellowship-Programm 2021 steht unter der Schirmherrschaft von Sigmar Gabriel, Vorsitzender der Atlantik-Brücke e.V.

TZIPI LIVNI kam 2021 als zweite Schirmherrin zum Sylke-Tempel-Fellowship-Programm. Livni war Außenministerin Israels und bekleidete zahlreiche andere hochrangige Funktionen; 2019 hat sie sich aus der aktiven Politik zurückgezogen.

Impressum

Herausgeber
Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik:

Chefredakteur
Martin Bialecki (V.i.S.d.P.)

Redaktion
Dr. Henning Hoff, Uta Kuhlmann,
Lisa Marie Rumpf, Dr. Joachim Staron
Projektmanagerin: Charlotte Merkl
Redaktionelle Mitarbeit: Kaya Milobara

Layout
Thorsten Kirchhoff

Redaktionsanschrift
Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin
Tel.: +49 (0)30 25 42 31 146
Fax: +49 (0)30 25 42 31 116
ip@dgap.org

Vorstand der DGAP
Dr. Thomas Enders, Präsident
Rolf Nikel, Vizepräsident
Georg Graf Waldersee, Schatzmeister
Jutta Freifrau von Falkenhausen, Syndika
Dr. Thomas Bagger
Joanna Klever (Junge DGAP)
Geraldine Schroeder
Prof. Dr. Daniela Schwarzer
Marcus Wassenberg
Cathryn Clüver Ashbrook, Direktorin
Martin Bialecki, Chefredakteur IP
Dr. Thorsten Klaßen, COO

Marketing und Anzeigen
DGAP Consulting GmbH
Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin
Stefan Dauwe
dauwe@dgap-consulting.com
Tel.: +49 (0)30 26 30 20 65

Druckerei
PRINTEC OFFSET > medienhaus
Ochshäuser Str. 45 | 34123 Kassel

Pressevertrieb
IPS Pressevertrieb Hamburg GmbH
Nordendstraße 2 | 64546 Mörfelden-Walldorf

Erscheinungsweise
mehrmals jährlich

Einzelpreis Zeitschrift IP	14,90 €
Einzelpreis IP Special	9,90 €
Jahresabonnement Inland	118,00 €
Jahresabonnement Ausland	128,00 €
Luftpost	155,00 €
Studentenabonnement	73,00 €
Studentenabonnement Ausland (Nachweis erforderlich)	83,00 €
Probeabonnement (2 Ausg.)	19,50 €

Alle Abonnentenpreise inkl. Versandkosten und MwSt. Weitere Preise auf Anfrage. Kündigungen bis vier Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums. Für Mitglieder der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik gelten besondere Bezugspreise.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,
in allen Fragen und Angelegenheiten rund um Ihr Abonnement erreichen Sie uns unter:
IP Abonnentenservice
PrimaNeo GmbH & Co. KG
Postfach 104040
20027 Hamburg
Tel.: +49 (0)40 23 67 03 38
Fax: +49 (0)40 23 67 03 01
ip@internationalepolitik.de

Sind Sie Mitglied der DGAP e.V.?
Die Mitgliederbetreuung der DGAP, die für die Verwaltung Ihres Mitgliederabos zuständig ist, erreichen Sie unter:
DGAP e.V.
Mitgliederbetreuung / Evelyn Rehm
Rauchstraße 17/18
10787 Berlin
Tel.: +49 (0)30 25 42 31 140
Fax: +49 (0)30 25 42 31 116
rehm@dgap.org

Bildnachweis
Alle Illustrationen: Jaime Antonio Brehme Rojas
Seite 5: Atlantik-Brücke e.V. | Maurice Weiss
Seiten 4, 74 - 77: privat

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
12. Oktober 2021

www.internationalepolitik.de
ISSN 1430-175X

Druckerzeugnis
www.natureoffice.com/KY9-BSC-627889
klimaneutral
durch CO2-Ausgleich

Gefördert durch die
bpb: Bundeszentrale für politische Bildung

Sylke Tempel
FELLOWSHIP PROGRAM